Herbert Hoff

Faktenspiegel V

Das belogene Volk

Propaganda ohne Ende ...

R. G. Fischer



Herbert Hoff

Faktenspiegel V



Herbert Hoff

Faktenspiegel V

Das belogene Volk
Propaganda ohne Ende . . .

Geschrieben für historisch und politisch Interessierte,
insbesondere für die jungen Generationen

R. G. Fischer Verlag

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar

Orber Str. 30, D-60386 Frankfurt/Main

Schriftart: Bergamo 11°
Herstellung: NL
Printed in Germany
ISBN 3-8301-0674-2

Tatsachen schafft man nicht dadurch aus der Welt, dass man sie ignoriert (oder leugnet – d.Verf.).
Aldous Huxley

Nichts ist verblüffender als die einfache Wahrheit, nichts ist phantastischer als die Sachlichkeit.
Egon Erwin Kisch

Wer die Wahrheit ausspricht, tut Gerechtigkeit kund!
talmudische Weisheit

Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen.
Johannesevangelium, Kapitel 8,32

Besiegt sind wir ..., ob wir zu allem anderen Verlust auch noch die Ehre verlieren wollen: das wird noch immer von uns abhängen.
Johann Gottlieb Fichte [1762-1814],
Philosoph, nach Preußens Niederlage gegen Napoleon

Kein Volk kann auf Dauer unterjocht werden, wenn es nicht irgendwie an seiner Unterjochung mitwirkt.
Mahatma Gandhi



Einführung

Dass im Konzentrationslager Auschwitz vier Millionen Menschen ermordet (vergast) wurden, wie es jahrzehntelang in der Propaganda hieß, behauptet seit dem Fall des kommunistischen Systems nicht einmal mehr die Gedenkstätte Auschwitz. Ihre 1990 auf 1,1 Millionen herabgesetzte Zahl, die nach eigener Angabe als nicht endgültig anzusehen war, wurde wenig später auf 800.000 reduziert. Mehrere Autoren, die die Angaben kritisch überprüft haben, kommen zu Zahlen knapp über einer halben Million. Doch auch das kann nicht endgültig sein, denn die spärlich auftauchenden Dokumente lassen Rekonstruktionen zu, und die daraus mit ziemlicher Sicherheit errechenbaren Totenzahlen für Auschwitz liegen bei 130.000 bis 135.000.

Das Leben der Häftlinge in den Konzentrationslagern – Dokumente und andere Unterlagen beweisen, dass es nicht so gewesen sein kann, wie man es uns glauben machen will. Die Katastrophe in den Lagern brach erst 1945 aus als Folge des amerikanischen und englischen Luftkriegs. Tausende von Häftlingen wurden getötet durch direkte Bombardierungen wenige Tage (in der Lübecker Bucht einen Tag) vor der deutschen Kapitulation. Zehntausende starben an Hunger und Krankheiten als Folge rücksichtsloser alliierter Bombardierungen.

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs wurden aufgrund von zahllosen Zeugenaussagen in den Medien, in der Literatur und in Filmen wahre Horrorszenarien über Massenvergasungen von Juden entwickelt. Soweit man solche »Zeugenaussagen« nachprüfen kann, erweisen sie sich jedoch durchweg als falsch. Naturwissenschaftliche Prüfungen – warum haben die Alliierten sie nicht schon ab 1945 durchgeführt, wenn sie an der

Wahrheit interessiert gewesen wären – beweisen, dass die Massenvernichtungen von Menschen in der geschilderten Form nicht stattgefunden haben können. Andere sachliche Prüfungen und Überlegungen stützen die Ergebnisse der naturwissenschaftlichen Untersuchungen.

Inhaltsverzeichnis

I. Zionisten und Nationalsozialisten

1. Finanzmittel für die NSDAP

Hitlers Partei, die NSDAP, litt in den ersten Jahren unter anhaltendem Geldmangel. Im Jahr 1919 besaß sie nicht einmal einen eigenen Stempel. Noch 1921 fehlte oft das Geld, um die Plakatklebekolonnen mit dem benötigten Klebstoff zu versorgen, und im Herbst 1921 musste Hitler aus finanziellen Gründen auf die Abhaltung geplanter Großveranstaltungen verzichten. Der Ankauf der Zeitung »Völkischer Beobachter« für 120.000 Mark, die geliehen werden mussten, zuzüglich Schuldenübernahme von 250.000 Mark im Dezember 1920 hatte die Partei außerdem noch in große Schulden gestürzt (Fest, S. 240, Maser, S. 273). Im Jahr 1923 fuhr Hitler mehrmals zur Spendenwerbung in die Schweiz (Schwarzwäller, S. 103) und im Herbst 1923, auf dem Höhepunkt der Inflation, als ein Dollar 4,2 Billionen Mark kostete, kehrte er dem Vernehmen nach mit einem »Kabinenkoffer, gefüllt mit Schweizer Franken und Dollarnoten«, von dort zurück. Das Geld kam laut Fest (S. 241) aus tschechoslowakischen, skandinavischen und schweizerischen Finanzkreisen.

Das Haus des pensionierten Generalkonsuls Scharrer, dessen Ehefrau aus der prominenten amerikanischen Bierbrauerfamilie Busch in St. Louis stammte, verließ Hitler selten ohne eine beträchtliche Zuwendung in Dollars oder Schweizer Franken (Schwarzwäller, S. 101). Wer darüber hinaus die Geldgeber waren, die Hitler schon seit 1921/22 Devisen zum Geschenk machten, ist nicht genau festzustellen. Jedenfalls konnte Hitler im November 1921 sämtliche Anteile am »Völkischen Beobachter« und am Franz Eher Verlag persönlich

erwerben. In der beginnenden Inflation genügten statt 120.000 Mark ganze 666 Dollar, um, in Papiermark umgerechnet, Zeitung und Verlag zu kaufen. Der Unterhalt der 1921 gegründeten SA mit Uniformen, Ausrüstung und Waffen kostete viel Geld. Die SA bestand damals zu einem großen Teil aus Arbeitslosen und Studenten, denen zumindest ein Taschengeld gezahlt werden musste, um sie bei der Stange zu halten. Das Umwechseln von ein paar Dollarnoten verschaffte die nötigen Markbeträge. Im Januar 1923 lag der Wert des Dollar bei 41.500 Papiermark. Hätte Hitler z. B. bis dahin gewartet, wären für den Ankauf von Zeitung und Verlag nur noch 2,89 Dollar erforderlich gewesen. Selbst kleine Spenden von Sympathisanten im Ausland wurden zu bedeutenden Beträgen, sobald die Devisen in Deutschland waren. Hitler bzw. seine Partei waren durch die ausländischen Devisenzuwendungen zu Inflationsgewinnern geworden (Schwarzwäller, S. 85, S. 94 ff. und S. 101 f.). Wer Devisen besaß, vor allem also Ausländer, konnte zu damaliger Zeit in Deutschland für kleine Geldbeträge riesige Vermögenswerte erwerben. Ernest Hemmingway z. B. verbrachte als Journalist einige Tage in einem deutschen Luxushotel. Die Rechnung belief sich auf Millionen von Mark – oder 20 Cents am Tag. Zur Erinnerung: Am 1. November 1923 kostete ein Pfund Brot 260 Milliarden Mark und am 9. November, dem Tag des Hitler-Putsches in München, müssen für ein Exemplar des »Völkischen Beobachters« 8 Milliarden Mark gezahlt werden (Schwarzwäller, S. 99). Ein einziger umgetauschter Dollar aber brachte bis zu 4,2 Billionen Mark.

In einem Prozess im Juli 1923 war nachgewiesen worden, dass dreimal große Geldbeträge aus dem Ausland überwiesen worden waren. Das Gericht kam zu der Überzeugung, dass dieses Geld von dem amerikanischen Automobilfabrikanten Ford stammte. Ein einflussreicher NSDAP-Mann sagte vor Gericht aus, dass die Partei von Mitgliedern aus der Tschechoslowakei

und von Freunden aus Amerika Geld bekomme (Scholl, S. 56). In den Jahren um 1932 lag der Jahresetat der NSDAP bei siebzig bis neunzig Millionen Mark. Laut Konstantin-Bericht (Scholl, S. 54) betrug er sogar 80-100 Millionen im Jahr. Solche Größenordnungen waren es, die Hitler veranlassten, sich gelegentlich ironisch als einen der größten deutschen Wirtschaftsführer zu bezeichnen (Fest, S. 428). Woher kamen diese großen Geldmengen?

Ein Teil des Geldes kam aus Mitgliederbeiträgen, deren Höhe einem Polizeibericht zufolge viele davon abhielt, der Partei beizutreten (Fest, S. 1085). Hitler gelang es, nach seinen öffentlichen Auftritten zahllose große und kleine Spenden von den Zuhörern zu erhalten und weitere Gönner, besonders viele Frauen, zu gewinnen. Aber beides brachte nicht so viele Millionen. Nach einer vom Großindustriellen Friedrich Flick vor Gericht abgegebenen und teilweise belegten Aussage erhielten die Nationalsozialisten von dem Geld, das er für politische Zwecke ausgab, nur 2,8 %, was dem Wähleranteil der Partei in den Jahren 1924 und 1928 entsprach. Gustav Krupp und viele andere Industrielle waren nicht einmal bereit, mit ihrer Unterschrift für Hitler einzutreten. Die Schwerindustrie, klagte Schacht einmal, trage ihren Namen zu Recht, denn sie entschließe sich schwer. Meist hielten die Industriellen Hitler mit leeren Versprechungen hin. Die finanziellen Zuwendungen der Industrie und der Wirtschaft an politische Parteien richteten sich im Endeffekt sogar ganz überwiegend *gegen* Hitler und die NSDAP (Fest, S. 428 und S. 1084 f., Maser, S. 350 f.). Absolut sicher ist eines: Hitler war – von Ausnahmen abgesehen – weder Agent noch bezahlter Kondottiere der Industrie (Maser, S. 371). Die Hitlerpartei stand nicht im Solde des Kapitals (Fest, S. 429).

Woher kam der Großteil des Geldes, über das Hitler und seine Partei verfügten? Die überaus verblüffende Antwort: Der

Judenfeind Hitler wurde in beträchtlichem Maß von Juden finanziert. Um das zu verstehen, muss man wissen, dass den zionistischen Juden im 1. Weltkrieg von der englischen Regierung durch die Balfour-Erklärung Palästina als jüdische Heimstätte zugesagt worden war (siehe dazu Hoff, Faktenspiegel II, S. 47). Palästina stand nach dem Krieg unter englischer Verwaltung und nun konnte die Einwanderung von Juden in das Land ihrer Väter beginnen. Der Wunschtraum der Zionisten auf ihr altes jüdisches Land war damit praktisch erfüllt. Nur – es fanden sich kaum Juden, die in das Heilige Land ziehen wollten. Das ist auch verständlich, denn welcher Jude, der – egal wo in der Welt – seine einigermaßen sichere Existenzgrundlage hatte, war ohne Not bereit, diese aufzugeben, um in der beinahe wasserlosen Wüste Pionierarbeit zu leisten. So war es nicht leicht, die Juden in aller Welt für die Besiedlung des Heiligen Landes zu gewinnen. Die mühsam und mittels finanzieller Hilfe zur Einwanderung überredeten Juden sahen eine trostlose Wüste vor sich, deren Kultivierung sie sich nicht vorzustellen vermochten. Viele von ihnen verließen daher bald wieder das Land (Scholl, S. 134). Außerdem waren viele Juden Ärzte, Rechtsanwälte, Bankiers, Kaufleute usw. Sollten sie ihre guten Stellungen aufgeben, um im Staub der Wüste zu graben? Es war daher notwendig, diesen Juden das Leben in ihren Ländern so unerträglich zu machen, dass ihnen die Auswanderung nach Palästina geradezu eine Erlösung war (Woltersdorf, S. 173, Bieberstein, S. 95). So war es denn aus zionistischer Sicht nahe liegend, künstlich ein judenfeindliches Klima zu erzeugen bzw. Judenfeinde zu fördern und antisemitische Maßnahmen zu provozieren, um in jüdischen Menschen Angst zu erzeugen, die sie aus ihrer bisherigen Umgebung forttrieb – und dann möglichst nach Palästina. Somit hatten die Zionisten das allergrößte Interesse an der Förderung des Antisemitismus. Wer den Antisemitismus finanziert, fördert den Zionismus (Scholl, S. 19).

Im Jahr 1931 veranlasste der sozialdemokratische preußische Innenminister Severing eine amtliche Untersuchung über die ausländischen Finanzquellen Hitlers. Sie brachte als Ergebnis, dass das Geld für die ungewöhnlich aufwändige Wahlpropaganda der NSDAP »nur aus dem Ausland, insbesondere den USA« stamme. Agenten Severings hatten festgestellt, dass seit 1929 im Berliner Hotel Adlon Verhandlungen über die Finanzierung Hitlers mit amerikanischen Finanzfachleuten stattfanden. Auf amerikanischer Seite war es das Bankhaus Warburg als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Cie sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz. Laut Konstantin soll Hitler von Kreisen der US-Hochfinanz mit insgesamt 128 Millionen Mark, von Seiten der holländisch-englischen Ölfinanz mit 50 Millionen Mark versorgt worden sein (Scholl, S. 17 und S. 24 f.). Der holländische Ölgewaltige Deterding soll in den Jahren 1929/32 rund 35 Millionen Mark gezahlt haben (Scholl, S. 65). Die Zuwendung weiterer Beträge aus verschiedenen Quellen ist nicht auszuschließen.

Nimmt man, um die Kaufkraft dieser Beträge im Jahr 1930 zu ermessen, eine Umrechnung mit dem Preisindex für Lebenshaltungskosten vor (Preisindex 1991 = 100, 1930 = 22,5, 1995 = 112,9, 2000 geschätzt 120 [Quelle: B & W Investment Research GbR, Düsseldorf], es errechnet sich ein Preisanstieg von 533 %), entsprachen 100 Millionen Mark im Jahr 1930, hochgerechnet auf das Jahr 2000, einer Kaufkraft von 533 Millionen DM bzw. 273 Millionen Euro. Die gigantische Finanzierung Hitlers war somit eine Finanzierung des Antisemitismus, aus dem allein die Zionisten Vorteile zogen im Hinblick auf die Verwirklichung ihres Zieles, in Palästina einen eigenen Judenstaat zu gründen (Scholl, S. 140 und S. 146).

2. Zusammenarbeit von Zionisten und SS

Etwa zwei Monate nach Hitlers Machtantritt, am 23. und 27. März 1933, veranstalteten jüdische Organisationen in New York riesige Versammlungen, in denen sie zum Kampf gegen Deutschland und zum Boykott deutscher Waren aufriefen, für einen Krieg, mit dem das »Weltjudentum« die deutsche Wirtschaft und mit ihr das Hitler-Regime niederringen wollte. Die Veranstaltung vom 27. März wurde direkt über Rundfunk in 200 Städte des Landes übertragen. Am 24. März 1933 erschien in der englischen Zeitung »Daily Express« die Schlagzeile »Juden aus aller Welt erklären Deutschland den Krieg« und am 6. August wurde in einer in New York ausgestrahlten Rundfunkansprache der »Heilige Krieg« gegen Deutschland ausgerufen (Stern, S. 134 ff., Enzyklopädie H, S. 235 f.). Als Reaktion auf die wiederholten Kriegserklärungen vom März erfolgte am 1. April 1933 der eintägige Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland, der jedoch nicht überall befolgt wurde. In einer Anordnung der Parteileitung der NSDAP vom 28. März 1933 hieß es dazu u. a.:

> *Krümmt auch weiterhin keinem Juden auch nur ein Haar (siehe Hoff, Faktenspiegel II, S. 81).*

Da der weltweite Boykott gegen deutsche Waren Wirkung zeigte und der Warenverkauf in vielen Ländern zurückging, war Deutschland regelrecht gezwungen, andere Wege des Absatzes zu suchen. Die Fachleute um Hitler entwickelten daraufhin im Verbund mit anderen devisenarmen Ländern ein System des Austausches Ware gegen Ware, ohne dass Geld oder Devisen erforderlich waren.

Hitlers Ziel war es, alle Juden in Deutschland zur Auswanderung zu veranlassen, notfalls auch unter Anwendung von Druckmitteln (Enzyklopädie H, S. 250). Die Zionistenführer waren über die Verfolgung der deutschen Juden sehr erfreut, weil dadurch die Einwanderung nach Palästina gefördert wurde. Der weltweite jüdische Boykott gegen Deutschland konzentrierte das zionistische Interesse darauf, die Krise zur Steigerung der Einwanderung nach Palästina zu nutzen und so bot der Zionismus seine Hilfe an, die Juden aus dem politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Umfeld in Deutschland auszugliedern und ihre Ausreise aus Deutschland zu fördern. Ein jüdischer Geschäftsmann aus Palästina, Sam Cohen, hatte im Mai/Juni 1933 ein privates Abkommen mit dem Reichswirtschaftsministerium geschlossen, das es angehenden Immigranten erlaubte, ihr Kapital bis zu einer Höhe von drei Millionen Reichsmark in Form von bestimmten Waren über Cohens Firma zu transferieren. Im Juli 1933 schloss Cohen einen neuen, noch weiter reichenden Vertrag mit den deutschen Behörden (Enzyklopädie H, S. 589, Nicosia, S. 94 und S. 288). Den Zionisten missfiel, dass eine private Gesellschaft das Instrument war, mit dessen Hilfe jüdisches Eigentum nach Palästina verbracht werden sollte, und dass diese Gesellschaft damit eine Monopolstellung erhielt. Auf Betreiben der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) kam man überein, in Palästina eine öffentliche Gesellschaft zu gründen, und so wurde im August 1933 zwischen der ZVfD und dem deutschen Wirtschaftsministerium das Haavara-Abkommen (Haavara = Transfer) unterzeichnet (Enzyklopädie H, S. 589, Nicosia, S. 95). Die deutsche Regierung sah darin nicht nur eine Chance, möglichst viele Juden zur Auswanderung zu bewegen, es konnte auch der weltweite jüdische Boykott gegen Deutschland an einem besonders symbolträchtigen Ort, nämlich in Palästina, sogar noch durch Zusammenarbeit mit Juden unterlaufen werden. Von Teilen der jüdischen Öffentlichkeit wurde das Abkommen als Bruch der jüdischen Solidarität und

Verletzung des Boykotts verurteilt. Es wurde daher als private Übereinkunft zwischen den deutschen Zionisten und der deutschen Regierung angesehen (Enzyklopädie H, S. 590).

Es ergab sich jedoch ein finanzielles Problem. Das nach dem 1. Weltkrieg durch Reparationen ausgeplünderte und von der Weltwirtschaftskrise schwer betroffene devisenarme Deutschland konnte sich den Abfluss großer Devisenbestände ins Ausland nicht leisten, und so hatte die Regierung Brüning 1931 durch Notverordnung sehr strenge Devisenbestimmungen erlassen. Mit dem Haavara-Abkommen wurde eine Bresche in diese Blockade geschlagen, von der aber nur jene Juden profitierten, die nach Palästina auswandern wollten und die von den zionistischen Vertretern als »geeignet« für Palästina befunden wurden (Nicosia, S. 17 f.).

Die britischen Mandatsbehörden hatten sehr geringe Einwanderungsquoten festgesetzt. Nur Juden, die pro Person mindestens 1.000 Palästina-Pfund (12.500 RM) und in vielen Fällen 2.000 Pfund (25.000 RM) mitbrachten, konnten als »Kapitalistenklasse« außerhalb dieser Quote einwandern. Die Kapitalisten bildeten eine eigene Einwanderer-Kategorie, »A1«; für sie gab es keine Einwanderungsbeschränkung. Über die Hälfte aller so genannten Kapitalisten, die in den Jahren 1933–1940 nach Palästina eingewandert sind, kamen aus Deutschland. Durch diese Einwanderung setzte ein rascher industrieller Aufschwung ein. Hunderte von Fabrikationsbetrieben und Werkstätten wurden ins Leben gerufen. Noch wichtiger war die Hebung des fachlichen Niveaus. Wohl selten hat ein einzelnes Abkommen mehr zur Entstehung eines Staates beigetragen als die Haavara zur Gründung Israels. In knapp sieben Jahren waren durch das Abkommen rund acht Millionen Pfund Sterling direkt nach Palästina gelangt, sechs Millionen indirekt. Wenn 1.000 Pfund 12.500 RM sind, ergeben 14 Millionen Pfund 175 Millionen RM. Umgerechnet mit dem Preisindex

von 533 % entspricht das, auf das Jahr 2000 bezogen, einer Kaufkraft von 933 Millionen DM oder 477 Millionen Euro. Bezogen auf das Preisniveau im Vorderen Orient muss der wirkliche Kaufwert noch wesentlich höher gelegen haben. Ohne das Kapital und das Fachwissen, die Initiative und die Energie der Juden aus Deutschland hätte es keine so schnelle Entwicklung in Palästina gegeben. Damit dürfte das Deutschland Hitlers in Wirklichkeit den Grundstein für den heutigen Staat Israel gelegt haben (Weckert, Feuerzeichen, S. 221 ff., Enzyklopädie H, S. 590).

In das Haavara-Abkommen waren die jüdischen Bankhäuser Warburg & Co. in Hamburg und Wassermann in Berlin eingebunden. Das Abkommen sah Treuhandfonds und zwei Verrechnungsstellen – eine in Deutschland, eine in Palästina – vor. Gesperrte jüdische Guthaben bis 50.000 Reichsmark je Person wurden auf ein besonderes Haavara-Konto in Deutschland eingezahlt, aus dem den Einwanderern per Kreditbrief in Palästina die erforderlichen Geldbeträge ausgezahlt wurden. Das restliche Geld stand dem Einwanderer erst dann zur Verfügung, wenn palästinensische Importeure in Deutschland gekaufte Waren bezahlen mussten. Der vom Importeur auf das Sonderkonto in Palästina einzuzahlende Kaufpreis wurde dem Einwanderer ausgezahlt, so dass er nach und nach sein Geld erhielt, ohne dass aus Deutschland Devisen abflossen (Nicosia, S. 94 ff.). Rechnet man z. B. für ein Ehepaar mit zwei Kindern 200.000 RM mit dem Preisindex um, entsprachen sie einer Kaufkraft von 1.066.000 DM im Jahr 2000 bzw. 545.037 Euro heute. Wer bzw. welcher Jude in Deutschland besaß nach den vielen vorangegangenen Katastrophen noch ein Vermögen, das (hochgerechnet) diese Beträge überschritt, d. h., die meisten der nach Palästina auswandernden Juden konnten ohne Schwierigkeiten ihr gesamtes Vermögen mitnehmen. Über unerfreuliche Vorgänge beim Verkauf (Arisierung) jüdischer Geschäfte sagte Innenminister Frick:

Leider seien auch Erpressungsversuche vorgekommen ... Alle diese Handlungen werden nachgeprüft und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen. Es ist selbstverständlich, dass derartige Verkäufe rechtlich ungültig sind und rückgängig gemacht werden (Weckert, Feuerzeichen, S. 200).

In den folgenden Jahren wurden die zum Transfer genehmigten Summen beträchtlich erhöht oder die Limitierung wurde aufgehoben. Im Jahr 1936 übernahm die Jewish Agency (Zionistische Weltorganisation) die Haavara und löste die einzelnen Treuhandfirmen ab (Weckert, Feuerzeichen, S. 220, Enzyklopädie H, S. 550).

Die Haavara transferierte außer dem Vermögen der Auswanderer auch Renten und Pensionen, Schul- und Unterhaltsgelder. Es wurden z. B. die Pensionen der entlassenen jüdischen Beamten durch die deutschen Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden regelmäßig überwiesen. Etwa 600 Rentner bezogen über die Haavara ihre Pension aus Deutschland. Jüdische Kriegsrentner des 1. Weltkriegs erhielten fast ausnahmslos ihre Bezüge per Post direkt zugestellt (Weckert, Feuerzeichen, S. 222).

Im Juli 1938 tagte im Kurort Evian-les-Bains am Genfer See – ohne Teilnahme Deutschlands – eine internationale Flüchtlingskonferenz. Die Vertreter von 32 demokratischen Staaten waren sich einig: Die Judenauswanderung ist eine unerhörte Grausamkeit der deutschen Regierung, das Leid der Juden sei unermesslich. Jeder einzelne Abgeordnete hielt eine flammende Rede voller Verständnis und Sympathie für die armen Juden, und jeder einzelne betonte, dass speziell sein Land – leider – nicht in der Lage sei, ihnen durch Aufnahme einer größeren Zahl von Einwanderern zu helfen (Weckert, Feuerzeichen, S. 227 f.) Obwohl US-Präsident Roosevelt die Flüchtlingskon-

ferenz einberufen hatte, weigerten sich die Vereinigten Staaten, ein Beispiel zu geben, dem die anderen vielleicht gefolgt wären. Als »Politik der Gesten« der Regierung Roosevelt wurden in Evian zwei Ausschüsse gegründet, das »Zwischenstaatliche Komitee der Evian-Konferenz« unter Leitung des amerikanischen Rechtsanwalts George Rublee und ein inneramerikanisches Komitee, das die Bemühungen innerhalb der USA koordinieren sollte. Im Endeffekt diente die Konferenz eher der Selbstdarstellung ihrer Veranstalter als der Rettung jüdischer Opfer. Die Roosevelt-Regierung warb z. B. für einen Plan zur Ansiedlung europäischer Juden in der Dominikanischen Republik und in Britisch-Guayana. Hunderte von anderen – meist ungeeigneten und unzugänglichen – Gebieten wurden von den verschiedenen US-Verwaltungsbehörden auf ihre Eignung untersucht. Finanzminister Morgenthau (bekannt durch den Morgenthau-Plan zur Zerstörung Europas) unterstützte Roosevelts Pläne, die Juden in »leer stehende« Territorien umzusiedeln. Weil Flüchtlinge nicht in die Vereinigten Staaten gelangen sollten, erwogen Roosevelt und Morgenthau eine Umsiedlung der Juden nach Lateinamerika. Im April 1943 unterstützte Roosevelt die Einberufung einer zweiten Flüchtlingskonferenz auf der Bermuda-Insel durch die Briten. Die BERMUDA-KONFERENZ endete besonders unbefriedigend. Die Konferenz wurde als »blanker Hohn« bezeichnet (Enzyklopädie H, S. 964 und S. 1239 f.)

Viele der politisch Verantwortlichen in England, die sich den Appellen zur Aufnahme verschlossen, taten dies insbesondere, weil sie die »Gefahr« einer »Überflutung« Palästinas – und auch Großbritanniens – mit Juden befürchteten. Sie vertraten den Standpunkt, schon die Ankunft von ein paar tausend jüdischen Flüchtlingen in England selbst werde zu einem offenen Ausbrechen antisemitischer Stimmungen führen (Gilbert, S. 397). Noch im Dezember 1944 (als englischen Behörden längst diverse Berichte bekannt waren, wonach viele Millionen Juden

von den Deutschen vernichtet worden sein sollten) wurden 608 jüdische Flüchtlinge an Bord eines Schiffes von den türkischen Behörden nach Bulgarien zurückgeschickt, nachdem die Engländer sich geweigert hatten, ihnen Visa für Palästina auszustellen (Gilbert, S. 391).

Anfang Dezember 1938 begab sich Reichsbankpräsident Schacht mit Zustimmung Hitlers nach London und verhandelte erfolgreich über einen größeren Kredit, damit die deutschen Juden mitsamt ihrem Vermögen auswandern konnten: Der Kredit scheiterte dann doch an einem Veto Chaim Weizmanns, des Präsidenten der Jewish Agency. Später hat man von ihm als Begründung erfahren, dass er lieber auf die deutschen Juden verzichten wolle als auf den Staat Israel, und er erklärte: »Mein großes Ziel ist der Staat Israel; dafür muss ich große Opfer geschehen lassen«. Laut Schacht könnte es Weizmann gewesen sein, der die Idee hegte, Opfer zu schaffen (Weckert, Feuerzeichen, S. 192 und S. 232, Woltersdorf, S. 174).

Rublee blieb bis Ende Februar 1939 (sieben Monate) auf seinem Posten. Etwa 25 Jahre später veröffentlichte er einen Bericht, in dem er sich darüber beklagte, dass weder britische noch amerikanische Regierungskreise das geringste Interesse an seiner Arbeit gezeigt hätten (Weckert, Feuerzeichen, S. 228 f.). Lediglich das Deutschland Hitlers, das an der Evian-Konferenz nicht teilgenommen hatte, schloss am 1. Februar 1939 nach knapp vierwöchigen Verhandlungen mit Rublee ein Abkommen (Rublee-Wohlthat-Abkommen), das wirklich sensationell war. Gegen den Willen von Chaim Weizmann, dem Präsidenten der Jewish Agency, gegen den Widerstand englischer, französischer und amerikanischer Juden wurde für die auswandernde jüdische Bevölkerung ein Hilfsprogramm aufgestellt, das die Umsiedlung von mehr als 400.000 Juden finanziell sichergestellt hätte. Ohne Vermögensverlust, frei von allen Steuern, Abgaben, Auflagen und sonstigen Forderungen

(Punkt 20 des Abkommens), falls erforderlich, nach einer von der deutschen Regierung geförderten Ausbildung zu bestimmten im Einwandererland bevorzugten Facharbeitern hätten die jüdischen Familien Deutschland verlassen und in einem Land ihrer Wahl eine neue Heimat finden können. (Weckert, Feuerzeichen, S. 227 ff. und S. 281). Nachdem sich durch Hitlers Maßnahmen die wirtschaftliche Lage in Deutschland wesentlich gebessert hatte, konnte man sich jetzt den Devisenabfluss leisten.

Um die mit der Auswanderung zusammenhängenden Fragen an einer zentralen Stelle zu bearbeiten, wurde schon 1934 die Zuständigkeit der SS vorgeschlagen und der Leiter des Reichssicherheitshauptamtes, Heydrich, für zuständig erklärt. Die Behörden duldeten die eigenständigen Sozial-, Bildungs- und Kultureinrichtungen der Juden. Besonders gefördert wurden zionistische Institutionen und Aktivitäten. Zur Unterstützung der Auswanderung erließ Heydrich im Februar 1935 ein Verbot für Reden und Handlungen, welche die Juden aufforderten, in Deutschland zu bleiben, hingegen ermutigte er die Propagandatätigkeit der Zionisten. Im Mai 1935 erfolgte dann ein generelles Verbot für jüdische Aktivitäten, ausgenommen davon war die Auswanderungspropaganda der Zionisten. Da viele der Juden Akademiker, Geschäftsleute usw. waren oder ähnlichen Berufsgruppen angehörten, man in Palästina aber Landarbeiter und Handwerker brauchte, waren berufliche Umschulungen erforderlich. In einem Rundschreiben der Bayerischen Politischen Polizei vom 28. Januar 1935 hieß es dazu:

> *Die Tätigkeit der zionistisch eingestellten jüdischen Jugendorganisationen, die sich mit der beruflichen Umschichtung von Juden zu Landwirten und Handwerkern vor ihrer Auswanderung nach Palästina befassen, liegt im Sinne der nationalsozialistischen Staatsführung ... Jedenfalls sind die Bundesmitglieder*

der zionistischen Verbände im Hinblick auf die auf Abwanderung nach Palästina gerichtete Tätigkeit nicht mit derjenigen Strenge zu behandeln, wie sie gegenüber den Angehörigen der so genannten deutsch-jüdischen Organisationen (Assimilanten) notwendig ist (Mommsen, Polizeiakten, S. 78).

Unter nationalsozialistischer Herrschaft spielte die zionistische Jugendbewegung Deutschlands eine wichtige Rolle. Sie wurde zur treibenden Kraft, um Jugendliche auf ihr künftiges Leben in den Kibbuzim vorzubereiten. Es gab in Deutschland ein umfangreiches System von Umschulungslagern, in denen vor allem auch Jugendliche die für Palästina erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten erwarben. Waren die zionistischen Jugendorganisationen während der 20er Jahre innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland nur eine Randerscheinung gewesen, erlebten sie nach 1933 einen gewaltigen Mitgliederzulauf, jetzt wurden sie zu ihrem eigentlichen Zentrum (Enzyklopädie H, S. 711). Den Jugendgruppen wurde das Tragen von Uniformen gestattet, sofern es in geschlossenen Räumen geschah. Vereinsabzeichen jüdischer Sportverbände durften auch öffentlich getragen werden (Mommsen, Polizeiakten, S. 80 und S. 85).

Die zionistische Bewegung sorgte dafür, dass das breite Berufs- und Fortbildungsangebot verstärkt genutzt wurde. Die Nationalsozialisten unterstützten diese Anstrengungen der Zionisten. Lehrkräfte der jüdischen Agentur wurden nach Deutschland geholt, zum Gebrauch des Hebräischen wurde ermutigt, jüdische Schulen wurden vom Staat bezuschusst und bis 1939 erhielten jüdische Lehrer ihre Pensionen aus der Staatskasse. Die Zionisten wurden ermutigt, ihre Botschaft zu den jüdischen Gemeinden zu bringen, Geld zu sammeln, Filme über Palästina zu zeigen usw. (Nicosia, S. 104 ff., Enzyklopädie H, S. 1637).

Der 1962 nach einem Prozess in Israel gehängte SS-Offizier Adolf Eichmann wurde 1937 für mehrere Monate nach Jerusalem entsandt, um dort alle mit der Auswanderung zusammenhängenden Fragen zu klären. Eichmann errichtete 1938 in Wien und später in Berlin und Prag eine Zentralstelle, in der für auswanderungswillige Juden innerhalb weniger Stunden alle erforderlichen Papiere, Visa, Stempel und Pässe beschafft wurden, um sofort abreisen zu können (Enzyklopädie H, S. 385). Unverdrossen wurde die Grundüberlegung angewandt, allen Juden die Auswanderung zu ermöglichen, indem die Reichen für die Armen zahlen mussten. Die »Reichsvereinigung der Juden« legte den Juden, die Vermögen besaßen (einschließlich der Auswanderer), eine progressive Steuer auf, um die Emigration von mittellosen Auswanderungswilligen zu finanzieren (Enzyklopädie H, S. 337). Praktisch war durch die Haavara jedem Juden die Auswanderung möglich, sofern er nach Palästina wollte. Mittellose Juden erhielten auf diese Weise sogar noch ein kleines Vermögen.

Den Gewalttätigkeiten am 9. November 1938 (der Reichskristallnacht oder auch Pogromnacht), deren Urheber nach wie vor im Dunkeln sind, haben sich Hitler, Göring, Himmler und Heydrich sofort entgegengestellt. Hitler befahl sofort die Sicherung jüdischen Eigentums und den Schutz der Juden durch die Gestapo (IMT, Bd. XXI, S. 586). Es erging sofort der Befehl an die SA, »sich an Ausschreitungen gegen Juden und jüdische Einrichtungen *nicht* zu beteiligen und an Stellen, an denen schon Ausschreitungen vorgekommen seien, Posten zur Verhinderung weiterer Plünderungen zu beziehen« (Weckert, Feuerzeichen, S. 176). Besonders die SS, die sich stets jedem Pogromversuch widersetzt hatte, befürchtete, dass der Auswanderungsvorgang gestört werden könnte (Nicosia, S. 235 f.). Die »Kristallnacht« passt überhaupt nicht in das Bild der guten Zusammenarbeit zwischen Nationalsozialisten und Zionisten. Wer versuchte, durch künstlich hervorgerufene

Krawalle Unruhe und Zwietracht zu stiften? Das Jahr 1938 war eines der erfolgreichsten der Regierung Hitler. Im März 1938 war die nach dem 1. Weltkrieg vom deutsch-österreichischen Parlament in Wien einstimmig beschlossene und von den alliierten »Demokraten« verbotene Wiedervereinigung mit den Deutsch-Österreichern erfolgt, zur großen Freude des gesamten Volkes. Das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 brachte den Sudetendeutschen die von ihnen lang ersehnte Freiheit und die Wiedervereinigung, zur noch größeren Begeisterung des gesamten Volkes. Alle diese Erfolge sollen die Nationalsozialisten bzw. Hitler schon knapp sechs Wochen später durch einen Exzess der Judenverfolgung aufs Spiel gesetzt und sich selbst vor aller Welt in Misskredit gebracht haben? In Deutschland herrschte 1938 allgemeine Ruhe und große Zufriedenheit. Niemand konnte weniger ein Interesse an solchen Unruhestiftungen haben als die Nationalsozialisten. Welche verborgenen Kräfte versuchten, die friedliche Entwicklung in Deutschland zu stören und die deutsche Regierung vor aller Welt in Verruf zu bringen?

Als die Engländer die Einwanderung einschränkten, wurden in Berlin und Wien Mossad (Geheimdienst)-Agenten eingesetzt, um gemeinsam mit ihnen die heimliche Auswanderung (einschließlich Vermögenstransfer) unter Einschaltung neutraler Länder zu organisieren (Nicosia, S. 245, Weckert, Feuerzeichen, S. 220). 1938 und 1939 förderte die SS noch immer die jüdische Auswanderung nach Palästina, wobei sie auch ungesetzliche Kanäle benutzte. Von April bis Dezember 1938 wurden 13.687 vor allem im Zusammenhang mit der »Kristallnacht« vom 9. November in Schutzhaft genommene Juden in das Konzentrationslager Buchenwald eingewiesen. Durch Vorlage eines Ausreisevisums wurden von ihnen noch im selben Jahr 10.012 aus dem Lager entlassen. Von den bis Ende 1941 eingelieferten etwa 17.000 Juden kamen noch mehr als

11.600 frei (Stein, S. 76). Im Sommer 1939 schloss der Mossad-Agent Pino Ginsburg mit der Berliner Gestapo ein Abkommen, wonach er per Schiff von den Häfen Emden und Hamburg aus 10.000 Juden nach Palästina bringen wollte. Der Kriegsausbruch im September 1939 erzwang den Abbruch der Maßnahme (Nicosia, S. 246).

Umschulungsprogramme erhielten auch weiterhin die Unterstützung der SS. Das ganze Jahr 1940 und auch einen Großteil des Jahres 1941 taten die deutschen Behörden in Osteuropa nichts, um den stetigen Strom jüdischer Flüchtlinge nach Palästina aufzuhalten (Nicosia, S. 248 f., Enzyklopädie H, S. 1637). Erst im Dezember 1941, als Amerika in den Krieg eintrat, war die Verbindung abgebrochen (Weckert, Feuerzeichen, S. 220). Trotzdem erfolgten während des ganzen Krieges Auswanderungen (Austausch von Juden gegen Deutsche), letztmalig im März 1945. Bei Kriegsende besaßen 600 bis 700 Juden in Bergen-Belsen Einwanderungs-Zertifikate in andere Länder und waren damit Kandidaten für einen Austausch (Enzyklopädie H, S. 132). Laut Gilbert (S. 394) befanden sich in Bergen-Belsen noch etwa 6.000 »Palästina-Juden« – Juden, die über ein Zertifikat verfügten, das sie zur Einreise nach Palästina berechtigte.

Zusammen mit anderen antisemitischen Regierungen wollte Hitler ein gemeinsames Vorgehen mehrerer Staaten erreichen. Ein solches Abkommen habe das Ziel, den Transport von Millionen europäischer Juden nach Madagaskar zu sichern. Der polnische Botschafter Lipski schickte nach einem Zusammentreffen mit Hitler ein Telegramm an den polnischen Außenminister Beck in Warschau: »Er hat den Gedanken, das Judenproblem über die Auswanderung in die Kolonien (Madagaskar) im Rahmen eines Abkommens mit Polen, Ungarn und möglicherweise auch mit Rumänien zu lösen (in diesem Zusammenhang sagte ich ihm, wir würden ihm in

Warschau ein schönes Denkmal errichten, wenn er eine solche Lösung finden würde« Nicosia, S. 252).

Hitler war in seiner Jugend ein Judenfreund (siehe dazu Hoff, Faktenspiegel II, S. 24 ff.) Die überaus blutige kommunistische Revolution in Russland und kommunistische Umsturzversuche in Ungarn und in Bayern, wo er die »Münchener Räterepublik« persönlich miterlebte, machten ihn zum Kommunistenfeind, und Kommunisten, das waren zum weitaus überwiegenden Teil Juden. Als Max Planck, der Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, versuchte, bei ihm für »wertvolle Juden« einzutreten, antwortete Hitler:

> *Gegen Juden an sich habe ich gar nichts. Aber die Juden sind alle Kommunisten und diese sind meine Feinde, gegen sie geht mein Kampf (Bieberstein, S. 273).*

Wurde Hitlers Feindschaft gegenüber den kommunistischen Juden von den Zionisten durch horrende Geldzuschüsse dahin gehend gesteuert, sich in der Öffentlichkeit als allgemeiner Judenfeind darzustellen? War sein Antisemitismus, der den Zionisten nutzte, gespielt, von den Zionisten mit enormen Geldmitteln »gekauft«?

So gab es unter den Juden zwei Gruppen, einmal die Zionisten, die hervorragend mit der deutschen SS zusammenarbeiteten, zum anderen die New Yorker und Londoner Finanzkreise, denen durch Hitlers neu errichtetes Tauschhandelssystem, an dem sie nicht mehr mitverdienen konnten, jährlich Geldeinnahmen von vielen Millionen oder sogar Milliarden entgingen. Sie begannen schon bald mit antideutscher Kriegspropaganda, die während des 2. Weltkriegs zu riesigen Hasskampagnen angeheizt wurde (siehe dazu Hoff, Faktenspiegel IV, S. 17 ff.). Im Februar 1940 äußerte z. B. der Generalsekretär

des jüdischen Weltkongresses, Perlzweig, dass man sich »seit sieben Jahren ununterbrochen im Kriege mit Deutschland« befinde. Es wurden Ansprüche auf Reparationen durch das jüdische Volk erwogen und zwei absolut revolutionäre Ideen entwickelt: Das Nürnberger Gericht und die deutsche Wiedergutmachung. »Jüdische Ansprüche auf Entschädigung müssen auf Anerkennung der Tatsache beruhen, dass die Juden einer seit 1933 mit Deutschland im Krieg befindlichen Nation angehören« (Stern, S. 128 f.). Als der seit 1933/34 gegen Deutschland geführte »kalte« Krieg dann ab 1939 in einen »heißen« Krieg übergegangen war, gab es mannigfaltige Vorschläge zur restlosen und endgültigen Zerstörung Deutschlands (und damit im Endeffekt Europas).



II. Die Umerziehung der Deutschen

1. Absichten und Pläne

Als die Amerikaner 1945 in Deutschland einmarschierten, kamen sie als erklärte Feinde mit diversen Zerstörungsabsichten. Eines ihrer vorrangigen Ziele war die so genannte »Umerziehung« der Deutschen.
Wie weit die Umerziehungsplanung bei den Alliierten ging, geht aus einer Aktennotiz aus dem Jahre 1943 hervor. Darin heißt es:

> *Wir werden die gesamte Tradition auslöschen, auf der die deutsche Nation errichtet wurde.*

Die Mittel, die man dazu anzuwenden gedachte, waren u. a.:

> *Verbreitung des Feminismus, Verteilung empfängnisverhütender Mittel und Streichung aller Familienzulagen, um so eine zahlenmäßige Reduzierung der deutschen Bevölkerung zu erreichen (Kamphausen, S. 72).*

Mit der Reduzierung der Bevölkerung hatte man bereits während der Kriegsjahre durch einen gnadenlosen Bombenkrieg gegen Frauen und Kinder begonnen, einen Krieg, der bereits ab 1934/1936 geplant wurde (siehe Hoff, Faktenspiegel III, S. 109). Am 19. August 1944 sagte US-Präsident Roosevelt zu seinem Finanzminister Morgenthau:

> *Wir müssen mit den Deutschen hart sein. Das heißt mit dem deutschen Volk, nicht nur mit den Nazis.*

Wir müssen sie entweder kastrieren, oder so mit ihnen verfahren, dass sie nicht länger Menschen zeugen, die so wie bisher weitermachen (Kamphausen, S. 14).

Mit seinem Kastrationsvorschlag knüpfte Roosevelt vermutlich an den Vorschlag von Kaufman an, nach dem Krieg das ganze deutsche Volk durch Zwangssterilisation auszurotten und Mitteleuropa damit gewissermaßen menschenleer zu machen (siehe Hoff, Faktenspiegel III, S. 158). In der von Roosevelt am 23. März 1945 gebilligten Direktive JSC 1067 an die amerikanischen Besatzungsstreitkräfte für die Behandlung Deutschlands bzw. der Deutschen war dazu festgelegt worden:

Alle Erziehungseinrichtungen in ihrer Zone sind zu schließen ... Sie werden die Wiedereröffnung von Volksschulen, Mittelschulen und Berufsschulen so früh wie möglich wieder gestatten. ... Ein gemeinsames System der Kontrolle ... und ein positives Programm der Umorientierung ist zu errichten ... Der Kontroll-Rat soll Programme entwerfen in Richtung auf die Wiedereröffnung der Höheren Schulen, Universitäten und anderer Einrichtungen der höheren Ausbildung ... (Sie werden) die Wiedereröffnung solcher Institutionen und Teilinstitutionen zulassen, die eine Schulung bieten, die sie ... als nützlich für die Verwaltung der Militär-Regierung und für die Besatzungszwecke erachten ... (Sie werden) das Personal und die Lehrpläne der Schulen reinigen.

Alle ordentlichen Kriminal-, Zivil- und Verwaltungsgerichte ... werden geschlossen.

Ferner zur Kontrolle der öffentlichen Information:

a) Kontrolle der öffentlichen Informationsmittel in Deutschland
b) die Akkreditierung ausländischer Korrespondenten
c) die Pressezensur
d) die Ausgabe offizieller Nachrichtenkommuniqués über Angelegenheiten des Kontroll-Rats.

Das Konzept für Deutschland sah damit in kultureller Hinsicht eine *tabula rasa* vor, die in den ersten Nachkriegsjahren verwirklicht wurde: Alle Schulen und Universitäten schließen, bis eine Alliierte Erziehungskommission ein Programm für eine effektive Reorganisation formuliert hat, wobei die Grundschulen nach entsprechender Entnazifizierung wieder aufgemacht werden durften. Höhere Schulen und darüber konnten mit einem Zwischenlehrplan wieder eröffnet werden, wenn sie eine Ausbildung boten, die der Besatzung unmittelbar nützlich war. Alle deutschen Rundfunksender und Zeitungen, Zeitschriften, Wochenblätter etc. stellen ihr Erscheinen ein, bis angemessene Kontrollen eingeführt sind und ein geeignetes Programm verabschiedet ist. Alle deutschen Gerichte wurden geschlossen und später unter Besatzungskontrolle wieder eingesetzt (Bavendamm, 234, Colby, S. 193). Wenige Begriffe aus der Nachkriegszeit sind ähnlich negativ belastet wie die Umschreibung dessen, was die Alliierten mit »Umerziehung« beabsichtigten (Benz, Legenden, S. 175).
In seinem letzten Buch schrieb der Amerikaner Michael Ledeen:

> *Kreative Zerstörung ist unser Zeichen, sowohl innerhalb unserer Gesellschaft als auch im Ausland. Jeden Tag reißen wir die alte Ordnung ein, von der Wirtschaft über die Wissenschaft, Literatur, Kunst, Architektur und Kino bis hin zu Politik und Recht. Unsere Feinde … fürchten uns, da sie sehen, wie Amerika traditionelle Gesellschaften auslöscht.*

2. Die Zerstörung des Schul- und Bildungswesens

Noch im Krieg wurde der Vorschlag gemacht, alle Lehrer, die während des Krieges freiwillig auf ihren Posten geblieben waren, zu entlassen und für immer von der Lehrtätigkeit auszuschließen (Colby, S. 162). Eine »Schulreform« sei notwendig, um den deutschen Geist zu heilen. Das (bisherige) Erziehungssystem müsse beseitigt werden und die Erziehung, von den Alliierten geleitet, müsse Pflicht für jeden werden (Colby, S. 166). Es wurde vor allem die Einführung einer Gesamtschule anstelle der herkömmlichen dreigliedrigen Schule, die sich in Deutschland außerordentlich bewährt hatte, angestrebt. Außerdem sollte ein politischer Unterricht, die Sozialkunde, eingeführt werden. Die Schule schien den Alliierten als Umerziehungsstätte deshalb so wichtig, weil sie hofften, dadurch Rückwirkungen auf die Familie zu erreichen (Kamphausen, S. 72). Die Deutschen müssen in ihren Schulen und Hochschulen umerzogen werden, in ihren Büchern, Filmen und im Rundfunk (Colby, S. 188). Alle Gemeindebehörden, Buchhändler, Bibliotheken, Lehrer und sogar Privatpersonen hatten alle Bücher, Zeitschriften, Zeitungsarchive, Alben, Dokumente, Landkarten, Pläne, Liederbücher und Noten, Filme und vieles mehr, die den Alliierten missfielen, zur Vernichtung an die Besatzungsbehörden auszuhändigen (Balfour, S. 336) und so wurden Vernichtungsaktionen durchgeführt, wie sie die Welt bis dahin noch nicht gesehen hatte, überwacht von Kontrolloffizieren. Neue Bücher – sofern überhaupt Papier vorhanden war – durften nur unter alliierter Lizenz und Kontrolle gedruckt werden (Balfour, S. 337).

Eine riesige Verhaftungswelle erfasste unzählige Personen nicht nur im Erziehungs- und Rechtswesen, sondern auch in der Presse sowie in den Verlagen (Colby, S. 194). So riss allein

die erste Verhaftungs- und Entlassungswelle mit bis zu 65 % und sogar 75 % aller Lehrer große Lücken, die durch provisorische Schnellkurse bei weitem nicht geschlossen werden konnten. Die amerikanische Militärregierung bilanzierte 28.900 entlassene Lehrer (Benz, Deutschland, S. 100). In der britischen Zone wurden 11.600 Lehrer verhaftet, weitere 14.500 ihres Amtes enthoben. Von den verbliebenen Lehrern waren ca. 50 % über 60 Jahre alt. Darüber hinaus hatte jeder Lehrer 60 oder 70 Schüler. Einem Lehrer waren sogar 141 Kinder anvertraut; er hatte nur ein einziges Lehrbuch, und das war noch geliehen. Es fehlte überall an Schulmaterial; mitunter mussten mehrere Kinder denselben Bleistift benutzen. Es gab Schichtunterricht mit teilweisem Unterrichtsausfall, besonders im Winter, wenn das Heizmaterial fehlte (Balfour, S. 347 f.). Die deutschen Schulbücher waren weitgehend verboten. Teilweise benutzte man daher Texte, die entweder aus der Schweiz übernommen oder von einem Emigrantenausschuss in New York zusammengestellt worden waren (Balfour, S. 349). Streitfragen führten zu Kontroversen in Deutschland, wo es bis 1933 (d. h. vor Hitlers Zeit) ein im Allgemeinen ziemlich rückständiges Schulwesen gegeben hatte (Balfour, S. 351).

Das zweite große Problem des deutschen Unterrichtswesens bildeten die Universitäten. Als Bildungsstätten waren die deutschen Universitäten weltberühmt (Balfour, S. 354). Amerikaner und Engländer hatten geplant, die Universitäten erst wesentlich später wieder zuzulassen. Als aber die Russen und Franzosen schon 1945 je eine Universität eröffneten, folgten sie diesem Beispiel nach (Balfour, S. 349). Da ein Großteil der Professoren entlassen worden war, nahm man Personen aus anderen Berufen als Hochschullehrer. Alle deutschen Studentenverbindungen waren verboten (Balfour, S. 355 f.).

3. Auslöschung der Presse, des Rundfunks usw.

Bereits im Oktober 1944 hatte die Abteilung für psychologische Kriegsführung im Hauptquartier der alliierten Streitkräfte ein Programm entworfen, wie die zukünftige anglo-amerikanische Informationspolitik in einem besiegten Deutschland aussehen sollte. Dieses Programm umfasste drei Phasen:

1. ein totales Verbot auf dem Gebiet des Informations- und Unterhaltungswesens, Schließung aller Zeitungsbetriebe
2. Herausgabe von Militärzeitungen
3. Herausgabe von deutschen Zeitungen unter alliierter Kontrolle: die Lizenz-Zeitungen

Diese Art der anfänglich verhinderten und später eingeschränkten Information der deutschen Öffentlichkeit war ein ganz entscheidendes Ziel der westlichen Mächte. Das Verhalten der Alliierten zeigt, dass sie sich über die völkerrechtlichen Regelungen einer Besetzung eines besiegten Landes hinwegzusetzen bereit waren. Sie verstießen damit gegen die Haager Landkriegsordnung. In der geplanten Umerziehung der Deutschen wurde deutlich, dass der 2. Weltkrieg in noch größerem Maße ein Weltanschauungskrieg war als der Krieg 1914–1918. Amerikanische Völkerrechtler hängten diesen Handlungen ein verbales Mäntelchen um (Kamphausen, S. 71).

Die »Abteilung für psychologische Kriegsführung« war die Feindpropaganda-Abteilung. Sie befasste sich mit der Produktion von Lügen, gefälschten Meldungen und Dokumenten, Falschdarstellungen tatsächlicher Ereignisse und Ähnlichem. Professor Dr. Friedrich Grimm überlieferte ein Gespräch mit einem der führenden Männer dieser Abteilung, das nach dem

Waffenstillstand 1945 stattfand. Als Professor Grimm meinte, dass es nun aber an der Zeit sei, im Dienste des Friedens und des Zusammenlebens der Völker diese Hetzpropaganda einzustellen, bekam er die Antwort:

> *Nein, nun fangen wir erst richtig an! Wir werden diese Gräuelpropaganda fortsetzen, wir werden sie steigern, bis niemand mehr ein gutes Wort von den Deutschen annehmen wird, bis alles zerstört sein wird, was sie in anderen Ländern an Sympathien gehabt haben, und bis die Deutschen selbst so durcheinander geraten sein werden, dass sie nicht mehr wissen, was sie tun (Weckert, Feuerzeichen, 164 f.).*

Der Buchautor Eugen Kogon war 1945 in der »Abteilung für psychologische Kriegsführung« der US-Armee tätig. Die Grundlage für Kogon bildete Material, das im Auftrag dieser »Abteilung« erstellt wurde (Stein, S. 260 und S. 300). Kogons Buch »Der SS-Staat«, geschrieben im Sinne und vermutlich im Auftrag antideutscher psychologischer Kriegsführung der Abteilung, ist unter diesen Gesichtspunkten zu beurteilen.

Von den deutschen Zeitungen blieb nichts übrig. Den Zeitungsverlagen und Journalisten wurde ihre Existenzgrundlage rücksichtslos entzogen. Selbst weltbekannte Zeitungsköpfe durften nicht wieder auftauchen; auch harmlose Heimatzeitungen wurden verboten. Erste »Zeitungen« erschienen wieder im Sommer 1945. Es handelte sich jedoch lediglich um Mitteilungsblätter der Militärs zum Zwecke der Weitergabe von Befehlen und Anordnungen an die Zivilbevölkerung des besetzten Gebietes. Zwangsläufig nahmen darin Strafandrohungen für verbotenes Tun einen großen Umfang ein.

Erst nach und nach erhielten bestimmte Personen Lizenzen von den Besatzungsmächten, unter deren Kontrolle neue

Zeitungen herauszugeben. Pressefreiheit gab es noch nicht (Borowsky, S. 25). Durch Vor- und Nachzensur war die Lizenzpresse einer einschneidenden Kontrolle unterworfen, ohne die nicht einmal Fahrpläne gedruckt werden durften (Benz, Deutschland, S. 159). Alle heute führenden Verleger von Zeitungen, Zeitschriften und Illustrierten gehen auf alliierte Lizenzen zurück (Borowsky, S. 25).

Geeignete Mitarbeiter für die Zeitungsherausgabe standen sowohl den Amerikanern als auch den Briten in ausreichender Zahl zur Verfügung. Es waren die deutschen Emigranten der Jahre 1933 bis 1939 (Kamphausen, S. 71). Alle Besatzungsmächte arbeiteten prinzipiell nur mit Politemigranten zusammen, denen sie vertrauten. Politisch verlässliche Emigranten wurden besonders in der Pressepolitik bevorzugt (Benz, Deutschland, S. 168). So erfolgte eine bevorzugte Lizenzvergabe an Journalisten und Redakteure, die zwischen 1933 und 1945 nichts veröffentlicht hatten (Benz, Deutschland, S. 159). Die »Emigranten in Uniform«, die wegen ihrer Sprachkenntnisse vor allem für die psychologische Kriegführung, für Übersetzerdienste usw. gebraucht wurden (Benz, Deutschland, S. 167), waren mit den einmarschierenden Truppen als Erste zurückgekehrt

Der polnische Botschafter in Washington, Potocki, schrieb am 12. Januar 1939 in einem Geheimbericht, dass in den USA das Radio (Fernsehen gab es damals noch nicht), der Film, die Presse und Zeitschriften zu fast 100 % in jüdischen Händen sind (Hoff, Faktenspiegel II, S. 84). Wenn man diese Aussage Potockis kennt und auch weiß, wer die »Emigranten in Uniform« waren, dürfte außer Zweifel stehen, welcher Personenkreis bevorzugt oder sogar ausschließlich Zeitungslizenzen erhielt bzw. unter welchem Einfluss die neuen Zeitungen und später der Rundfunk (und noch später das Fernsehen) standen, denn von nachhaltigem Einfluss war die Rundfunkpolitik der

Alliierten (Benz, Legenden, S. 175). Einflussreiche Posten der Militärregierung, Stellungen in der deutschen Verwaltung, in Zeitungsverlagen und bei Rundfunksendern wurden mit amerikanischen und deutschen Kommunisten und Mitläufern besetzt (Utley, S. 30).

Alle vier Besatzungsmächte förderten besonders die Gründung politisch-kultureller Zeitschriften, in denen über die deutsche Vergangenheit und Zukunft debattiert werden konnte und sollte (Benz, Deutschland, S. 159). Der Rundfunk blieb bis 1955 völlig in alliierter Hand (Kamphausen, S. 72). Sefton Delmer, während des Krieges Englands Chef für antideutsche Propaganda, meinte, dass erst dann, wenn die Deutschen selbst beginnen, ihr Nest zu beschmutzen, in eilfertiger Bereitschaft, den Siegern gefällig zu sein, der Sieg vollständig sei. Endgültig sei er nie, Umerziehung bedürfe sorgfältiger Pflege wie englischer Rasen. Der bedeutende US-Journalist Walter Lippmann ging noch weiter:

> *Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Geschichtsbücher der Besiegten gefunden hat und von der nachfolgenden Generation geglaubt wird, kann die Umerziehung als gelungen angesehen werden.*

Nach vielen Jahren deutschfeindlicher Propaganda in den USA (siehe Hoff, Faktenspiegel IV, S. 18 ff.) begann in diesen neu entstandenen »deutschen« Medien nach 1945 als »Rasenpflege« im Sinne Delmers eine völlig einseitige antideutsche Berichterstattung und Ereignisdarstellung, die im Grunde genommen als psychologische Kriegsführung bis zum heutigen Tag fortdauert. Zentralpunkt ist und bleibt immer noch die Behauptung, von Deutschen seien sechs Millionen Juden ermordet worden und damit sei das ganze deutsche Volk kollektiv des Judenmordes schuldig.

Wie ist die Zahl von sechs Millionen zustande gekommen? Ist sie real? Ist sie Propaganda? Was ist Propaganda und was ist Wirklichkeit? Zum Verständnis des Themas muss man dort beginnen, wo unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg die Massenvernichtung von Menschen einsetzte. Aber auch die Einzeltötung (Euthanasie) darf nicht unbeachtet bleiben.

III. Die Massenvernichtung von Menschen

1. Die Realität in der Sowjetunion

a) Die Opfer

Laut Hoffmann (S. 168 ff.) hatte in Russland (Sowjetunion) schon kurz nach der Oktoberrevolution von 1917 der Terror als fester Bestandteil des sowjetischen Herrschaftssystems eingesetzt. Die Geheimpolizei Tscheka, Ende 1917 gegründet, gewann im Nu an Kraft und flößte bereits Anfang 1918 der ganzen Bevölkerung Todesangst ein. Es war diese *Tscheka*, die den *Roten Terror* in Gang setzte, und dies lange bevor er offiziell ausgerufen wurde. Neben nächtlichen Massenerschießungen ohne Verfahren wurden Tausende auf Schiffe geladen und mit ihnen versenkt. Es war ein *gezielter*, geplanter und viele Jahre dauernder Terror (Solschenizyn, S. 134 f.). Trotzki erklärte in der Politbüro-Sitzung am 18. April 1919: Unter den Tscheka-Mitarbeitern ist der Anteil der Letten und Juden sehr hoch. An der Front selbst ist ihr Anteil dagegen verhältnismäßig unbedeutend (Solschenizyn, S. 137). Im Kampf gegen ihre Feinde waren den Bolschewiki alle Mittel recht. Trotzki formulierte damals, dass »nur ein heuchlerischer Quäker den Staatsterror verneinen« könne. Ein Vertrauter Trotzkis, der aus einer armen jüdischen Familie stammende Wolodarski (Goldstein), erklärte kurz und bündig: »Die Interessen der Revolution erfordern die physische Vernichtung der Bourgeoisie«. Am 9. August 1918 hat Lenin den »schonungslosen Massenterror gegen Bauern (Kulaken), Geistliche (Popen) sowie Adlige und Offiziere angeordnet. Dabei sollten »verdächtige Personen in ein Konzentrationslager außerhalb der Stadt« verbracht werden. Die Elite der Bolschewisten war entschlossen, den Sieg der Revolu-

tion mit dem Mord an Millionen Menschen zu erkaufen (Bieberstein, S. 138). Es ging um die physische Liquidierung ganzer Klassen wie Adel, Geistlichkeit, Bürgertum usw. In der Parteizeitung Prawda vom 31. August 1918 heißt es: »Arbeiter, die Zeit zur Vernichtung der Bourgeoisie ist gekommen«. Und am 1. November 1918 erhielt die Geheimpolizei die Anweisung, »die Bourgeoisie als Klasse« auszumerzen. Die 1920 einsetzende Ausrottung des Kosakentums, die Entkosakisierung, und die später einsetzende Ausrottung des Bauerntums, die Entkulakisierung, hatten den Charakter eines Völkermords. Mit der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und dem in Verbindung hiermit stehenden »Hunger-Holocaust« von 1932/1933 sind zwischen sieben und zehn Millionen Menschen des ukrainischen Volkes beseitigt worden. Durch Massenerschießungen so genannter »Volksfeinde« haben weitere fünf bis sieben Millionen Menschen ihr Leben verloren. Mehr als 100.000 unmarkierte Massengräber sind in der Sowjetunion verstreut, und immer wieder werden neue Mordstätten entdeckt. In der Umgebung der bestehenden 80 »Konzentrationslagersysteme« unter der Verantwortung des GULag mit Hunderten von Einzellagern war der Boden mit den Leichen ermordeter »Volksfeinde« buchstäblich gedüngt. Allein in den Konzentrationslagern bei Kolyma starben mindestens drei Millionen Menschen an den entsetzlichen Lebensbedingungen bei Temperaturen bis zu –60° C (Hoffmann, S. 171). Lew Kopelew äußerte, dass das, was sich von 1935 bis 1941 in der Sowjetunion abspielt habe, im Vergleich »selbst mit den grässlichsten Ereignissen der Weltgeschichte einmalig, grausam und sinnlos« gewesen sei (Bieberstein, S. 201).

Von 250.000 polnischen Kriegsgefangenen sind 148.000, von 1,6 bis 1,8 Millionen deportierten polnischen Zivilpersonen 600.000 in der Sowjetunion zugrunde gegangen, und von 600.000 in die Sowjetunion deportierten polnischen Juden verschwanden 450.000 spurlos (Hoffmann, S. 158).

b) Die Täter

In der Sowjetunion sind Juden nicht nur als Opfer, sondern auch als Täter in Erscheinung getreten (Bieberstein, S. 205). Dass es sich bei unzähligen führenden bolschewistischen Funktionären um Juden gehandelt hat, ist allgemein bekannt. Beim letzten Kongress der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei – gemeinsam mit den Menschewiken – 1907 in London waren von 302 bis 305 Delegierten mehr als 160 (53 %) Juden (Solschenizyn, S. 80). Doch ihr tatsächliches Gewicht war viel größer. Unter den Aktivisten der Revolution spielten die jüdischen Revolutionäre eine bedeutendere Rolle als insgesamt in der revolutionären Masse (Solschenizyn, S. 215 f.). Die Führungsrolle jüdischer Revolutionäre ist unübersehbar, sie bildeten das Rückgrat des Bolschewismus (Bieberstein, S. 16). Das im Smol'nyj tagende Zentralkomitee war 1918 im Volksmund geradezu »Juden-Zentrale« genannt worden, es »rechtfertigte in den Augen der Massen die Gleichsetzung von Juden und Bolschewiki«. Der jüdische Anteil an der revolutionären Bewegung in Russland betrug das Achtfache ihres prozentualen Bevölkerungsanteils. Viele der ehemaligen Berufsrevolutionäre wurden später Tschekisten (Bieberstein, S. 103). Der jüdische Anteil steigt dramatisch an, je mehr man sich der Spitze der Parteihierarchie nähert. Im siebenköpfigen Politbüro waren neben Lenin und Stalin (weitere) vier Juden, und zwar Sinowjew (Apfelbaum), Kamenew (Rosenfeld), Trotzki (Bronstein) und Sokolnikow (Brilliant) zu finden (Bieberstein, S. 129 f.). Eine ethnische Aufgliederung der wichtigsten Parteiführer für den Zeitraum 1918–1919 ergibt folgendes Bild: 17 Russen, zwei Ukrainer, 11 Armenier, 35 Letten und Litauer, 15 Deutsche, ein Ungar, zehn Georgier, drei Polen, drei Finnen, ein Tscheche, ein Mittelasiate, 457 Juden (Hoffmann, S. 188 f.). Damit beläuft sich der Anteil der Juden an den führenden Parteigremien auf 82,2 %, wobei nicht sicher ist, ob sich unter den Russen, Ukrainern, Letten usw. nicht auch noch

Juden befanden. In den ersten Jahren der bolschewistischen Herrschaft zeigte sich das ganze zahlenmäßige Übergewicht der Juden beileibe nicht nur in der Partei- und Machtspitze. Noch eklatanter und für die Bevölkerung deutlicher wahrnehmbar war es in den Weiten Russlands (Solschenizyn, S. 94). 1922 äußerte Gorki, dass die sowjetische Handelsmission in Berlin zu 98 % aus Juden bestehe. Vermutlich war dies kaum übertrieben, denn ein ähnliches Bild bot sich auch in den anderen westlichen Hauptstädten (Solschenizyn, S. 223).

Auch am Kampf gegen die Religion haben jüdische Kommunisten an prominenter Stelle mitgewirkt. Sie war die umfassendste Christen- und Religionsverfolgung in der Geschichte, an deren Spitze Revolutionäre aus jüdischen Familien, wie besonders Trotzki und Jaroslawski (Gubelmann) maßgeblich beteiligt waren. Das Gold und Silber, das bei der Einschmelzung der sakralen Schätze der orthodoxen Kirche gewonnen wurde, verwendete man zur Finanzierung der Revolution und der neu gegründeten kommunistischen Parteien in aller Welt. Wie erfolgreich der beispiellose Kampf der Bolschewiki gegen die Kirche gewesen ist, geht daraus hervor, dass von den 1914 geöffneten 54.000 russischen Kirchen im Jahr 1941 noch 500 und somit knapp 1 % übrig geblieben war. Neben dem Christentum und dem Islam ist auch das religiöse Judentum von den Bolschewiki bekämpft worden (Bieberstein, S. 75, S. 81 und S. 135). Noch eines darf nicht vergessen werden: Die neuen Herren versäumten es nicht, umgehend ihrer Raffgier Genüge zu tun und, schlicht gesagt, die Wehrlosen zu berauben. Die für die Bekämpfung der Spekulation zuständige Tscheka-Abteilung, die ein sehr einträgliches Gebiet bearbeitete, befand sich in der Hand von Juden (Solschenizyn, S. 88 f.). Besonders auffällig ist auch die Rolle der Juden bei den für die *Lebensmittelversorgung* zuständigen Organen (Solschenizyn, S. 91).

Der einstige Sowjetkommissar Lew Kopelew, Sohn eines jüdischen Agronomen, hat später bekannt: »Unser großes Ziel war der Sieg des Weltkommunismus; um seinetwillen kann man und muss man lügen, rauben, Hunderttausende, ja Millionen von Menschen vernichten ... Die Begriffe Gut und Böse, Menschlichkeit und Unmenschlichkeit waren für uns hohle Abstraktionen« ... Vielfach haben jüdische Revolutionäre selber in ihrer Begeisterung den Sozialismus und den Kommunismus wiederholt als von Juden geprägt und geschaffen gefeiert (Bieberstein, S. 204 und S. 258 f.). »Von der Wolga bis zum Rhein wird eine einzige rote Flut der Proletarier-Revolution sein« (Bieberstein, S. 138). »Es gibt bereits drei Sowjetrepubliken: Russland, Ungarn und Bayern ... In einem Jahr wird ganz Europa kommunistisch sein«, schrieb Sinowjew am 7. April 1919 (Bieberstein, S. 145).

Weniger bekannt ist der verhältnismäßig hohe Anteil von Juden an der Entfesselung und in den Organen des bolschewistischen Terrors (Tscheka, GPU, NKWD). Schon im Dezember 1917 hat Trotzki verkündet: »In weniger als einem Monat wird der Terror extrem gewaltsame Formen annehmen, so wie es auch bei der großen Französischen Revolution gekommen ist«. Einer der wichtigsten bolschewistischen Parteiführer, Sinowjew, hatte am 19. September 1918 gefordert, dass von den 100 Millionen Einwohnern Russlands durch »unseren eigenen sozialistischen Terror« 10 Millionen »vernichtet werden müssen«. Aus 1999 in Moskau veröffentlichten Geheimpapieren mit umfassendem Datenmaterial wissen wir, dass der jüdische Anteil am Tscheka-Personal sehr hoch war und dass der russische Volksmythos vom »jüdischen NKWD« ... einen realen Bezug hatte. Wenn noch 1934 bei einem jüdischen Bevölkerungsanteil von 2 % immerhin 39 %, in der Ukraine sogar bis zu 75 %, der Spitzenfunktionäre aus jüdischen Familien stammten, zeigt dies die »Vormachtstellung der Juden im Geheimdienst« (Bieberstein, S. 140 f.). Das Tscheka-Organ

Rotes Schwert hatte schon am 18. August 1919 stolz verkündet: »Uns ist alles erlaubt« (Bieberstein, S. 255). Trotzki und Sinowjew waren neben anderen Juden maßgeblich schon an der Ermordung der Zarenfamilie und deren Gefolge beteiligt. Anführer des Mordkommandos war der im deutschen Exil christlich getaufte Jude Jurovskij, der den Zaren persönlich erschoss; mindestens zwei weitere Angehörige des zehnköpfigen Kommandos, das die kaiserliche Familie in einem wahren Blutbad liquidierte, waren ebenfalls Juden (Hoffmann, S. 189, Bieberstein, S. 81 und S. 102). Die 20er Jahre waren eine Zeit, in der die Organe der GPU bedeutenden Zulauf jüdischer Kader bekamen. Drei der vier Gehilfen ihres Vorsitzenden Dserschinski waren Juden (Solschenizyn, S. 217 f.), darunter Jagoda, der zum Kopf des bolschewistischen Massenterrors über Jahre hinweg wurde und der als Chef des »Archipel GULag« die Verantwortung für den Tod von Millionen trug. Abakumov, der sich mit einer ganzen Gruppe jüdischer Mitarbeiter umgeben hatte, ein enger Vertrauter Berijas, der seinerseits als »Jude von Geburt« bezeichnet wurde, war einer der Hauptverantwortlichen für die ungeheuren Verbrechen im Bereich des NKWD/MVD. Ein anderer war Organisator des Terrors in der Roten Armee. Kaganowitsch war Hauptverantwortlicher »für einen beispiellosen Völkermord – der sorgfältig geplanten Ermordung von sieben bis neun Millionen ukrainischer Bauern während der Hungersnot 1932–1933«. Neben Stalin hat eine ganze Gruppe den Befehl zur Erschießung der 15.000 polnischen Offiziere (u. a. in Katyn) unterschrieben (Hoffmann, S. 190).

Stalin ernannte jüdische Kommunisten zu Leitern von elf der zwölf großen Lager des Archipel GULag, womit er dafür sorgte, dass antisemitische Ressentiments genährt wurden. Dass jüdische Kommunisten und Tschekisten an allen Grausamkeiten maßgeblich beteiligt waren, ließ den Volkszorn auf die Juden immer weiter wachsen (Bieberstein, S. 204). Man

begegnete der »Kommune« überall mit Hass. Dass man überall jüdische Gesichter unter den bolschewistischen Funktionären antraf (besonders in der Tscheka), steigerte die alteingefleischte und noch sehr präsente Judenfeindlichkeit (Solschenizyn, S. 93 f.). Der grimmige Hass auf die Bolschewiki verwandelte sich in einen ebensolchen Hass gegen die Hebräer, und nicht nur in Russland. Der Anti-Semitismus florierte in den 20er Jahren als Ergebnis der Furcht vor dem Bolschewismus. Angst spielte eine entscheidende Rolle (Bieberstein, S. 264 ff.). Angst dürfte auch das Hauptmotiv Hitlers gewesen sein.

Die große Kluft zwischen den Heilsversprechen der Partei und der traurigen sozialen Realität, die durch Desorganisation der Produktion, Hunger und Kriminalität gekennzeichnet war, bedurfte einer Erklärung. Stalin wollte sich nun durch Antisemitismus bei den Russen als russischer Patriot empfehlen und gleichzeitig die Juden als Sündenböcke für Defizite des Sowjetsystems verantwortlich machen. Den eklatanten Widerspruch zwischen Versprechungen und Wirklichkeit versuchte er auf das Wirken finsterer Kräfte wie Diversanten, Kapitalisten, Imperialisten und nicht zuletzt auch »Zionisten« – sprich Juden – zurückzuführen und wegzuerklären (Bieberstein, S. 197). So setzte eine Welle der Verfolgung von »Verrätern« ein, die als »Trotzkisten« und »Kosmopoliten« entweder still liquidiert oder in spektakulären öffentlichen Schauprozessen zum Tode verurteilt wurden. Sinowjew z. B. legte vor Gericht folgendes wahnwitzige »Geständnis« ab: »Über den Trotzkismus bin ich zum Faschismus gelangt. Der Trotzkismus ist eine Abart des Faschismus, der Sinowjismus aber eine Abart des Trotzkismus«.

Erst als Stalin im 2. Weltkrieg zu einem Verbündeten der Vereinigten Staaten wurde, hielt er es aus propagandistischen Gründen für zweckmäßig, das »Jüdisch Antifaschistische Komitee« zu gründen, das nach dem Krieg gleich wieder auf-

gelöst und dessen wichtigste Mitglieder liquidiert wurden (Bieberstein, S. 199 f.) Unter Stalin war das russische Dorf in ein Agrar-KZ umgewandelt worden. Auch wenn die Kolchosbauern das Eindringen der Deutschen Wehrmacht in ihre Heimat nicht akzeptierten, erschienen ihnen die Deutschen noch besser als die eigenen Machthaber, die sie als »jüdische Okkupanten« empfanden (Bieberstein, S. 206). In Russland vernichteten sie mit dem *Ancien Régime* samt Adel und Staatskirche auch noch das Besitz- und Bildungsbürgertum, worunter Russland bis zum heutigen Tage leidet (Bieberstein, S. 127).

Wenn auch die aktive Mitwirkung vieler Juden in den sowjetischen Terrororganen geradezu ein eigenes Kapitel darstellt, so lassen sich hieraus niemals Rückschlüsse auf die Verantwortung des jüdischen Volkes als solches für die begangenen Verbrechen des Bolschewismus ziehen. Nicht die Völker sind für begangene Gräueltaten verantwortlich, sondern immer nur Einzelpersonen (Hoffmann, S. 190 f.).

2. Vernichtung durch Gas und Gift

Fast unbekannt ist die gravierende Tatsache, dass die Sowjetorgane des NKWD auch Gas zur Vernichtung von Menschen anwandten. Das Gas wurde in einer während der deutsch-russischen Zusammenarbeit mit der Reichswehr in den 20er und 30er Jahren gemeinsam errichteten Fabrik zur Erzeugung von Giftgas für die Ausbildung und Technik des Gaskampfes hergestellt. Bereits zur Unterwerfung unbotmäßiger Völkerschaften hatte die Sowjetmacht Giftgas eingesetzt. Gaskammern waren in Workuta schon seit 1938 in Betrieb (Hoffmann, S. 171). In den USA wurde im Frühjahr 1993 eine vierteilige Sendung ausgestrahlt, die sich mit der Sowjetunion befasste. Darin wird ein früherer KGB-Offizier zitiert mit der Bemerkung, Gaslastwagen seien vor dem Krieg in Moskau erfunden und durch den KGB eingesetzt worden (Weckert, Gaswagen, S. 195). Ein ehemaliger Offizier des KGB bestätigte noch 1997, »dass im GULag Lastwagen mit Gaskammern im Einsatz gewesen seien« (Hoffmann, S. 172). Erfunden wurden sie im Jahr 1937 vom sowjetischen NKWD, und zwar von Isaj Dawidowitsch Berg. Die zur Tötung vorgesehenen Opfer stopfte man in einen LKW, dessen Abgase während der Fahrt zum Begräbnisort in das geschlossene Innere des Fahrzeugs geleitet wurden, so dass die Insassen bei der Ankunft tot waren (Solschenizyn, S. 309). Da alle Lastwagen in der Sowjetunion vor dem Krieg mit Benzinmotoren ausgerüstet waren (Berg, S. 342), ist es auch technisch leicht möglich gewesen, Menschen mit Abgasen aus Benzinmotoren umzubringen, da diese Abgase sehr giftig sind.

Professor Majranowskij, ein Fachmann für Gifte, leitete ab 1937 das »Labor X« in einer Sonderabteilung des NKWD, das Todesurteile mit Giftspritzen vollstreckte (Solschenizyn, S. 309).

Lenin und Stalin haben ein riesiges System von Konzentrationslagern eingeführt. Massenmord war ein konstitutives Element der bolschewistischen Herrschaftsausübung. Die Zahl der Toten kann man nur schätzen; die Schätzungen gehen bis zu einer Größenordnung von 100 Millionen Menschen. Stalin war der größte Verbrecher des Jahrhunderts (Hoffmann, S. 173).

3. Auschwitz und kein Ende

Als Sinnbild nationalsozialistischer Gräueltaten hat sich vor allem Auschwitz tief in das öffentliche Bewusstsein eingegraben, obwohl es bis lange nach dem Krieg und auch im Nürnberger Prozess des Internationalen Militärtribunals (IMT) gegen die (deutschen) »Hauptkriegsverbrecher« noch keineswegs den heutigen Symbolcharakter aufwies.

Von den zwischen Mai 1942 und Juni 1944 in den Westen gelangten Berichten hat fast keiner Auschwitz als Massenmordzentrum benannt. Die Orte Chelmno, Treblinka, Sobibor und Belzec wurden, ebenso wie Majdanek und Mauthausen, immer wieder in alliierten Erklärungen und Berichten oder in Appellen der Jewish Agency erwähnt, nicht dagegen Auschwitz-Birkenau. Es gehörte der wohlbekannten und häufig zitierten Liste der Tötungsstätten *nicht* an. In der großen Mehrzahl der in den Westen gelangenden Berichte über die Liquidierungen der Juden tauchte der Name Auschwitz-Birkenau nicht auf, auch nicht, nachdem die anderen Lager zu arbeiten aufgehört hatten, da – um die Jahresmitte 1943 – ihre Aufgabe weitgehend erfüllt war (Gilbert, S. 398).

Am 4. Juli 1944 erreichte ein Bericht von zwei jüdischen Flüchtlingen, Rosenberg (Vrba) und Wetzler, und der Bericht eines polnischen Majors, die alle von sich behaupteten, aus Auschwitz geflohen zu sein, das Auswärtige Amt in London. Im Vrba-Wetzler-Bericht (Gilbert, S. 308 ff.), ergänzt durch Angaben des polnischen Majors, heißt es u. a.:

> *Seit März 1942 sind riesige Judentransporte nach Oswiecim und Birkenau gekommen. Ein kleiner Teil der Deportierten ist in das Arbeitslager geschickt worden, während durchschnittlich 90 % derjenigen, die*

kamen, geradewegs aus dem Zug geholt und getötet wurden. Die Hinrichtungen wurden zu Anfang im Birkenwäldchen, in einem eigens zu diesem Zweck errichteten Bau durch Gasvergiftung durchgeführt ...

Ende Februar 1943 wurden vier neue Krematorien ... gebaut. Zu jedem Krematorium gehören ein großer Vorraum, eine Gaskammer und ein Hochofen. Man lässt die Leute im Vorraum antreten, der 2.000 Menschen fasst und den Eindruck eines Schwimmbades vermittelt. Sie müssen sich ausziehen und erhalten jeder ein Stück Seife und ein Handtuch, als ginge es zum Baden. Dann werden sie in die Gaskammer gepfercht, die hermetisch abgeschlossen wird.

Einige SS-Männer mit Gasmasken schütten dann durch drei Öffnungen an der Decke ein Präparat des Giftgases Megazyklon, das in Hamburg hergestellt wird, in die Kammer. Nach Ablauf von drei Minuten sind alle tot. Die Leichen werden dann auf Karren geladen und zur Verbrennung im Hochofen gebracht.

... wurde eine große Zahl von Nichtjuden, die zur Tötung bestimmt waren, direkt vom Zug auf den Hinrichtungsplatz geführt und nicht in den Häftlingslisten des Lagers registriert. Nach sorgfältigen Berechnungen wurden in der Zeit zwischen April 1942 und April 1944 zwischen eineinhalb und eindreiviertel Millionen Juden durch Gas oder auf andere Weise getötet ... (Sie) wurden direkt vom Zug aus an die Stelle geführt, an der sie getötet werden sollten.

Anfang 1943 erhielt die »Politische Abteilung (Lager-Gestapo)« in Oswiecim 500.000 Entlassungsformulare. Der Kommandant ließ sie alle auf die

> *Namen von Personen ausfüllen, die bereits vergast worden waren ...*

Im französischen Konzentrationslager-Dokument F 321 heißt es ausdrücklich:

> *Diejenigen, die bei der Ankunft verbrannt wurden, wurden nicht in die Register eingetragen (Neitzke/Weinmann, S. 222).*

Und in der Enzyklopädie H (S. 115) wird ausgeführt:

> *Die übergroße Mehrheit der Opfer von Auschwitz, die Männer und Frauen, die sofort nach ihrer Ankunft in Auschwitz II in den Gaskammern getötet wurden, wurde nicht einzeln registriert.*

Einem unbefangenen Leser stellt sich hier die Frage, wie der Kommandant die Namen von 500.000 Leuten eintragen lassen konnte, deren Personalien gar nicht festgehalten worden waren.

Am 6. Juli 1944 suchten die höchsten Repräsentanten der Jewish Agency in London, Chaim Weizmann und Mosche Shertok, den englischen Außenminister Eden auf. Laut ihrem Aide-mémoire bestehen im Lager Birkenau vier Krematorien mit einer Kapazität zur Vergasung und Verbrennung von 60.000 Personen pro Tag. Es seien dort im Laufe des vergangenen Jahres mehr als 1.500.000 Juden aus ganz Europa getötet worden (Gilbert, S. 314 f.). Die Berichte wurden in der Regel als »gewohnte jüdische Übertreibung« abgetan (Gilbert, S. 397).

Auf vielfaches Drängen verschiedener Stellen einigten sich Engländer und Amerikaner auf eine Warnung an die Deut-

schen, die am 10. Oktober 1944 sowohl in Washington als auch in London über Rundfunk ausgestrahlt wurde. Weder in der Rundfunksendung noch in der eigentlichen Erklärung war von Juden die Rede. Am 18. Oktober 1944 gab die polnische Exilregierung bekannt, die Deutschen hätten in Auschwitz mit der »massenhaften Ermordung von Polen in Gaskammern« begonnen. Von Juden war auch in dieser Verlautbarung nicht die Rede (Gilbert, S. 381 f.).

Nach dem Beginn des deutsch-russischen Krieges am 22. Juni 1941 waren die Juden durch Polizeiverordnung vom 1. September 1941 in Deutschland gezwungen, sich mit dem gelben Stern zu kennzeichnen. Um diese Zeit begann auch die Internierung der Juden in Konzentrations- und Arbeitslagern. Zugleich begannen vornehmlich in der NEW YORK TIMES die ersten Berichte, gesammelt von Rabbi Wise, über Massenmorde im besetzten Polen. Es wurden recht phantasievolle Tötungsarten beschrieben, von denen man später nichts mehr gehört hat. Im Februar 1942 hielt Chaim Weizmann eine Rede im Madison Square Garden, in der er behauptete, die Nazis hätten bereits 2 Millionen Juden ermordet, während weitere 4 Millionen dasselbe Schicksal erwarte. Daran knüpfte er die Forderung: Gebt uns endlich den Staat Israel, um diese 4 Millionen noch retten zu können (Woltersdorf, S. 175). Hier taucht zum ersten Mal die Zahl von 6 Millionen auf. Anmerkung dazu: Die »Vernichtungslager« Belzec, Sobibor und Treblinka wurden erst zwischen Mai und Juli 1942 errichtet und waren bis Dezember 1942 (Belzec), April 1943 (Treblinka) und Juli 1943 (Sobibor) in Betrieb. Die Krematorien von Auschwitz-Birkenau wurden erst 1943 gebaut. Majdanek gelangte nie über seinen provisorischen Zustand hinaus (Enzyklopädie N, S. 573). Wie konnte Weizmann, schon viele Monate bevor nach diesen Angaben Vernichtungen überhaupt begonnen hatten, wissen, wie viele Juden (durch noch gar nicht existierende Vernichtungseinrichtungen) bereits vernichtet

waren bzw. noch vernichtet werden würden? War er Hellseher?

Die Sowjetunion, voll in der Hasskampagne gegen Deutschland begriffen (siehe Hoff, Faktenspiegel IV, S. 31 ff.) nahm solche Nachrichten begierig auf und versuchte, ihnen einen amtlichen Anstrich zu geben, indem sie am 19. Dezember 1942 eine Erklärung herausgab über die »Ausführung eines Planes der hitlerischen Behörden, die jüdische Bevölkerung in den besetzten Gebieten Europas zu vernichten«. In einem im Dezember 1943 veranstalteten Schauprozess gegen drei deutsche Kriegsgefangene wurde der Einsatz so genannter »Mordwagen durch die Deutschen zur Vernichtung sowjetischer Bürger« zur Sprache gebracht und in die sowjetische Kriegspropaganda damit endgültig eingeführt. Das Vorhandensein so genannter »Mordwagen« wurde fortan immer wieder erwähnt, so zum Beispiel am 23. März 1944 unter der Überschrift »They murdered 2.000.000 people« in Anlehnung anscheinend an das in den USA gegebene Stichwort, die Deutschen hätten in der Sowjetunion zwei Millionen Menschen »durch Gas in Mordwagen« umgebracht. Im August 1944 tauchte dann die Behauptung auf, die Deutschen hätten neben den Gaswagen auch ortsfeste Gaskammern eingesetzt. Es fehlten jedoch stichhaltige Beweise, wobei einschränkend festgestellt wurde: »Nebenbei bemerkt, Cyclon (das Tötungsgas) ist in Wirklichkeit ein Desinfektionsmittel« (Hoffmann, S. 175 ff.).

Am 22. Dezember 1944, fünf Wochen vor dem Erreichen des Konzentrationslagers Auschwitz, wird in einem Aufsatz des führenden Sowjetpropagandisten Ilja Ehrenburg von angeblich fünf Millionen Todesopfern dort berichtet, und in den folgenden Wochen wird mehrfach die Sechsmillionenzahl wiederholt. Zwischendurch war die Gesamtopferzahl in der Sowjetpresse sogar auf 11 Millionen erhöht worden.

Ehrenburg schrieb am 15. März 1945 erneut, dass Deutschland sechs Millionen Juden getötet habe (Hoffmann, S. 183 f.).

Die eigentliche Informationsquelle scheinen die Aussagen von Zeugen gewesen zu sein, und so kam es zu recht widerspruchsvollen Schlussfolgerungen. Denn einmal sei die Tötung der Menschen durch Giftgas nur die Ausnahme gewesen und vor allem in Fällen von Krankheit und körperlicher Erschöpfung – zudem in relativ begrenztem Umfang – zur Anwendung gelangt (Euthanasie), andererseits wurde behauptet, es seien Hunderttausende durch Gas vergiftet worden. Dieser Widerspruch erfährt keine Klärung. Bei der Berichterstattung über das Konzentrationslager Auschwitz haben in der Sowjetpropaganda Vergasungen nur eine untergeordnete Rolle gespielt. In dem Rapport, den der sowjetische General am 30. Januar 1945, drei Tage nach der Einnahme des Lagers, nach Moskau schickte, heißt es beispielsweise nur: »In Auschwitz wurden, nach vorläufigen Aussagen der Häftlinge, Hunderttausende von Menschen zu Tode gequält, verbrannt, erschossen«. Von einer Vergasung, die doch sensationell genug gewesen wäre, ist nicht die Rede. Im Kommuniqué vom 7. Mai 1945 wird von »Erschießen, Hunger, Vergiften und ungeheueren Misshandlungen« gesprochen, und in der am 24. Mai 1945 in London herausgegebenen Propagandazeitschrift ist nur noch von »Erschießungen« und »ungeheueren Torturen« die Rede. Von »Vergiften« wird hier nicht mehr gesprochen, obwohl der Fall Auschwitz von der Sowjetpropaganda weidlich ausgenutzt wurde. Erstaunlicherweise standen die Gaskammern nicht im Mittelpunkt des sowjetischen Propagandainteresses. Von der Vernichtung von Juden ist selbst im Kommuniqué vom 7. Mai 1945 nicht die Rede, obwohl eine Reihe von Expertenkommissionen ab Februar 1945 mit einer Inaugenscheinnahme des Konzentrationslagers und der Vernichtungsanlagen, der Sicherung von Dokumenten und der Vernehmung von Zeugen begonnen hatte (Piper, S. 91). Auch das IMT in Nürnberg hat

sich in der Vergasungsfrage eine bemerkenswerte Zurückhaltung auferlegt (Hoffmann, S. 177 ff.). Der Umstand, dass selbst führende Kreise der SS von den Vernichtungsaktionen offenbar keine Kenntnis gehabt hatten, war für die Anklagebehörde in Nürnberg einer der Gründe, nicht tiefer in die Materie einzudringen (Hoffmann, S. 180). Das IMT, das mit den Falsifikaten der sowjetischen »Außerordentlichen Staatlichen Kommissionen« methodisch irregeführt worden war, stimmte hinsichtlich der Gesamtopferzahl des jüdischen Volkes mit der Kriegspropaganda überein und bezifferte die Anzahl jüdischer Todesopfer in seiner Urteilsbegründung mit sechs Millionen (Hoffmann, S. 182).

Für die sowjetische Propaganda ging es darum, von den eigenen Untaten abzulenken. Ehrenburg war frühzeitig mit der Aufgabe betraut worden, die Öffentlichkeit in den USA und in Großbritannien den sowjetischen Einflüsterungen geneigt zu machen. Als prominenter sowjetischer Jude erschien er auch besonders prädestiniert, um als Bindeglied der Sowjetunion zu fungieren. Schon am 24. August 1941 hatte er in einem Artikel »An die Juden« »als russischer Schriftsteller und Jude« an die Juden in Amerika appelliert: »Juden! ... Kommt England zu Hilfe! Kommt der Sowjetunion zu Hilfe« (Hoffmann, S. 184 f.).

4. Wie viele Auschwitzopfer?

Wenn eine Gesamtzahl von vier Millionen Todesopfern als feststehende Tatsache hingestellt wird, dann erhebt sich die Frage, worauf sie beruht. Nachdem die sowjetischen Truppen Auschwitz am 27. Januar 1945 besetzt hatten, dauerte es bis zum 1. März 1945, dass eine sowjetische Erklärung vorlag, in der auf der Grundlage dubioser Untersuchungen nunmehr behauptet wurde, in Auschwitz seien »mindestens fünf Millionen Menschen vernichtet worden«. Auf mehrfache englische Anfrage teilte der sowjetische Außenminister Wyschinski dem englischen Botschafter mit, »dass aus Untersuchungen über den Konzentrationslagerkomplex Oswiecim hervorgeht, dass die Deutschen mehr als 4.000.000 Bürger verschiedener europäischer Länder liquidiert haben« (Gilbert, S. 395). Diese Zahl blieb in der Sowjetunion und in Polen als feststehende Größe unangefochten, sie wurde zum Dogma. Die heilige Zahl der vier Millionen (Piper, S. 15). Bis 1989 galt in Osteuropa ein Verbot, die Zahl von vier Millionen Getöteten anzuzweifeln; in der Gedenkstätte von Auschwitz drohte man Angestellten, die an der Richtigkeit der Schätzung zweifelten, mit Disziplinarverfahren (Meyer, S. 639). Kaum besser waren die Verhältnisse in Deutschland. Denn auch hier galt die sowjetische Propagandazahl von vier Millionen bis 1990 als »offenkundig«, obwohl niemand wusste, wie sie sich eigentlich berechnete.

Im April 1990 hat der Direktor des Staatlichen Museums in Auschwitz die in 19 Sprachen angebrachten Inschriften zur Erinnerung an die in Auschwitz ermordeten vier Millionen Opfer heimlich entfernen lassen. Doch auch die neu genannte Zahl von 1 bis 1,2 Millionen sollte nur kurzen Bestand haben und wurde bald auf 800.000 reduziert. Auch diese Zahlen können letztlich nicht als erwiesen gelten. Neuerdings gilt eine Zahl von 631.000 bis 711.000 Auschwitztoten (Pressac, S. 202,

Hoffmann, S. 180 ff., Dehoust, S. 184). Meyer (S. 641) kommt zu der Zahl von *mutmaßlich* 510.000. Jan Sehn, der seinerzeit als Mitglied der Hauptkommission zur Untersuchung der Vorgänge unmittelbar nach dem Krieg an der Sicherung von Dokumenten und materiellen Beweisen beteiligt war sowie Zeugen und Tatverdächtige vernommen hat, war Verfasser der ersten wissenschaftlichen Arbeit über das Lager Auschwitz. Sehn gibt in seinem 1957 erschienenen Buch an, dass von den vier Millionen – es wäre wahrscheinlich im kommunistischen Machtbereich für ihn lebensgefährlich gewesen, vom Viermillionendogma abzuweichen – 340.000 registrierte Häftlinge waren, ohne dies allerdings zu erläutern. Sehn kam höchstwahrscheinlich zu der Zahl 340.000, indem er von den ca. 400.000 registrierten Häftlingen die etwa 60.000 im Januar 1945 überlebenden abzog und unterstellte, dass alle übrigen, auch die in andere Lager verlegten, ausnahmslos nicht überlebt haben (Piper, S. 98 f.). Da diese Annahme wenig realistisch ist, muss die Zahl der Toten von Auschwitz demnach unter 340.000 liegen. Kraus und Kulka (zitiert bei Piper, S. 99) kommen 1963 zu folgender Rechnung:

Anzahl der insgesamt registrierten Häftlinge	405.222
In andere Konzentrationslager überstellt	142.157
Entlassene	2.000
Entflohene	80
Tote	260.985

Laut Piper (S. 164) waren es etwa 202.000. Der oberste Volksgerichtshof in Polen hat Auschwitz-Kommandant Höß in seinem Schuldspruch des Todes von etwa 300.000 registrierten Häftlingen für schuldig erklärt. Nach Stanislaw Klodzinski und Hermann Langbein sind in Auschwitz 267.985 bzw. 261.000 Häftlinge gestorben (Piper, S. 164). Wie viele es wirklich gewesen sein können, sei an anderer Stelle untersucht.

Höß wurde außerdem verurteilt, weil er an der Ermordung einer nicht näher feststellbaren Zahl, jedoch von mindestens 2,5 Millionen anderer Menschen, teilgenommen hat (Piper, S. 95). Da die Zahl von 4,0 Millionen als »heilige Zahl« unverrückbar festlag, sich aus allen Dokumenten aber nur insgesamt 0,4 Millionen Häftlinge ergaben, musste man mit mindestens 3,6 Millionen »Geister-Häftlingen« operieren. Hier boten sich hervorragende Möglichkeiten für die Propaganda.

IV. Euthanasie, die Tötung Einzelner

1. Geschichtliche Entwicklung

Schon in der griechisch-römischen Antike gab es den Begriff der Euthanasie (gr.=schöner Tod). Gemeint war damit ein möglichst leichter, schneller und schmerzloser Tod für unheilbar Kranke und Schwerstverletzte. In neuerer Zeit sah erstmals der englische Philosoph Francis Bacon (1605) die Schmerzlinderung bei Sterbenden als ärztliche Aufgabe an, die man im Laufe des 19. Jahrhunderts als »Euthanasia medica« bezeichnete.

In Deutschland wurde spätestens ab 1895 das Recht auf den Tod gefordert (Kaiser, Nowak, Schwartz, S. 39 ff. und S. 51 ff.). »Dem Hunde einen Gnadenstoß, dem Menschen keinen« lautete 1901 die Überschrift eines Artikels. Nach zahlreichen weiteren Vorstößen dieser Art – man forderte immer wieder den Todestrank oder die Morphium-Gabe – erarbeitete der »Deutsche Monistenbund« 1913 einen Gesetzentwurf, dessen § 1 lautete: »Wer unheilbar krank ist, hat das Recht auf Sterbehilfe (Euthanasie)«. Die Diskussion um das Thema verstummte nie und nahm nach dem 1. Weltkrieg in der Weimarer Republik ihren Fortgang in der Weise, dass sie sich auch der Rassenhygiene (Eugenik) zuwandte.

Im US-Bundesstaat Indiana war bereits 1907 ein Gesetz erlassen worden, das eugenische Zwangssterilisationen erlaubte. 32 weitere Bundesstaaten folgten. In den Jahren nach 1945, als Euthanasie und Eugenik als Verbrechen bezeichnet wurden, sollen in den USA etwa 60.000 Menschen zwangssterilisiert worden sein.

1920 war eine Schrift von Binding und Hoche erschienen mit dem Titel: »Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens«, in der es vor allem um die Tötung »leerer Menschenhülsen« und »Ballastexistenzen« ging, deren Pflege der menschlichen Gemeinschaft nicht zugemutet werden könne. Die 1921 gegründete »Deutsche Gesellschaft für Vererbungswissenschaft« entwickelte auf den Mendelschen Regeln und der Abstammungslehre Darwins durch Zusammenfassung mehrerer seit etwa 1900 begonnener neuer Wissenszweige ihre Erblichkeitslehre. 1926 entstand der »Deutsche Bund für Volksaufartung und Erbkunde« und 1931/32 trat die »Deutsche Gesellschaft für Rassenhygiene (Eugenik)« mit ihren Leitsätzen an die Öffentlichkeit. Auch in den angelsächsischen Ländern entstanden in den 1930er Jahren mehrere Euthanasie-Gesellschaften, die das Recht des Individuums auf einen angenehmen Tod forderten.

In seiner Sitzung am 20. Januar 1932 fasste der Preußische Staatsrat folgende Entschließung zur Eugenik:

> *In Erkenntnis, dass der Geburtenrückgang in der erbgesunden, familiär verantwortungsbewussten Bevölkerung sich besonders stark auswirkt und dass die Aufwendungen für Menschen mit erbbedingten, körperlichen oder geistigen Schäden schon jetzt eine für unsere Wirtschaftslage untragbare Höhe erreicht hat, wird das Staatsministerium ersucht,*
>
> *a) in Fühlungnahme mit den dazu berufenen Stellen (Ärzten, Pädagogen, Theologen) Maßnahmen zu treffen, um den anerkannten Lehren der Eugenik eine größere Verbreitung und Beachtung zu verschaffen.*
>
> *b) zu veranlassen, dass mit möglichster Beschleunigung die für die Pflege und Förderung der geistig und körperlich Minderwertigen aufzuwendenden*

Kosten auf dasjenige Maß herabgesenkt werden, das von einem völlig verarmten Volke noch getragen werden kann.

Der 1889 geborene Hitler, der in diesen Jahrzehnten heranwuchs, hat die vielfache Diskussion um Euthanasie und Eugenik vermutlich verfolgt. Er vertrat die Meinung, dass eine gesunde Familie möglichst viele Kinder haben sollte; hingegen sollte es für Familien mit Erbkrankheiten eine Ehre sein, keine Kinder zu zeugen. Auf diese Weise könne man den prozentualen Anteil der Kranken in einem Volk verringern und somit die allgemeine Volksgesundheit verbessern.

2. Die Praxis der »Sterbehilfe«

In deutschen Heil- und Pflegeanstalten wurde schon vor 1933 »Sterbehilfe« angewandt. Die Berufung Hitlers zum Reichskanzler veränderte nichts. Ende 1938 hatte Hitler in einem Einzelfall seinen Leibarzt aufgefordert, den Bitten eines Elternpaares, ihr missgebildetes Kind töten zu lassen, nachzukommen. Dieser Vorgang gab vermutlich den Anstoß, denn im August 1939 wurde eine Meldepflicht für geistig und körperlich behinderte Kinder bis zu drei Jahren eingeführt. In »Kinderfachabteilungen« von etwa 30 Heil- und Pflegeanstalten erfolgten Tötungen durch Injektion von Morphium-Skopolamin. Im Oktober 1939 ermächtigte Hitler dann einige Ärzte, die »Euthanasie-Aktion« auf alle Heil- und Pflegeanstalten im gesamten Reichsgebiet auszudehnen. In sechs ausgesuchten Anstalten erfolgte ihre Durchführung. Die Patienten wurden in als Duschräume getarnten Gaskammern mit Hilfe von Kohlenmonoxid getötet. Später wurden die Aktionen auch auf Anstalten in den von den Deutschen besetzten Gebieten ausgedehnt, so dass bis September 1941, dem offiziellen Ende des »Euthanasie-Programms«, 70.273 Menschen den »Gnadentod« erhielten (Enzyklopädie H, S. 422 ff.). Nachdem in deutschen Konzentrationslagern im Osten Gaskammern zur Ungeziefervernichtung eingerichtet worden waren, sind nach diversen Schilderungen in den Lagern auch kleine Gruppen von Menschen vergast worden, so laut Zeugenaussage am 5. Dezember 1942 in Auschwitz eine Gruppe von 250 als unheilbar eingestuften Kranken und 300 sowjetische »fanatische Kommunisten« (Pressac, S. 42). Eine Analyse der im Archiv der Gedenkstätte Auschwitz aufbewahrten Quellen zeigt eindeutig, dass Fälle der Tötung von Juden mit Gas bis 25. März 1942 sporadisch waren (Piper, S. 50). Außerdem sollen »Euthanasie-Aktionen« auch durch Gaswagen erfolgt sein (Beer, S. 404 ff.). Am 27. April 1943 erging dann

ein Befehl Himmlers, dass in Zukunft nur noch geisteskranke Häftlinge durch die hierfür bestimmten Ärztekommissionen ausgemustert werden dürfen. Alle übrigen arbeitsunfähigen Häftlinge sind grundsätzlich von dieser Aktion auszunehmen. Bettlägerige Häftlinge sollen zu einer entsprechenden Arbeit, die sie auch im Bett verrichten können, herangezogen werden. Der Befehl des Reichsführers SS ist in Zukunft genauestens zu beachten (Kaiser, Nowak, Schwartz, S. 270, Meyer, S. 633).



V. Die deutschen Konzentrationslager (KZ)

1. Entstehung, Entwicklung, Verhaltensvorschriften

In der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 wurde in Berlin das Reichstagsgebäude angezündet und brannte fast vollständig aus. Am folgenden Tag erging auf Grund des Artikels 48, Abs. 2 der Reichsverfassung zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte die »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat«, die u. a. auch Beschränkungen der persönlichen Freiheit für zulässig erklärte. Sofort gingen die Polizei und die teilweise als Hilfspolizei fungierende SA daran, alle verdächtigen Kommunisten in Schutzhaft zu nehmen. Später folgten sozialdemokratische Parteifunktionäre. Juden sind nur dann in die staatlichen Verhaftungsaktionen einbezogen worden, wenn es sich bei ihnen um erklärte Gegner des Nationalsozialismus handelte (Bieberstein, S. 21), d. h., sie wurden nicht verhaftet und eingesperrt, weil sie Juden waren, sondern allein aufgrund ihrer Eigenschaft als kommunistischer oder sozialdemokratischer Parteifunktionär (Enzyklopädie H, S. 793). Da die Häftlinge in der Regel keine Kriminellen waren, sie also nicht in Gefängnisse gehörten, diese auch wohl nicht in der Lage waren, eine so große Zahl zusätzlicher Gefangener aufzunehmen, wurden besondere Lager eingerichtet, in denen man die politischen Gefangenen konzentrierte. Bewacht wurden die Lager anfangs durch Polizei, später durch SA und SS (Enzyklopädie H, S. 299). Die Entwicklung drohte jedoch zum Chaos zu werden, und so wurden sämtliche Konzentrationslager der SS unterstellt, und der SS-Offizier Eicke zum Inspekteur der Konzentrationslager ernannt. Eicke hatte schon am 1. Oktober 1933 für das Lager Dachau, das ihm

damals unterstand, eine Dienstvorschrift für die Begleitposten und für die Gefangenenbewachung sowie die Arbeitspflicht für alle Häftlinge eingeführt. In der Dienstvorschrift hieß es u. a.:

> *Träge Gefangene sind zur Arbeit anzuhalten. Streng untersagt ist jedoch jede Misshandlung und Schikane. Ist ein Gefangener bei der Arbeit sichtlich nachlässig oder faul, oder gibt er freche Antworten, dann stellt der Posten den Namen fest. Nach Dienstschluss erstattet er Meldung. Selbsthilfe bedeutet Mangel an Disziplin (Broszat, S. 52, Pingel, S. 42).*

Diese Postenvorschriften wurden nachweislich ab 1934 auch in den anderen Konzentrationslagern eingeführt. Sie galten dem Sinne nach bis Kriegsende. (Broszat, S. 53 f.). Noch am 22. November 1943 hieß es in einem Runderlass u. a.:

> *Jeder Unterführer und Wachmann hat umherstehende Häftlinge zur Arbeit anzuhalten. Dass es dabei verboten ist, den Häftling zu schlagen, zu stoßen oder nur zu berühren, ist selbstverständlich. Das Antreiben hat nur mit Worten zu geschehen (Broszat, S. 119).*

SS-Männer, die diesen Anordnungen zuwiderhandelten, sind vom SS-Gericht schwer bestraft worden (Broszat, S. 117). SS-Richter Dr. Morgen hat laut Aussage etwa 800 Akten bearbeitet, wobei ein Aktenstück mehrere Fälle umfasste. »Ich persönlich habe fünf Kommandanten von Konzentrationslagern verhaftet, zwei wurden nach gerichtlichem Verfahren erschossen«. Es ergingen zahlreiche Todesurteile gegen Führer und Unterführer (IMT, Bd. XX, S. 533). Für Angehörige der SS bestanden zwei Straflager, die man auch teilweise als Konzentrationslager bezeichnet hat. Diese beiden Straflager unterstanden einem SS- und Polizeigericht (IMT, Bd. XI, S. 454).

In Dachau, dem ersten Konzentrationslager, erfolgte die Arbeit in Werkstätten. Diese Werkstattarbeit stand unter fachlicher SS-Aufsicht und lief ähnlich wie handwerkliche Zivilarbeit ab. War sie anfänglich oft »Beschäftigungstherapie«, setzte sich allmählich die Ökonomisierung durch, so dass sich die Arbeitsbedingungen der Häftlinge veränderten, d. h., es spielte dann nicht nur die termingerechte Ablieferung eines vorzeigbaren Ergebnisses die alleinige Rolle, sondern auch der den aufsichtsführenden SS-Leuten gewohnte handwerkliche Arbeitsvollzug. Später kamen neue Häftlinge zunächst in die schweren Außenkommandos, aus denen sich jemand in die Werkstätten »hocharbeiten« musste. Die zu verrichtende Arbeit zeigte seinen sozialen Stand. Die Dachauer Werkstättenfertigung war Modell einer zukünftigen Entwicklung und wurde nach Dachauer Vorbild (Dachauer Modell) auch in anderen Lagern eingeführt (Pingel, S. 38 f.). Das Lager Buchenwald hatte z. B. Optikwerkstätten, Elektrowerkstatt, Schlosserei, Sägewerk, Schweinezucht, Gärtnerei, Ziegelei, Steinbrüche, Reitschule, Tiergarten, eine Bildhauerei sowie Holzschnitzerei (Stein, S. 25). In Dachau wurde 1938 eine »Schwertschmiede« zur »Erhaltung der Kunst des Damastschmiedens« ins Leben gerufen (Richardi, S. 121). Außerdem gab es in Dachau einen Gewürzkräutergarten, der sich bis 1942 so weit entwickelt hatte, dass in ihm etwa tausend Häftlinge beschäftigt wurden. Er diente neben der Zucht vieler Arten von Gewürz- und Heilpflanzen vor allem dem Großanbau von einheimischen Gewürzpflanzen und lieferte den Rohstoff für viele Gewürze, mit denen während des Krieges die Bevölkerung versorgt und Deutschland zwecks Devisenersparnis weitgehend vom Ausland unabhängig gemacht wurde (Richardi, S. 298 f.).

Welche Einrichtungen es in Auschwitz gab, wird aus der Beschreibung einer Inspektion, die am 17. August 1943 stattfand (Pressac, S. 108 f.), deutlich. Die Besichtigung begann traditi-

onsgemäß in der Bauleitung, wo Pohl sich über die Fortschritte beim Bau der großen Klär- und Faulgasanlage informierte. Es folgten das Schlachthaus, die Küchenerweiterung, die Bäckerei, das Theatergebäude, die Tischlerei, die Schlosserwerkstätten, die Pferdeställe. Besondere Anerkennung fand der saubere Innenausbau der Häftlingsunterkünfte im neu belegten Bauabschnitt II in Birkenau. An der Wasseraufbereitungsanlage vorbei ging es nach Harmense, wo die Entenaufzucht- und Hühnerstallungen und, in der Nähe des neuen Weichsel-Staudamms, Fischfanggründe lagen. Es folgten die Schweinestallungen, die Baumschule und die landwirtschaftliche Versuchsstation des Instituts für Hygiene der Waffen-SS. Man besichtigte im Laufschritt die Gemüsetreibhäuser, pflanzliche Sonderproduktionen und das landwirtschaftliche Laboratorium.

Im Jahr 1933 waren noch Häftlinge für nur einige Tage, viele für einige Wochen ins Lager eingeliefert worden. Seit 1934 wurde die Schutzhaft für zunächst drei Monate ausgesprochen und konnte um ein weiteres Vierteljahr verlängert werden, falls ihr »Zweck« dies »erforderte«. Bis Mitte 1934 dürfte eine Haftdauer zwischen einem halben Jahr und einem Jahr die Regel gewesen sein (Pingel, S. 41). Allerdings hieß es in einem Runderlass vom 24. Oktober 1939, dass von der Entlassung von Funktionären und sonstiger besonders aktiv in Erscheinung getretener Häftlinge, von kriminell erheblich vorbestraften Staatsfeinden und betont asozialen Elementen abgesehen werden muss (Broszat, S. 121). Die Familien der Häftlinge sollten nicht in Not geraten. Gleich bei Einlieferung musste jeder deutsche Häftling ein Formblatt über seine wirtschaftlichen Verhältnisse ausfüllen. Bei Bedürftigkeit war die zuständige Volkswohlfahrtsstelle zu unterrichten. Befähigte Kinder von Häftlingen konnten auf Freistellen der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten erzogen werden (Höß, S. 174).

Während des Krieges hatten viele ausländische Häftlinge und vor allem Juden kaum Aussicht auf Entlassung, aber konstant wurden weiterhin hauptsächlich deutsche Häftlinge entlassen (Pingel, S. 73). Für die ab 1941/42 als befristete Maßnahme erfolgte Einweisung einer sehr großen Zahl sowjetrussischer Zivilarbeiter (Ostarbeiter) wurde im Februar 1943 ein Entlassungsstopp angeordnet, zur Sicherung der in den Lagern laufenden Rüstungsprogramme (Tuchel, S. 97, Broszat, S. 122 f.).

Für renitente Häftlinge gab es Strafen. Die Strafarten, die verhängt wurden, bestanden in Essensentzug, Stehen auf dem Appellplatz, Pfahlbinden, Arrest, Schreibverbot und Postentzug, Strafarbeit, Strafexerzieren, Versetzung in die Strafkompanie, Stock- und Peitschenhiebe, Todesstrafe (Kogon, S. 107, Tuchel, S. 34). Alle Kommandanten waren verpflichtet, von sich aus bei nicht einwandfrei ärztlich festgestellter natürlicher Todesursache der Staatsanwaltschaft sofortige Anzeige zu erstatten (Broszat, S. 55). Auch bei Häftlingsunfällen war die zuständige Staatsanwaltschaft zu verständigen und die gerichtsärztliche Leichenöffnung anzufordern (Broszat, S. 59). Vernehmungen oder andere Misshandlungen mit Todesfolge blieben in der ersten Periode Einzelhandlungen. Sie wurden von den Justizbehörden untersucht, und jeder Verantwortliche hatte mit einer Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft zu rechnen (Broszat, S. 53 f., Pingel, S. 43). So wurde z. B. gegen den ersten Kommandanten von Dachau, Wäckerle, im Sommer 1933 von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München II Anklage erhoben und Wäckerle sofort abgelöst (Richardi, S. 89). Sein Nachfolger wurde der spätere Inspekteur Eicke. Die Lagerleiter waren nicht berechtigt, die schwersten Strafen von sich aus zu verhängen. Auch die Prügelstrafe bedurfte der Genehmigung durch den Inspekteur. Die Lagerführung musste bei Verhängung der Prügelstrafe erst in Berlin um die Bestätigung ansuchen und der Lagerarzt bescheinigen, dass der Häftling gesund sei (Kogon, S. 108, Stein, S. 107).

Durch Richtlinien vom 23. März 1944 wurde erneut bekräftigt, dass eine Exekution oder Prügelstrafe nur auf besonderen Antrag, der genehmigungspflichtig war, erfolgen durfte (Tuchel, S. 189 f.). Nachweislich wurden auch im Jahr 1944 solche Anträge gestellt, bei Prügelstrafe mit Gesundheitsbescheinigung des Lagerarztes (Tuchel, S. 103 ff. und S. 110 f.). Noch im Mai 1945, unmittelbar vor Kriegsende, wurden Häftlinge, die zum Tode verurteilt waren, für die aber noch ein Gnadengesuch lief oder das Urteil aus anderen Gründen noch nicht rechtskräftig war, beim Transport durch besondere Handfesseln zusammengebunden (Schön, S. 241). Sie waren trotz des inzwischen überall ausgebrochenen Chaos nicht hingerichtet worden ohne die Rechtskraft des Urteils abzuwarten. In den Konzentrationslagern befanden sich so genannte Gerichtsoffiziere als Überwachungsorgane (IMT, Bd. XX, S. 477).

Im Lager Dachau gab es bei 2.000 bis 2.500 Häftlingen in den Jahren 1933 (24), 1934 (14), 1935 (13) und 1936 (10) Todesfälle (Pingel, S. 50). Wenn man bedenkt, dass es sich bei den politischen Gefangenen überwiegend um Menschen fortgeschrittenen Alters handelte, dürften diese Todesfälle fast ausschließlich natürliche Ursachen gehabt haben, denn es ist aus der ersten Periode kein Fall bekannt, dass die Lagerführung von der Todesstrafe Gebrauch gemacht hat (Pingel, S. 39).

In der ersten Periode spielten Kommunisten und Sozialdemokraten als politische Häftlinge qualitativ und quantitativ eine besondere Rolle. Waren zu Beginn 80 bis 90 % der Häftlinge in den verschiedenen Schutzhaftunterkünften Mitglieder der KPD, ging ihr prozentualer Anteil nach dem Hinzukommen von Sozialdemokraten auf ca. 60 bis 70 % zurück.

In den Jahren 1933 und 1934 wurden mehrere Amnestien erlassen und die Zahl der KZ-Gefangenen verringerte sich bis

1935 auf 7.000 – 9.000 (Enzyklopädie N, S. 286). Um das Jahr 1936 ging die erste Periode zu Ende, und alle Lager bis auf das Ursprungs-SS-Lager Dachau, das ab 1937 als »Musterlager« völlig neu entstand (Richardi, S. 123), wurden aufgelöst.

Da Hitlers wirtschaftliche Maßnahmen sehr schnell griffen (siehe Hoff, Faktenspiegel III, S. 113 ff.) und die wirtschaftliche Hochkonjunktur durch Mangel an Arbeitskräften an einigen Stellen zu erlahmen drohte, war es »bei der angespannten Lage am Arbeitsmarkt ein Gebot der nationalen Arbeitsdisziplin, alle Personen, die sich dem Arbeitsleben der Nation nicht einpassen wollten und als Arbeitsscheue und Asoziale dahinvegetierten ..., auf dem Zwangswege zu erfassen und zur Arbeit anzuhalten«. Also wurden alle »Arbeitsscheuen« und »Asozialen« (Landstreicher, sonstige Personen ohne festen Wohnsitz und festes Arbeitsverhältnis, Alkoholiker, Prostituierte, Zigeuner) in neu errichteten Lagern konzentriert, wo sie zur Arbeit angehalten wurden.

Als neue und »moderne« Lager der zweiten Periode entstanden: 1936 Sachsenhausen, 1937 Buchenwald, 1938 Flossenbürg und Mauthausen, 1939 – als Frauenkonzentrationslager – Ravensbrück. Wirtschaftsgeographische Gründe und das unternehmerische Interesse der SS bestimmten die Standortwahl (Neander, S. 29 f.). Alle ab 1936 errichteten Lager wurden planmäßig auf der »grünen Wiese« nach einem für alle gleichartigen Schema aufgebaut. Der eigentliche Lagerbereich gliederte sich in zwei scharf voneinander getrennte Teile: den Stacheldrahtbereich (das eigentliche »Schutzhaftlager« zur Aufnahme der Häftlinge) und den SS-Bereich. Den Angehörigen der Wachbataillone war jeder Kontakt zu den Häftlingen streng untersagt; sie durften z. B. den Stacheldrahtbereich nur mit besonderer Erlaubnis betreten. Ausschreitungen des Wachpersonals waren grundsätzlich untersagt, worüber das Personal auch regelmäßige Belehrun-

gen erhielt (Neander, S. 34 ff.). Ohne ausdrücklichen Befehl hatten SS-Leute unterhalb des Ranges eines Obersturmbannführers keinen Zutritt zum Häftlingslager (Richardi, S. 95).

Ein Erlass zur »vorbeugenden Verbrechensbekämpfung« von Dezember 1937 sah dann die polizeiliche Vorbeugehaft für Berufs- und Gewohnheitsverbrecher, für gemeingefährliche Personen und für Asoziale vor (Pingel, S. 69 ff.). Kriminelle aller Art füllten die neuen Lager, und sie übernahmen in diesen Lagern auch das Regiment. Bis zum Sommer 1938 stieg die Zahl der Gefangenen auf etwa 24.000. In Buchenwald waren 1939 etwa 11 % der Insassen Juden, in Sachsenhausen etwa 15 %, in Dachau etwa 10 % (Pingel, S. 72, Enzyklopädie H, S. 793).

Mitte 1940 war mindestens ein Drittel der Häftlinge bei SS-Wirtschaftsbetrieben beschäftigt. Es gab Bemühungen, ihr Arbeitskräftepotenzial für die Produktion in den Lagern systematisch und aufgabengerecht zu schulen. In einem Runderlass des SS-Führers Heinrich Himmler vom 5. Dezember 1941 hieß es u. a.:

> *Die Schutzstaffel ist in der selten günstigen Lage, die Arbeitskräfte aus den Häftlingen der Konzentrationslager heranzubilden und heranzuziehen ... Jeder Lagerkommandant muss deshalb auf Folgendes besonders achten:*
>
> 1. *Durch vernünftige, notfalls zusätzliche Verpflegung und Bekleidung die Arbeits- und Leistungsfähigkeit der zur Ausbildung ausgewählten Häftlinge zu steigern.*
> 2. *Das Interesse der Häftlinge für den wirtschaftlichen Einsatz zu heben, also nur solche Erzie-*

hungsmaßnahmen zu treffen, welche die planmäßige Schulung erfordert ...

Himmler erließ eine Reihe von Vorschriften, aus denen hervorging, dass qualifizierter Arbeit eine qualifizierte Behandlung der Häftlinge entsprechen musste. Die Lagerkommandanten ließen in den SS-Betrieben Häftlinge für die Werkstätten im Lager ausbilden und hielten die Fachkräfte dann möglichst für ihre Lagerwerkstätten zurück (Broszat, S. 117, Pingel, S. 68). Unter den vielfältigen Formen des Arbeitseinsatzes gab es außerdem Kommandos, die relativ leichte Arbeit zu leisten hatten, so zum Beispiel im Dachauer Gewürzkräutergarten oder in den Pflanzenzuchtanstalten von Auschwitz (Broszat, S. 107). Das gesamte Lager Buchenwald wurde am 1. Mai 1938 wegen Stehlens in der Gärtnerei durch Häftlinge mit dem Entzug des Mittagessens bestraft (Stein, S. 105). Da die Gemüsebeete von den Häftlingen auch weiterhin häufig geplündert wurden, erging am 9. November 1939 (zu einer Jahreszeit, in der wohl kein Gemüse mehr auf den Beeten wuchs) ein Kommandanturbefehl, in dem es u. a. hieß:

Die MG-Turmposten sollen verhindern, dass die neutrale Zone im Häftlingslager (30 m vom Drahtzaun) von Häftlingen betreten wird. Das Gegenteil ist der Fall. Häftlinge, die den Holzzaun übersteigen und in der neutralen Zone Gemüse klauen, werden nicht etwa vom Posten daran gehindert, sondern die Posten fordern die Häftlinge noch auf, ihnen von den gestohlenen Rettichen usw. welche auf den Turm zu werfen (Stein, S. u. H., S. 54).

Es folgt eine Strafandrohung für SS-Männer, wenn sie sich weiterhin so verhalten. Durch Grundsatzbefehl des Generalinspektors vom 22. Januar 1940 wurde noch einmal den SS-Angehörigen ausdrücklich verboten, mit Häftlingen Kontakte

zu haben oder ihnen in irgendeiner Form Zuwendungen zu machen (Tuchel, S. 65).

Um eine Differenzierung der Haft- und Arbeitsbedingungen durchzuführen, hatte Himmler am 2. Januar 1941 eine Einteilung der bestehenden Lager in verschiedene Lagerstufen angeordnet. Lagerstufe Ia war bestimmt für besonders schonungsbedürftige, ältere und kaum arbeitsfähige Häftlinge, auf die man Rücksicht nehmen wollte (insbesondere prominente politische Schutzhäftlinge, Geistliche u. ä.). Sie sollen sämtlich im Heilkräutergarten in Dachau Verwendung finden. Ausgenommen hiervon sind die alten und arbeitsunfähigen Häftlinge, bei denen eine Krankenbehandlung erforderlich ist und die deshalb in der hierfür vorgesehenen Abteilung bleiben. In Dachau gab es hierfür den Block 30, den »Invalidenblock«. Dort waren die Alten und die Gebrechlichen untergebracht (Richardi, S. 284). Hier erhielten sie eine Sonderbehandlung. – »Für alle wenig belasteten und unbedingt besserungsfähigen Schutzhäftlinge, außerdem für Sonderfälle und Einzelhaft« (Stufe I) waren die Lager Dachau, Sachsenhausen und das Stammlager Auschwitz vorgesehen; für »schwer belastete, jedoch noch erziehungs- und besserungsfähige Schutzhäftlinge« (Stufe II) die Lager Buchenwald, Flossenbürg, Neuengamme und das damals im Aufbau befindliche Baracken-Lager Auschwitz II (Birkenau). Alle »schwer belasteten, insbesondere gleichzeitig auch kriminell vorbestraften und asozialen, d. h. kaum noch erziehbaren Schutzhäftlinge« (Stufe III) sollten in die Lager Mauthausen-Gusen und Groß-Rosen überstellt werden (Broszat, S. 107, Tuchel, S. 67). So wurde zwischen Himmler und dem Justizminister Thierack am 16. September 1942 die Auslieferung asozialer Elemente aus dem Strafvollzug an den Reichsführer SS zur Vernichtung durch Arbeit vereinbart, ferner alle Sicherungsverwahrten (Schwerkriminelle) und die übelsten asozialen Elemente unter den Ausländern (Pingel, S. 129, Neander, S. 66). Als von der Justiz abzugebende asozia-

le Elemente wurden von Thierack etwa 12.000 Häftlinge namhaft gemacht. Sie kamen vorwiegend nach Mauthausen (Broszat, S. 125 f.).

2. Die Häftlingsselbstverwaltung

Eine Besonderheit der nationalsozialistischen Konzentrationslager war, dass der weitaus überwiegende Teil der alltäglichen Organisations- und Verwaltungsarbeit, der ganze »Lagerbetrieb«, nicht in der Hand von SS-Leuten, sondern von Häftlingen lag (Neander, S. 37): Die Häftlingsselbstverwaltung, an deren Spitze der »Lagerälteste« stand. An der Spitze der einzelnen Wohnblocks stand der »Blockälteste«, unterstützt durch Stubendienste. Ihnen oblagen die Aufrechterhaltung der Ordnung im Block sowie die Versorgung der Blockinsassen mit den Essensportionen, die sie selbst verteilten. Die Macht, die dem Lagerältesten, den Blockältesten und den Stubendiensten zustand, wurde von charakterlich minderwertigen Elementen jedoch zum Teil auf das allerschwerste missbraucht. Selbst auf den Judenblocks waren derartige Zustände gar nicht selten (Kogon, S. 66). Der Blockälteste besaß absolute Strafgewalt, und die Zahl der Häftlinge, die von der Hand ihrer Blockältesten gestorben sind, geht zweifellos in die Tausende (Stein, S. 101). Ähnlich lagen die Verhältnisse bei den »Kapos«. Sie waren Häftlinge, die den Befehl über Arbeitskommandos hatten. Die Kapos hatten »Vorarbeiter« zur Seite und waren nichts als Aufsichtspersonen, die einteilten, aber selbst nicht arbeiteten (Kogon, S. 66 f.). Größere Arbeitseinheiten wie z. B. die Werkstätten führte ein Oberkapo. Die Kapos und Vorarbeiter wurden laufend durch die Schutzhaftlagerführer belehrt, dass sie keinen Häftling misshandeln dürfen. Ebenso war das gesamte Aufsichtspersonal bei den Rüstungsbetrieben, Firmen, Unternehmen usw. mündlich und schriftlich über den Umgang mit Häftlingen belehrt und besonders darauf hingewiesen worden, dass niemand das Recht habe, einen Häftling zu bestrafen oder gar zu misshandeln (Broszat, S. 116).

Dann gab es im Lager die Schreibstube. Sie stand nur zeitweilig und nicht überall unter der Aufsicht eines SS-Mannes und wurde ausschließlich von Häftlingen geführt. Die gesamte innere Verwaltung des Lagers, Karteiführung, Einweisung in die Wohnblocks, Appellvorbereitung, Verpflegungszuteilung und dergleichen mehr, wurde von ihr geregelt (Kogon, S. 65). Sie waren die wirklich führenden Häftlingskreise und genau über alle wichtigen Vorgänge im Lager unterrichtet (Broszat, S. 61). In dieser Machtstellung konnte durch Häftlinge viel segensreicher und viel verhängnisvoller Einfluss ausgeübt werden. Vielen Kameraden wurde geholfen, andere sind durch dunkle Machenschaften und Intrigen an Orte gebracht worden, wo sie entweder schweren Schaden nahmen oder zugrunde gingen. Gewöhnlichen Häftlingen blieb vielfach kein anderes Mittel als die Bestechung, die zeitweise unvorstellbare Ausmaße und Formen erreicht hat (Kogon, S. 66 f.). Um aber bestechen zu können, war Voraussetzung, dass dem Häftling reichlich finanzielle und materielle Mittel zur Verfügung standen. Er konnte also keine Not leiden.

Die Lagerschreibstube führte u. a. auch die Kartei der Todesopfer. In Dachau erfolgte die Beurkundung der Todesfälle zusätzlich im »Totenbuch des Konzentrationslagers Dachau« und im so genannten Sterbezweitbuch des lagereigenen Standesamtes (Richardi, S. 282). In den übrigen Lagern dürfte es nicht anders gewesen sein.

Außerdem gab es einen »Lagerschutz« (eine Art von Häftlingspolizei, die selbst einschritt), bestehend aus Häftlingen. Ihm oblag die Wahrung der äußeren Ordnung im Lager, Kontrolle der Disziplin, Bewachung der Lebensmittelmagazine, Kammern und sonstigen Objekte, an denen die Gefangenen selbst interessiert waren, bei Nacht – was zur Folge hatte, dass die nächtlichen SS-Streifen ins Lager unterblieben. Geschlagen wurde vom Lagerschutz in einigen Lagern viel, in anderen

wenig; ohne harten Zugriff ging es selten ab (Kogon, S. 70, Neander, S. 41). Es entwickelte sich eine sehr harte Lagerjustiz (Stein, S. 89). Die Häftlinge wurden weniger durch die Kapos als durch Mithäftlinge geschlagen. Meist aus nichtigen Gründen (Halow, S. 174). Durch Einfluss auf die Bestellung der einzelnen Funktionäre konnten die Häftlinge Leute ihres Vertrauens auf viele Posten setzen. Die Selbstverwaltung führte auch dazu, dass die SS von der unmittelbaren Aufsicht über die Blockverhältnisse fern gehalten wurde, und die Häftlinge konnten unmittelbar und mittelbar auf die Lagerverhältnisse einwirken.

Die Kommunisten besetzten, ohne zu zögern, viele Funktionen in der Selbstverwaltung. Die Sozialdemokraten kamen als neue und zahlenmäßig schwächere Gruppe in das bereits etablierte System. Da sie später kamen, entwickelten sie weniger schnell und einheitlich als die Kommunisten eine konspirative Organisation (Pingel, S. 56 ff.). In Buchenwald waren die ersten Lagerältesten Kriminelle (Kogon, S. 65). Es kam zwischen den Berufsverbrechern und den Politischen sogar zu einem regelrechten »Häftlingskrieg« um die Besetzung lebensentscheidender Funktionen, wobei die Kommunisten die Oberhand behielten. Von drei kurzen Ausnahmen abgesehen, stellten sie schon ab Juni 1938 permanent den Lagerältesten. KPD-Leute besetzten von da an alle wichtigen Lagerfunktionen (Stein, S. 102 f. und S. 146). Ab Frühjahr 1943 hatte die KPD dann eindeutig die Vorherrschaft (Kogon, S. 314). Auch unter den deutschen Kommunisten befanden sich viele Juden. Die Verbindung »deutscher Kommunist« war in Dachau eine der günstigsten Ausgangsbedingungen für eine hinreichend abgesicherte Lagerexistenz (Pingel, S. 179). Kommunistische Häftlinge hatten keinerlei Skrupel, jeden Mithäftling, dem sie Verrat zutrauten, zu beseitigen (Halow, S. 175, Kogon, S. 70). Das galt auch für opponierende Genossen (Kogon, S. 311). Für den Häftlingskrankenbau gab es eine eigene Diät, die als

Zusatzkost sehr gesucht war und in großen Mengen an die Häftlingsprominenz ging: Blockälteste, Kapos und sonstige hohe Herren. In Buchenwald wurden allein von 1939 bis 1941 an die 40.000 Eier verschoben (Kogon, S. 119). Während die konzentrationäre Führungsschicht, die »Prominenten«, aufgrund der Organisationsbeziehungen über ausgesprochene Luxusgegenstände, reichliches Essen und anderes verfügen konnten, befanden sich »Muselmänner« völlig mittellos und ohne Aktivität im Prozess des Sterbens. Dazwischen war die »Mittelschicht«, die durch Organisation und Protektion genug zum Leben hatte (Pingel, S. 179).

In Buchenwald gab es von Anfang an Widerstandszellen, gegründet von Kommunisten. 1943 entstand aufgrund jüdischer Initiative eine allgemeine Untergrundbewegung, die insbesondere Sabotageakte in den Rüstungsbetrieben erzielte. Mitglieder des Untergrunds schmuggelten auch Waffen und Munition ins Lager (Enzyklopädie H, S. 250). Da in Buchenwald Organisationen politischer Häftlingsgruppen relativ hoch entwickelt waren und in zunehmendem Maße der SS als Verhandlungspartner in Lagerangelegenheiten entgegentraten (ähnlich in Dachau und zeitweilig in Sachsenhausen), wurde der Lagerschutz von illegalen Gruppen u. a. dazu ausgenutzt, Kampfformationen zu bilden und Häftlinge an eingeschmuggelten Waffen auszubilden, die im allgemeinen Wirrwarr nach der Bombardierung am 24. August 1944 beschafft worden waren. In Auschwitz wurde der Lagerschutz aus der Gruppe vorwiegend krimineller Häftlinge gebildet (Pingel, S. 160, Kogon, S. 333).

Da die SS immer mehr Personal an Fronteinheiten abgab, musste sie, bedingt durch Personalmangel, immer mehr Funktionen in die Hände von Häftlingen geben. Sie behielt häufig nur die Leitungs- und Kontrollfunktion. Besonders als während des Krieges das Lagersystem in seine Expansionsphase

trat, war für die SS wegen ihrer chronisch dünnen Personaldecke die Mitarbeit der Häftlinge auf allen Ebenen des Lagerbetriebs unverzichtbar geworden. Zur Bewachung setzte man laut Tuchel (S. 64 und S. 94) neben SS-Leuten vor allem Angehörige des NS-Reichskriegerbundes (Kyffhäuserbund, d. h. Veteranen des 1. Weltkriegs) und in Außenlagern z. B. ab Mitte 1944 Mannschaften vor allem des Heeres, der Luftwaffe, vom Zoll und von der Marine ein (Freund, S. 269 f., Neander, S. 38). Im Frühjahr 1945 wurden in Nordhausen sogar Funktionshäftlinge bewaffnet und als Wächter eingesetzt, da der Lagerführung Zweifel an der Loyalität ihrer eigenen SS-Wachtruppen gekommen waren. Diese bestanden mittlerweile überwiegend aus zum KZ-Dienst Zwangsverpflichteten (Neander, S. 146 ff.).

Schon seit dem Krieg erhielten politische Häftlinge in Schreib- und Buchführungstätigkeiten eine Monopolstellung. Durch die Lagerschutzeinheiten mit ihren polizeiähnlichen Funktionen wuchs die Verfügungsgewalt der Häftlinge über Lagervorgänge immer mehr, und die SS wurde weiter vom unmittelbaren Umgang mit den Häftlingen zurückgedrängt (Pingel, S. 159). Die Zahl der Häftlinge mit Leitungsfunktionen nahm so zu, dass die Lagerführer schließlich Anweisung erhielten, die Anzahl der Funktionshäftlinge auf 10 % des Lagerbestandes zu verringern (Pingel, S. 161).

Die Funktionäre handelten in Verantwortung für einen Teil der Häftlingsgesamtheit und beanspruchten unter dieser Verantwortung Leitungsautorität und Exekutionsrechte. Hierunter fiel eine beschränkte, später zum Teil willkürlich ausgeweitete Strafgewalt, wenn Häftlinge die Anordnungen nicht beachteten. So nahmen sich die Funktionäre einerseits das Recht, mit handgreiflichem Nachdruck ihre Anordnungen, die sie nach den Vorschriften der SS trafen, durchzusetzen, andererseits wurde ihnen dieses Recht nicht bestritten. Da bei

Ordnungswidrigkeiten oft Kollektivstrafen verhängt wurden, brachte es Vorteile, wenn ein einzelner Häftling von Mithäftlingen bestraft wurde, statt einer kollektiven Bestrafung des ganzen Blocks von ca. 200 Leuten (Pingel, S. 56). Kameradendiebstahl unter den Häftlingen selbst wurde in Eigenregie und radikal bestraft. Ein Brotdieb zum Beispiel war, wenn er erwischt wurde, verloren. Mancher Dieb hat nicht aus Hunger gestohlen, sondern um mit dem Brot Priemtabak oder Zigaretten einzuhandeln. Häftlinge, die ihre Kameraden misshandelten oder sogar zu Tode prügelten, wurden von der Häftlingsjustiz zur Strecke gebracht (Kogon, S. 106 f.). Andererseits wurde ein Häftling, der gegen das Verschieben von Brot und Essensportionen durch den Stubendienst protestiert hatte, vom Stubendienst unter Leitung des Blockältesten durch unmenschliche Schläge und Tritte getötet und dann aufgehängt, um einen Selbstmord vorzutäuschen (Kogon, S. 67).

Über das Lager Dora/Nordhausen schreibt Halow (S. 172 f.): Diebstahl unter den Gefangenen war an der Tagesordnung. Das Diebesgut machte einen beachtlichen Teil des Schwarzmarktes im Lager aus. Auch die Zivilarbeiter beteiligten sich am Schwarzmarkt. Am meisten wurden Lebensmittel gestohlen. Beim Transport von der Küche zu den Arbeitsplätzen wurden die großen offenen Kessel regelmäßig von bis zu fünfzehn Häftlingen überfallen. Sie überwältigten die Essensträger und bedienten sich sogleich an Ort und Stelle in großen Mengen. Manchmal hatten die Diebe die Kessel total geleert und die Arbeitsmannschaft bekam nichts mehr. Sie lauerten auch einsamen und schwachen Insassen auf und raubten ihnen die tägliche Essensration und gaben sie somit der völligen Entkräftung preis.

Die Lagerküche – dort arbeiteten ungefähr 120 Häftlinge – war ebenfalls ein Ort organisierten Diebstahls. Dort wurden in Zusammenarbeit mit den Kapos (wenn nicht sogar unter ihrer

Führung) große Mengen an Wurst, Fleisch und Fett gestohlen. Die Sachen wurden an »prominente Häftlinge« weitergegeben oder verkauft. Auf diese Weise wurde den arbeitenden Häftlingen ihre Ration noch weiter verkürzt.

Die Häftlinge wurden regelmäßig in einem Duschraum entlaust. Dabei konnten die Entkleideten leicht noch ihrer restlichen Habe beraubt werden. Die Häftlinge, die in den Bädern arbeiteten, hatten stets einen guten Vorrat an Golduhren und Ringen. Auch davon landete vieles bei den »prominenten Gefangenen« (Halow, S. 173). Dies zeigt, wie wichtig es für jeden Häftling war, beim Eintritt ins Lager alle seine Wertsachen in der Effektenverwaltung zu deponieren.

Die materielle Bereicherung an den Häftlingen war untersagt, schon gar die Anwendung von Gewalt. Als das Maß ihrer Willkür immer mehr stieg, führte dies schließlich zu Konsequenzen. Eine Reihe von kriminellen Funktionären wurde abgesetzt und gegen politische Häftlinge ausgetauscht (Pingel, S. 104). Der parteilose Intellektuelle Kupfer, ein Journalist, fühlte sich in doppelter Weise unterworfen:

> *Es schien mir, als gäbe es außer der SS-Regierung noch eine Häftlingsregierung. Der Häftling bestimmte über den Häftling. Man war also doppelt eingesperrt. Einmal durch ... die SS, und einmal Gefangener von Mitgefangenen, ihnen ebenso ausgeliefert wie der Gestapo, vielleicht schlimmer noch, denn sie waren täglich um einen (Pingel, S. 108).*

Blockälteste, Stubendienste, Kapos, Verwaltungsfunktionäre usw., aus Häftlingen organisiert, leiteten und kontrollierten unter der Oberaufsicht immer weniger werdender SS-Leute die Lager und sorgten für ihr Funktionieren. Himmler hielt im

Sommer 1944 vor Wehrmachtsgenerälen eine Rede, in der er auf die Selbstverwaltung zu sprechen kam:

> *Diese rund 40.000 deutschen politischen und Berufsverbrecher – ich bitte Sie nicht zu lachen – sind mein »Unteroffizierskorps« für diese ganze Gesellschaft. Wir haben hier ... so genannte Kapos eingesetzt ... In dem Moment, wo er Kapo ist, schläft er nicht mehr bei denen. Er ist verantwortlich, dass die Arbeitsleistung erreicht wird, dass bei keinem eine Sabotage vorkommt, dass sie sauber sind ... In dem Moment, wo wir mit ihm nicht zufrieden sind, ist er nicht mehr Kapo, schläft er wieder bei seinen Männern. Dass er dann von denen in der ersten Nacht totgeschlagen wird, das weiß er. Der Kapo bekommt bestimmte Vergünstigungen (Pingel, S. 164).*

Absetzung eines Funktionärs bedeutete nicht selten seinen Tod (Stein, S. 99).

So richteten sich denn 1945 nach der Befreiung durch die Alliierten Zorn und Rache der Häftlinge weniger gegen die SS-Wachen als vielmehr gegen die Prominenten der Selbstverwaltung. In Bergen-Belsen z. B. verübten die Häftlinge sofort Lynchjustiz, indem sie diverse Kapos und andere Funktionshäftlinge töteten. Am Abend des ersten Tages sollen es 50, am nächsten Tag insgesamt 130–140 Ermordete gewesen sein (Kolb, S. 53). Nach einer Aussage über sieben ermordete Kapos lagen diese nur noch in ihren Hemden da. Ihre Gesichter waren grässlich zerschlagen oder zertreten, sie bestanden nur noch aus formlosem rohem Fleisch und waren ganz unkenntlich (Kolb, S. 157). In Auschwitz soll der für die Leichenverbrennungen verantwortliche Oberkapo bei lebendigem Leib verbrannt worden sein (Pressac, S. 167, Gilbert, S. 380). In Dachau verübten die Häftlinge viele Racheakte an SS-Leuten,

Kapos und Mithäftlingen, so dass in den ersten 24 Stunden ca. 50 Menschen getötet wurden. Ein amerikanischer Arzt beobachtete, wie Häftlinge im Beisein amerikanischer Soldaten stundenlang auf andere Häftlinge einschlugen (Zarusky, S. 52). In Mauthausen erfolgten sofort nach der Befreiung mehrere Lynchaktionen (Freund, S. 271).

3. Die Versorgung und Behandlung der Häftlinge

Bis zum Kriegsbeginn 1939 war die Verpflegung und Unterkunft völlig denen anderer Häftlinge der Justizverwaltung gleichgestellt (IMT, Bd. XI, S 445 f.). Über den mitgebrachten Geldbetrag hinaus durfte jeder Häftling monatlich bis zu 30 Mark und Pakete von seinen Angehörigen empfangen. Der Geldverwalter führte für jeden Häftling »genau und korrekt« ein eigenes Konto. In den Lagerkantinen gab es in der Vorkriegszeit ziemlich viel zu kaufen, sogar Kuchen und feine Konserven, ferner Schokoladen, Pralinen und Marmeladen, Tee, Südfrüchte und Tabakwaren. In einer Textilabteilung gab es warme Unterbekleidung der teuersten Qualitäten, Socken, Pullover usw., dann eine Abteilung mit Mundwassern, Zahnpasta, Gesichtscreme, Sonnenbrillen und vielen anderen Gebrauchsartikeln. Mit Kriegsbeginn leerten sich dann die Regale in der Kantine. Das Warenangebot wurde knapper, die Auswahl geringer. Die hochwertigen Artikel verschwanden. »Mit der paradiesischen Zeit war es schon Ende 1941 vorbei«, d. h. kurz nach dem Beginn des Russlandkriegs (Kogon, S. 123 f., Richardi, S. 263 und S. 275 f.). Bis zum Krieg kann die materielle Versorgung der Häftlinge als ausreichend gelten. Das Mittagessen, das 1938 täglich Fleisch enthielt, wird im Laufe der Zeit immer schlechter, wenig Kartoffeln, selten Fleisch, dafür mehr Steckrüben und Kohl (Pingel, S. 77).

Ab etwa 1941 begann die SS ihre KZ-Häftlinge an Industriebetriebe als Arbeitskräfte zu verleihen, indem ein Kontingent Häftlinge als »Außenkommando« abgestellt wurde, für das aus arbeitspraktischen Gründen neben oder auf dem Werksgelände ein eigenes »Werks-KZ« oder »Außenlager« des Hauptlagers eingerichtet wurde. Die Amtsgruppe Konzentrationslager des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes wurde zu einer reinen Arbeitskräfte-Verleihorganisation (Neander, S. 57). Durch die

Verleihtätigkeit und die Errichtung von Werks-KZ entwickelte das Lager Buchenwald bei Weimar in Thüringen 136 Außenkommandos, die nicht nur weit über Mitteldeutschland verstreut waren, sondern auch im Ruhrgebiet und im Rheinland, sogar linksrheinisch, lagen (Stein, S. 177), d. h., die Außenlager waren viele hundert Kilometer vom Hauptlager entfernt und die Insassen damit nahezu unkontrolliert. Die mehr als 40 Außenlager von »Dora« waren in weitem Umkreis um Nordhausen verteilt. Auschwitz hatte 45 Nebenlager, Dachau 36. Insgesamt gab es mehr als 1.000 Außenlager (Tuchel, S. 196).

Weil die Leistung schlecht ernährter Arbeitskräfte sank, machte man sich Gedanken, wie die Situation der Häftlinge verbessert und ihre Arbeitsleistung wieder gesteigert werden konnte. Schon 1941 waren Erleichterungen eingeführt worden (Broszat, S. 107). Die Anregung zu weiteren Verbesserungen kam aus der privaten Industrie. Sie ging vom Auschwitzer Lager aus, wo die Zusammenarbeit zwischen Großindustrie und Konzentrationslager in besonders hohem Maße verwirklicht worden war. Da Auschwitz von den alliierten Bombern damals noch nicht erreicht werden konnte, plante man wegen der nahe gelegenen ostoberschlesischen Industrie einen großen Teil der Häftlinge dort einzusetzen (Broszat, S. 99). So wurde im Juni 1942 in Auschwitz die Einführung von Leistungs- und Akkordprämien, Verpflegungszulagen und der Besuch von »Freudenhäusern« vorgeschlagen. Am 15. Mai 1943 erging eine besondere »Prämien-Ordnung« für alle Häftlinge. Darin heißt es:

> *Häftlinge, die sich durch Fleiß, Umsicht, gute Führung und besondere Arbeitsleistungen auszeichnen, erhalten künftig Vergünstigungen. Diese bestehen in Gewährung:*
> *1. Hafterleichterung, 2. Verpflegungszulagen,*

3. Geldprämien, 4. Tabakwarenbezug, 5. Bordellbesuch (Broszat, S. 106).

Die Prämien-Ordnung zielte darauf ab, die Häftlinge an ihrer Arbeit materiell zu interessieren. Kulturelle Freizeiteinrichtungen wie Kinos und Bibliotheken (und Bordelle) wurden geschaffen, soziale Erleichterungen eingeführt. Bei der Auswahl der Bordellfrauen ordnete Himmler an, dass für den Bordelldienst nur die »verdorbenen« Frauen abgestellt werden dürfen (Pingel, S. 76). Ausgewählt wurden Prostituierte aus Frauenlagern, die vorher wegen ihres Dirnengewerbes in Haft genommen worden waren (Broszat, S. 106), und ihre mitgebrachten Krankenblätter wiesen überstandene Krankheiten aus, die nicht gerade einen seriösen früheren Lebenswandel dokumentierten. Die Frauen hatten sich auf das Versprechen, nach sechs Monaten entlassen zu werden, freiwillig gemeldet (Kogon, S. 194). Ab 1942 wurden die Häftlingsentgelte allmählich den Löhnen in der Industrie angeglichen (Pingel, S. 137). Ein Hauptansatzpunkt wurde in der Verbesserung der Ernährung und der sanitären Verhältnisse gesucht. Lagerärzte und Kommandanten wurden 1942/43 aufgefordert, die Sterblichkeitsziffern wesentlich zu senken bzw. für die Erhaltung der Arbeitskraft der Häftlinge verantwortlich gemacht.

Die Strafen, insbesondere die Prügelstrafe, wurden durch Runderlass vom 2. Dezember 1942 stark eingeschränkt (Broszat, S. 105). Hingegen wurde befohlen, noch schärfer gegen Häftlinge einzuschreiten, die im Verdacht standen, den Arbeitsprozess zu behindern. Strengste Strafen waren gegen Sabotagehandlungen zu verhängen (Pingel, S. 134).

Die Verbesserung des Ernährungs- und Unterbringungswesens wurde durch die sich radikal verschlechternde Gesamtsituation in Deutschland erschwert, so dass besondere Anstrengungen erforderlich wurden, um dauerhaft für die Lager einen ausrei-

chenden Lebensstandard zu erreichen. Die Ernährungssätze für die Häftlinge wurden von einer zivilen Institution festgesetzt, die Lagerkommandanten erhielten die dafür benötigten Warenbezugsscheine. Ende September 1941 wurde den Häftlingen gestattet, sich für den bevorstehenden Winter eigene Unterwäsche schicken zu lassen. Ab 1943 durften polnische und russische Häftlinge, ab 1944 alle Häftlinge ihre mitgebrachte Bekleidung behalten (Pingel, S. 134 f.). Ab 1942 waren in zunehmendem Maße Rotkreuz-Pakete eingetroffen. Als dann 1944 die Ernährung in den Lagern immer schlechter wurde, setzten umfangreiche Massensendungen des Roten Kreuzes an nationale Gruppen ein (Kogon, S. 127). Die Rotkreuz-Pakete, die an Insassen des Lagers Auschwitz adressiert waren, wurden z. B. im September 1944 an diese unversehrt ausgeliefert (Gilbert, S. 345).

In den Lagern fand ein reger Tauschhandel statt. Pakete und die Einführung der Prämien vermehrten das Tauschgut. Der Kontakt mit Zivilarbeitern war ein wesentlicher Kanal, durch den Zigaretten und Lebensmittel unter die Häftlinge kamen. Die Tausch-, Organisations- und Protektionsverhältnisse galten unter den Häftlingen als allgemein gebilligte Beziehungen, soweit sie nicht als Häftlingsdiebstahl oder Erpressung überzogen wurden. In diesem Fall kam es vor, dass die Funktionäre ihre Straf- und Ordnungsgewalt dagegen einsetzten. Der Tauschhandel spielte in Auschwitz eine hervorragende Rolle. Auschwitzer Häftlinge stellten übereinstimmend fest: Wenn wir »organisierten, konnten wir trotz allem leben«. Wer Nahrung anzubieten hatte, konnte sich in leichtere Arbeitskommandos versetzen lassen und hob dadurch seinen Lebensstandard weiter (Pingel, S. 158).

Der belgische Journalist und Häftling Arthur Haulot, der nach viermonatigem Aufenthalt in Mauthausen am 8. Dezember 1942 total erschöpft und abgemagert nach Dachau kam, führte

von Januar 1943 bis Juni 1945 Tagebuch. Dachau war »Erholungslager«, Lager für die körperliche Wiederherstellung. Das zweieinhalb Jahre lang geführte Tagebuch enthält schon ab 13. Januar 1943 Sätze wie: »Die Verpflegung ist dennoch glänzend und ich hoffe, die 6 Kilo, die ich seit meiner Ankunft in Dachau zurückgewonnen habe, schnell zu erhöhen« und »Ich bin also mit Nahrung voll gestopft« (Haulot, S. 136 f.). »Da das Stehlen von Nahrung beim Kommando Küche Eins unmöglich geworden war, entschied ich mich, es aufzugeben« (Haulot, S. 131). Durch Paketempfang und Tausch bzw. Handel (»organisieren«) verfügen Haulot und seine Kameraden über nahezu alles: Äpfel, Kekse, Zucker, Schokolade, Gebäck, Kuchen, Zwieback, Orangen, Zitronen, Grütze, Lebkuchen, Gänseleber, Kondensmilch, frische Eier, Milch, Teigwaren, Speck, Tabak, Zigaretten und vieles mehr. »In meiner Umgebung wird ununterbrochen gegessen« (Haulot, S. 143). »Ich bin, was man hier »gut organisiert« nennt« (Haulot, S. 150). »Habe meine prächtige Gesundheit wiedererlangt, ebenso eine Denkfähigkeit und Arbeitskraft ähnlich derjenigen, die ich früher hatte« (Haulot, S. 164). »Die Weihnachtsfesttage 1943 habe ich bestens verbracht. Der Weihnachtsabend war wunderschön. Der Baum entsprach allen Wünschen. Ein bemerkenswertes Abendessen in ausgezeichneter Gesellschaft. Ich bin stark, gesund, kräftig« (Haulot, S. 172). Seine Freizeit verbringt Haulot mit Lesen, Gedichteschreiben, Theater, Kabarett, Konzertbesuch. Zwischendurch erwähnt er immer wieder, welche seiner Kameraden freigelassen wurden.

Im Frühjahr 1945 nähert sich Haulots KZ-Leben dem Ende. Ab April werden die Pakete an die Häftlinge nicht mehr ausgeliefert, um eine Nahrungsmittelreserve anzulegen für den Fall, dass das Lager nicht mehr beliefert werden kann. 21. April 1945: Die Essensrationen werden auf ein Minimum reduziert. 1/7 Brot pro Kopf, Wassersuppe. Keine Extras mehr für die Kranken. In den Strafblöcken krepiert man buchstäblich vor

Hunger. 23. April: Häufige und heftige Sturzbomberangriffe. 26. April: Seit zwei oder drei Tagen keine alliierten Luftangriffe mehr. 27. April: Ein schweizerischer Delegierter des Roten Kreuzes bringt 5 Lastwagen Pakete für die Westvölker. 29. April: Die Amerikaner sind da. Am selben Nachmittag werden die SS-Offiziere hingerichtet. In der Nacht erleiden die Soldaten das gleiche Schicksal (Haulot, S. 190 ff.). 15. Mai: Größte Schwierigkeiten kommen von der französischen Seite: Undisziplinierttheit, eingefleischter Stolz, Unfähigkeit der Führung, äußerster Nationalismus usw. ... Die zu schwache und schlecht funktionierende amerikanische Führung hat diese Gefahren noch gesteigert (Haulot, S. 195).

Der SS-Richter Dr. Morgen gab eine eidesstattliche Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

»Ich habe als SS-Richter in der Zeit von Juli 1943 bis etwa Mitte 1944 gerichtliche Untersuchungen gegen SS-Angehörige der KZ Buchenwald, Lublin, Auschwitz, Oranienburg, Herzogenbosch, Dachau geführt und ihre Einrichtungen eingehend besichtigt und wiederholt auch deren Innenlager aufgesucht und mich darin frei bewegt. Ich habe Hunderte von SS-Angehörigen sowie Häftlinge aller Nationalitäten eingehend vernommen bzw. sie vertraulich gehört. Dazu habe ich 8 Monate im KZ Buchenwald und etwa 1 Monat im KZ Dachau gewohnt«. Laut Dr. Morgen betrug der Verpflegungssatz täglich 2.750 Kalorien. Laut Kogon (S. 116 ff.) waren es 3.000 Kalorien täglich, wobei Schwerarbeiter noch Zulagen erhielten. Zum Vergleich: Als die Besetzung Deutschlands begann, enthielt die Lebensmittelration in der US-Zone 900 bis 1.000 Kalorien. Ähnlich war die Zuteilung in der britischen Zone (Colby, S. 199). Die Lager und besonders die Firmen, welche Häftlinge beschäftigten, waren durchweg bemüht, Zusatzverpflegung zu beschaffen, gelegentlich auch unter bewusster Außerachtlassung der kriegswirtschaftlichen Gesetze. In den

Lagerkantinen konnten Häftlinge im kriegsbedingten Umfang auch zusätzliche Nahrungsmittel kaufen, außerdem unbeschränkt Pakete empfangen. Der allgemeine Ernährungszustand der Häftlinge war gut. Die ärztlichen und medizinischen Einrichtungen, die sanitären Anlagen waren gut, zum Teil mustergültig. Grundsatz war, den Häftlingen durch Gewährung von Prämien und sonstigen Entschädigungen einen Anreiz zu geben. Daraus erklärt es sich, dass die Tabakversorgung der Häftlinge während des Krieges erheblich besser war als die der deutschen Zivilbevölkerung oder auch die der Wachtruppe KZ. Leben und Eigentum der Häftlinge war auf folgende Weise geschützt: strenges Verbot, Häftlinge zu töten oder zu schlagen. Dies ist wiederholt dem Lagerpersonal bekannt gegeben worden. Der Kommandant hatte die Kenntnis dieses Befehls schriftlich zu bescheinigen. Der betreffende Revers befand sich bei seinen Personalakten. Jeder Todesfall eines Häftlings war durch Fernschreiben zu melden und bei offensichtlichem oder vermutetem unnatürlichem Todesfall Bericht mit Unterlagen, Sektionsprotokoll, Tatortfoto, Lageplan, Zeugenaussagen von Häftlingen und SS-Angehörigen dem SS-Gericht zur Prüfung einzureichen. Im Lager Buchenwald sind laut Dr. Morgen die Anlagen sauber, frisch gestrichen, viel Rasen und Blumen, die Häftlinge waren gesund, normal ernährt, braun gebrannt. Auch Häftlinge, die keine Schlüsselposition innehatten, befanden sich jahrelang bei bester Gesundheit in Buchenwald. Den Häftlingen standen zur Verfügung: freie Bewegung innerhalb des Lagers, Lager-Radio, große Lager-Bibliothek, die im April 1945 fast 14.000 Bände enthielt, darunter zum Teil sehr wertvolle Werke (Stein, S. 98, Kogon, S. 135 f.), selbst in fremden Sprachen, sie hatten Briefverkehr, Zeitungs- und Paketempfang, Varieté, Kino, Bordell, Sport und Spiele aller Art einschließlich von Wettkämpfen (Dehoust, S. 199 ff., IMT, Bd. XX, S. 534 f.). Es gab mehrere Fußballmannschaften und anfangs auch eine Judenmannschaft, die meist in tadelloser Fußballkleidung und guten

Fußballschuhen zu Wettspielen anzutreten pflegten. Ferner gab es Handball, Faustball, Schlagball und andere Spiele. Im Jahr 1943 wurde von den Häftlingen der Boxsport eingeführt. Es fanden sich Häftlinge, die sogar Schauvorstellungen ihrer ungebrochenen Kraft und Geschicklichkeit im Hiebeausteilen gaben (Kogon, S. 133). Außer den Sportveranstaltungen gab es Kinovorstellungen, Theateraufführungen und Konzerte, die von Häftlingen gestaltet wurden (Stein, S. 98). In Dachau enthielt die Bücherei anfangs nur Werke in deutscher Sprache; später kamen mit den ausländischen Gefangenen auch fremdsprachige Bücher ins Lager. Selbst an Werken in russischer Sprache fehlte es nicht. Am Ende zählte der Bestand der Lagerbücherei etwa dreizehntausend Bände (Richardi, S. 278).

SS-Richter Dr. Reinecke, der in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 im Lager Buchenwald mit den Untersuchungen begann, sagte vor dem Nürnberger Tribunal (IMT, Bd. XX, S. 474 ff.) aus, dass es in den Lagern keine konsequente Vernichtungspolitik der SS gab, sondern nur verbrecherische Taten Einzelner. Um gegen diese Verbrechen anzukämpfen und um die SS von diesen verbrecherischen Elementen zu reinigen, ist das Gerichtswesen der SS und der Polizei mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln und teilweise unter Überschreitung der eigenen Zuständigkeit gegen Gräuel gerichtlich eingeschritten. Wir haben in allen Konzentrationslagern Untersuchungskommissionen gehabt. Die obersten SS-Richter haben wegen Korruption und Mord mehr als 800 Gerichtsverfahren vorbereitet, davon waren 400 bei den Gerichten anhängig. Es lagen 200 Urteile vor, die auch vollstreckt wurden. Unter den Verurteilten befanden sich fünf Konzentrationslagerkommandanten, von denen zwei zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Einer von ihnen war der wegen Korruption und Mordes überführte Kommandant von Buchenwald, Karl Koch, der im Lager vor den Augen der Häftlinge erschossen wurde. Dr. Reinecke berichtet aber auch, ihm hätten Unter-

suchungskommissionen wiederholt bestätigt, dass die Unterbringung, die hygienischen Verhältnisse, die ärztliche Versorgung, die Verpflegung und auch die Behandlung der Häftlinge zum großen Teil gut war, ebenso das körperliche Aussehen der Häftlinge. Sie haben ebenfalls bestätigt, dass die strengen Verbote gegen Misshandlungen von Häftlingen wiederholt in den Lagern bekannt gemacht und auch eingehalten wurden (Dehoust, S. 185 ff.).

In dem im Spätsommer 1943 eingerichteten Lager Dora/ Nordhausen – anfänglich ein Außenkommando des KZ Buchenwald – wurden wegen der Geheimhaltung keine festen Gebäude errichtet, da diese leicht aus der Luft zu erkennen gewesen wären. Die Häftlinge wurden in einem Zeltlager untergebracht, das bald überfüllt war. In Berg »Kohnstein« befanden sich bereits freigesprengte Tunnel und Hallenflächen von fast 100.000 qm (Neander, S. 48) und so quartierte man weitere neu eintreffende Häftlinge in diese bereits bestehenden bzw. neu gegrabenen Tunnel im »Kohnstein« ein (Neander, S. 61). Als der Winter kam, verlegte man alle Häftlinge in die Tunnel, was jedoch wegen fehlender sanitärer Einrichtungen und mangelhafter Belüftung schwere hygienische und damit gesundheitliche Probleme und viele Tote zur Folge hatte. Versuche der Lagerführung von Buchenwald, etwas gegen diese Zustände zu unternehmen, waren wenig erfolgreich (Neander, S. 65). Diverse Sabotage- und Ausbruchsversuche führten zu harten Reaktionen durch das Wachpersonal. So hatten erfolgreiche Sabotagebemühungen einer kommunistischen Widerstandsbewegung – die meisten Häftlinge waren aus Buchenwald mit seiner stark entwickelten Widerstandsorganisation gekommen – zur Folge, dass eine große Anzahl von Häftlingen öffentlich durch den Strang hingerichtet oder erschossen wurde (Neander, S. 74 und S. 145 f., Halow, S. 151 f.), entsprechend dem Befehl, gegen alle Saboteure mit strengsten Strafen vorzugehen. In Nordhausen wurden qualifizierte

Techniker für feinmechanische Arbeiten bei der Raketenproduktion benötigt. Die Deutschen versuchten bestmögliche Bedingungen für diese Fachkräfte zu schaffen. Dies beinhaltete auch bessere Essensrationen. Aber es gelang nicht, bessere Lebensbedingungen im Tunnel zu schaffen. Die Zahl der Todesfälle war alarmierend hoch, und das zu einer Zeit, als Deutschland verzweifelt nach Arbeitskräften suchte. Man verlor die Häftlinge schneller, als man sie ausbilden konnte. Also mussten Baracken gebaut werden. Von März bis Ende Mai 1944 konnten die Häftlinge die Schlafstollen nach und nach verlassen und in das oberirdische Barackenlager umziehen (Neander, S. 75, Halow, S. 152). Da ein Großteil der Häftlinge in der Raketenproduktion eingesetzt war, man sich aber nicht leisten konnte, so viele der äußerst wertvollen Spezialarbeitskräfte zu verlieren, versuchte die Verwaltung die gesundheitliche Situation zu verbessern, indem sie ein Erholungsgebiet (Boelcke-Kaserne) einrichtete. Es war für Häftlinge bestimmt, die für die Arbeit zu schwach waren.

Völlig überraschend für die Deutschen griffen britische Bomber am Nachmittag des 3. April 1945 die Stadt Nordhausen an. Dabei wurde auch die Boelcke-Kaserne getroffen. Es gab 450 Tote unter den Häftlingen. Am Morgen des folgenden Tages wurde Nordhausen ein zweites Mal flächendeckend bombardiert. Wieder wurde die Boelcke-Kaserne schwer getroffen und sehr viele Häftlinge starben. Ein amerikanischer Bericht vom 13. April 1945 nennt die Gesamtzahl von 1.958 Häftlingsleichen, die aus den Ruinen der Boelcke-Kaserne geborgen wurden. Laut Halow (S. 152 ff.) wurden durch die Angriffe nicht weniger als 3.000 Häftlinge getötet. Im Chaos der Auflösung blieben die toten Häftlinge unbestattet in den Ruinen liegen, für die kranken und verletzten gab es kaum noch Versorgung. Als am 11. April amerikanische Soldaten das Gelände betraten, boten sich ihnen Bilder des Grauens. Der Film und die Fotos, die ihre Kriegsberichterstatter machten,

wurden als Zeugnisse für nationalsozialistische Barbarei und Menschenverachtung weltweit verbreitet. Es gehört zur Tragik der Geschichte, dass noch kurz vor der Befreiung Insassen eines Konzentrationslagers durch alliierte Bombenangriffe ums Leben kamen (Neander, S. 156).

Im Jahr 1944 verschlechterte sich die allgemeine Situation in Deutschland so sehr, dass auch der Bedarf an Häftlingskleidung nur noch zu 50 bis 60 % gedeckt werden konnte. Am 11. August 1944 meldet ein SS-Kommandoführer der Desinfektion:

> *Eine Ausgabe von Bekleidungs- und Wäschestücken durch die Häftlings-Bekleidungskammer kann nach Angabe derselben nicht mehr erfolgen, da die Bestände erschöpft sind. Ein regelmäßiger Wechsel der Leibwäsche kann nicht erfolgen, weil kein Reservebestand vorhanden ist. Fußlappen und Strümpfe sind ebenfalls verschlissen. Somit müssen die Häftlinge nach dem Baden die sich in verdrecktem Zustand befindliche Wäsche wieder anziehen. Zum Abtrocknen entfällt hierbei auf zwei bis drei Häftlinge ein Handtuch. Diese Verhältnisse entsprechen absolut nicht einer hygienischen Lagerordnung. Ungeziefer- und Krankheitsbekämpfung wird dadurch außerordentlich erschwert. Wir laufen Gefahr, dass das Lager in Kürze verlaust und sonstigen Ansteckungsgefahren ausgesetzt wird (Stein, S. 184).*

Der wirtschaftliche Bankrott des Staates und insbesondere des Konzentrationslagersystems ließ sich nicht mehr aufhalten (4. Phase). Obwohl die Häftlingszahlen steil anstiegen, ließ sich der Produktionsbetrieb nur noch durch improvisierte Notmaßnahmen, die zunehmend unzulänglicher wurden, aufrechterhalten. Der Mangel an materiellen Möglichkeiten setz-

te allem enge Grenzen. Es kam zu Auseinandersetzungen verantwortlicher Stellen, da keine auf die vorgesehenen Einsatzzahlen verzichten wollte, aber keine war imstande, die Häftlinge hinreichend zu versorgen. Als am 13. September 1944 Auschwitz-Birkenau versehentlich von amerikanischen Bomben getroffen wurde, erhielten die ca. 300 verletzten Häftlinge am nächsten Tag Blumen, Milch und eine doppelte Portion Margarine (Gilbert, S. 370), was bei der zugespitzten Versorgungskrise wahrscheinlich schon als enorme Leistung anzusehen ist. Nachdem ab Herbst 1944 immer mehr Lager vor den heranrückenden Russen und Amerikanern geräumt werden mussten, kamen immer neue Häftlingstransporte in die bereits überfüllten, nicht mehr versorgbaren Lager in der Mitte Deutschlands (Pingel, S. 136). Dort begann kurz vor Kriegsende die Katastrophe.

4. Die Sterblichkeit in den Lagern

Mit der schlechteren Verpflegung und der kriegsbedingten Verschlechterung anderer Umstände stiegen die Todeszahlen. Dabei muss man allerdings berücksichtigen, dass mit fortschreitendem Krieg auch die Zahl der Häftlinge rapide stieg, da sie jetzt hauptsächlich für die Rüstung eingesetzt wurden, und hier bestand nahezu endloser Bedarf. Am 20. Januar 1943 wies der Inspekteur der Lager, Glücks, die Kommandanten an, »mit allen Mitteln zu versuchen, die Sterblichkeitsziffer im Lager herunterzudrücken«:

> *Ich mache die Lagerkommandanten und den Leiter der Verwaltung des Konzentrationslagers für die Erschöpfung jeder Möglichkeit zur Erhaltung der Arbeitskraft der Häftlinge persönlich verantwortlich (Broszat, S. 126).*

1941/42 begann als dritte Phase in der Entwicklung der Konzentrationslager deren schnelle Expansion. Anfang 1942 standen etwa 25.000 Häftlinge zum Arbeitseinsatz in Rüstungsprojekten zur Verfügung. Ihre Zahl stieg bis Dezember 1942 auf 88.000 (Broszat, S. 131, Tuchel, S. 152). Durch Anordnungen von 1943 und 1944 sollten völlig außerhalb des normalen Schutzhaftverfahrens sowjetische Zivilarbeiter, so genannte »Ostarbeiter« (Broszat, S. 122), die offenbar einen großen Teil der neuen Häftlinge ausmachten, als neue große Kategorie »Zivilarbeiter« vorzugsweise nach Auschwitz und Lublin eingeliefert werden. So stieg die Häftlingszahl auf 90.000 und hatte zur Jahreswende 1943/44 bereits die Zahl von 300.000 überschritten. Im August 1944 waren es 525.000 Häftlinge und am 15. Januar 1945 über 714.000 (Tuchel, S. 213). Da ab 1943 die Einlieferungen in ungeheurem Tempo zunahmen und einige Lager bis zur drei- und vierfachen Größe

anwuchsen, die Baumaßnahmen aber nicht mithalten konnten, verschlechterten sich die Lebensbedingungen zusehends (Pingel, S. 128 ff.). Die Folge waren steigende Todesraten bis im Jahr 1943 die Todesrate deutlich und nachhaltig sank. In den 8 Monaten von Januar bis August 1943 starben über 60.000 Häftlinge, doch hatte die relative Sterblichkeit abgenommen. Das System der in Auschwitz schon angewandten leistungssteigernden Prämien wurde ausgebaut, und im Sommer 1943 erreichte die Sterblichkeit Werte, wie sie seit Kriegsausbruch nicht mehr üblich waren (Pingel, S. 182 f., Broszat, S. 126).

Im August 1943 lagen die »traditionellen« Lager Dachau, Sachsenhausen, Buchenwald und das Frauenlager Ravensbrück sämtlich unter 1 % Monatssterblichkeit. Auch jüdische Häftlinge hatten eine Quote von 1 % (Pingel, S. 185). Es folgten dann die meisten Steinverwertungslager (Steinbrüche) wie Mauthausen, Neuengamme, Groß-Rosen und Natzweiler mit einer Rate zwischen 1 bis 2 %; eine Ausnahme waren die Lager Flossenbürg und Stutthof, die zusammen mit Auschwitz und Lublin die letzte Gruppe bildeten. Besonders hoch war in Mauthausen zur Jahreswende 1942/43 die Sterblichkeitsquote unter den Sicherungsverwahrten. Die weitaus überwiegende Zahl dieser Sterbefälle entfiel auf das Lager Mauthausen-Gusen, in das der größte Teil der Sicherungsverwahrten (Schwerverbrecher) eingewiesen worden war (Broszat, S. 126). Bei dieser Häftlingsgruppe dürfte der Vorsatz »Vernichtung durch Arbeit« schon bald in die Tat umgesetzt worden sein. In Gusen gab es nur wenige Juden (Enzyklopädie H, S. 929). Die anderen Mauthausener Kleinlager waren praktisch ohne Sterblichkeit (Freund, S. 272). Ansonsten kann es den Vorsatz »Vernichtung durch Arbeit« nicht gegeben haben. Ein Toter kann nicht arbeiten, und ein Arbeitsprozess, der als Ziel die Vernichtung des Arbeiters hat, hebt sich selbst auf (Neander, S. 67). Die Deutschen waren aber auf jeden Arbeitsfähigen dringend angewiesen. So enthielt z. B. ein Befehl vom 19. Januar

1942 zur Verschickung von Juden nach Lublin die Nachbemerkung: »Es wird nochmals an die Mitgabe warmer Bekleidung erinnert, da alles getan werden muss, um die Arbeitsfähigkeit der Juden zu erhalten« (Stein, S. 127). Nach Vernichtungsabsicht klingt das nicht.

Dachau erhielt neben seiner Werkstättenfertigung qualifizierte Arbeitsplätze und nahm auch hier die Rolle eines Musterlagers ein, mit dessen Sterblichkeit nur noch das Frauenlager Ravensbrück konkurrieren konnte. Ebenfalls auffällig ist die vergleichsweise nunmehr geringe Sterblichkeit in Mauthausen, obwohl das Mauthausener Stammlager ein großes Krankenlager erhielt, das zeitweilig über 5.000 kranke Häftlinge aufnahm (Pingel, S. 183 f.). Damit waren mehr als 35 % und zeitweise sogar mehr als 50 % der im Hauptlager Mauthausen anwesenden Häftlinge im Sanitätslager untergebracht (Freund, S. 263). Im Konzentrationslager Auschwitz befanden sich laut Schreiben des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes vom 4. September 1943 rund 25.000 jüdische Häftlinge, wovon nur 3.581 Juden arbeitsfähig waren (Tuchel, S. 128). Laut Broszat (S. 131) waren im August 1943 insgesamt 74.000 Häftlinge in Auschwitz. Mit 25.000 belief sich der jüdische Anteil demnach auf knapp 34 %. Der hohe Prozentsatz erklärt sich vermutlich daraus, dass laut Anweisung vom 5. Oktober 1942 alle Lager in Deutschland »judenfrei« gemacht und die Juden nach Auschwitz oder Lublin geschickt werden sollten (Stein, S. 128). Merkwürdig ist, dass rund 21.500 = 86 % der jüdischen Arbeitskräfte nicht arbeitsfähig waren und sie immer noch lebten. Nach allen Zeugenaussagen wurden in Auschwitz doch alle Arbeitsunfähigen sofort vergast. Warum hat man diese nicht vergast? Es gab den strikten Befehl vom 27. April 1943, bettlägerige Häftlinge zu einer entsprechenden Arbeit, die sie auch im Bett verrichten können, heranzuziehen. Wie verträgt sich ein solch strenger Befehl mit der Behauptung, dass alle Schwachen und Kranken sofort vergast wurden?

Der in Mexiko geborene amerikanische Soldat libanesischer Herkunft, Joseph Halow, der bei den berüchtigten Dachauer Prozessen einige Monate als Gerichtsprotokollant eingesetzt war und der sich deshalb lange Zeit sehr intensiv mit den Vorgängen in den Lagern beschäftigen musste, schreibt: Dachau hatte sich zu einem Arbeitslager entwickelt, zu einem Gewahrsamszentrum, wo die Inhaftierten die deutschen Arbeitskräfte ersetzen mussten, die an der Front kämpften. Dieser für Deutschland lebenswichtige Arbeitsdienst lässt es unlogisch erscheinen, dass die deutschen Behörden freizügig und wahllos Tausende oder gar Hunderttausende Arbeitskräfte getötet haben können. Die Gaskammern in Dachau erschienen mir bemerkenswert klein für eine so große Zahl von Menschen, die dort mit Gas getötet worden sein sollen; doch damals dachte ich nicht weiter darüber nach. Die angeblichen Gaskammern wurden später richtig als Entlausungskammern identifiziert. Während der Zeit meiner Berichterstattung in Dachau sah und hörte ich Dinge, die an der Propagandaversion über Dachau und andere Lager Zweifel aufkommen ließen (Halow, S. 46 f.). In den Dachauer Prozessen war nie die Rede von der Verwendung von Gas zum Zwecke des Tötens von Menschen (Halow, S. 226). Dr. Konrad Stromenger, ein Geistlicher, war sieben Jahre Gefangener. In einem Brief bemerkte er, dass das Dachauer Lager den besten Ruf unter allen Konzentrationslagern in Deutschland hatte. In einem Buch schrieb Dr. Stromenger, dass Häftlinge, die ein halbes Jahr nach Flossenbürg (Lager der Stufe II) verlegt worden waren, vor Freude weinten, als sie erfuhren, dass sie nach Dachau zurückversetzt würden. In Dachau, so Stromenger, waren die Häftlinge gut ernährt und ordentlich untergebracht, somit konnten sie sich wieder erholen. Sie wurden nach den Prinzipien der Menschlichkeit behandelt (Halow, S. 273). Das KZ-Lager Dachau galt von jeher als ausgesprochen gutes Lager, als Erholungslager bei den Häftlingen, und diesen Eindruck habe ich tatsächlich gewonnen (Dr. Morgen, IMT, Bd. XX, S. 559).

Das Männerlager Auschwitz wies 1942 eine Sterblichkeit von etwa 20 % im Monat auf. Im Frühjahr 1943 wurde dagegen eine im Schnitt geringere Todesrate verzeichnet, dazu mit stark sinkender Tendenz zum Sommer hin. Die außergewöhnlich hohe Todeszahl wurde verursacht durch zwei verheerende Fleckfieber-Epidemien, die von Juli bis November 1942 und von Januar bis April 1943 wüteten, und 20.000 bzw. 12.000 Opfer forderten. Eine dritte Epidemie mit 2.500 Toten folgte von Mai bis Juli 1943 (Pressac, S. 155 ff.). Durch Hygienemaßnahmen (Einsatz von Zyklon B) konnten die Sterbeziffern erheblich reduziert werden und Auschwitz erreichte die Todesrate der »traditionellen« Lager vom Jahre 1942. Außerdem wurden sofort Forschungsaufträge zum Thema Fleckfieber erteilt. Um schneller zu Ergebnissen zu kommen, nahm man Versuche an Häftlingen in den Lagern vor, ebenso wie es die Amerikaner bei ihren Gefangenen in den Vorkriegs-Straflagern getan hatten und wie sie es auch während des Krieges taten (Pressac, S. 39).

5. Menschenverluste durch Epidemien

Für den Tod oder das Überleben von Häftlingen spielten auch die hygienischen Verhältnisse eine wesentliche Rolle. Die hohe Sterberate in Auschwitz erklärt sich aus der 1942 wütenden Fleckfieberepidemie. Trotzdem trafen immer noch neue Häftlingstransporte im Lager ein mit der Folge, dass auch viele der Neuankömmlinge sich ansteckten und in kurzer Zeit starben. Im ganzen Lager breiteten sich grauenhafte Zustände aus.

Fleckfieber oder Flecktyphus wird durch Kleiderläuse übertragen. Besonders anfällig für diese Krankheit sind erschöpfte und unterernährte Menschen, und sie verbreitet sich vorwiegend in Kriegszeiten (daher auch die Bezeichnung Kriegs-, Hunger- oder Läusetyphus). Schon kurz nach Beginn des Russlandkrieges, im Sommer 1941, war bei der Deutschen Wehrmacht eine Fleckfieberepidemie ausgebrochen. Von annähernd 10.000 Soldaten waren schon über 1.000 gestorben. Und das war angesichts der normalen Sterblichkeitsrate bei dieser Krankheit von etwa 30 % nur ein geringer Prozentsatz, der allein der deutschen Hygiene zu verdanken war (Pressac, S. 38). Unbehandelt sterben mehr als 50 % der Befallenen (Meyers Enzyklopädisches Lexikon). Erinnerungen an die Epidemien während des Rückzugs der napoleonischen Armee im Jahr 1812 versetzten den deutschen Generalstab in Angst und Schrecken. Doch die Schwierigkeiten lagen bei den sowjetischen Zivilisten und Kriegsgefangenen. Millionen von sowjetischen Kriegsgefangenen waren mit wenig Proviant und ohne sanitäre Vorkehrungen in ungeordneten Trupps auf die Straßen geschickt worden, von denen bald ein großer Teil wie die Fliegen sterben würden, von Hunger und Fleckfieber dahingerafft. Die Katastrophe war absehbar. Sie brach im Winter 1941 aus.

Um zu verhindern, dass sich solche und andere Epidemien, die nicht zu kontrollieren waren, ausbreiteten, mussten die Leichen mitsamt den Krankheitserregern zu Asche verbrannt werden. Auch wenn die Deutschen sich schon seit geraumer Zeit von der Läuseplage befreit hatten, war sie bei den Völkern des Ostens noch sehr weit verbreitet. Schon Ende 1939 war in Polen in bestimmten Teilen des Landes das Fleckfieber wieder ausgebrochen und so wurde im Januar 1940 vorgeschlagen, alte Kasernengebäude in Auschwitz als Quarantäne- und Durchgangslager zu benutzen. Tatsächlich hat Auschwitz zum Teil die Funktionen eines Durchgangslagers gehabt, denn ein großer Teil der Häftlinge, die in andere Lager eingewiesen wurden, kam über Auschwitz (Broszat, S. 98). Laut Enzyklopädie H (S. 1494) wurden in Auschwitz-Birkenau meist »Selektionen« bei den ankommenden Transporten durchgeführt und ein Teil der Menschen zur Arbeit oder zur Weiterleitung in andere Lager »aussortiert«, d. h., nicht registriert wurden Gefangene, die zur Arbeit in Konzentrationslager geschickt wurden, die nicht zum Lagersystem Auschwitz gehörten (Enzyklopädie H, S. 115). Dass Auschwitz ein Durchgangslager war, ergibt sich auch aus einer Stärkemeldung des Frauenlagers Birkenau vom 3. Oktober 1944, in der bei einer Gesamtstärke von 43.462 Frauen 17.202 »Durchgangs-Juden« als gesonderte Gruppe ausdrücklich genannt werden (Piper, S. 165). Nach Angaben bei Meyer (S. 637), der sich auf Danuta Czech stützt, wurden 720.000 Häftlinge nach Auschwitz-Birkenau gebracht. Davon wurden laut Czech 346.000 registriert und 374.000 nicht registriert. Da die Gesamtzahl der Registrierten 405.000 betrug, müssen weitere 59.000 nachträglich registriert worden sein, so dass 315.000 ohne Registriernummer verblieben. Es lebten auch Häftlinge ohne Registriernummer im Lager. Von den 720.000 wurden 225.000 in andere Lager überstellt. Für das Durchgangslager gab es einen eigenen Baukomplex (Pressac, S. 60).

Auf lange Sicht sollten Entlausungsanlagen in den Großstädten eingerichtet werden. Neben den 10.000 Fleckfieberfällen traten im Sommer 1941 auch 150.000 Typhusfälle auf, was schlimmste Befürchtungen hervorrief. Das deutsche Sanitätswesen war überlastet, die Militärärzte beklagten sich: die Entlausungsaktionen seien zu spät vorgenommen worden, die Impfungen ungenügend. In Berlin fanden im Dezember 1941 zwei Konferenzen zum Thema Fleckfieber statt (Pressac, S. 39 f.).

Ende Mai 1942 traten bei den Häftlingen von Auschwitz bereits zahlreiche Typhuserkrankungen auf und am 1. Juli 1942 wurde der erste Fall von Fleckfieber gemeldet. Dann brach die erste Fleckfieber-Epidemie aus, und wenn sie nicht mit drastischen Mitteln bekämpft worden wäre, hätte sie das gesamte Leben in der Region rund um Auschwitz gefährdet. Die SS-Ärzte wussten, dass die Gegend um Auschwitz ein Moorgebiet war und so hatten sie befürchtet, dass Sumpffieber (oder Malaria) auftreten würde, ausgelöst durch die vielen Mücken, die aus den Sümpfen kamen. Doch mit Fleckfieber hatten sie nicht gerechnet. Die Ärzte glaubten, dass vorbeugende Maßnahmen (Quarantäne und das Scheren der Haare) und die entsprechende Hygiene (lokale Desinfektion, Duschen) gleich bei der Ankunft der Häftlinge verhindern würden, dass sich diese Plage im Lager ausbreitete, und zwar, weil die Überträger der Krankheit, die Läuse, ausgemerzt worden wären. Die Läuseeier (Nissen) sind an den Haaren befestigt. Damit aus ihnen nicht wieder neue Läuse hervorkamen, war das Entfernen sämtlicher Körperhaare erforderlich. Das Entlausen der Kleidung durch Zyklon B dauerte nach den Richtlinien der Lieferfirma »Degesch« bei warmem Wetter sechs, sonst 16 und mehr Stunden (Wegner, S. 454), das Duschen vielleicht eine halbe Stunde. Damit die Häftlinge nicht viele Stunden nackt auf ihre Kleidung warten mussten, war es dringend erforderlich, sie mit (hygienisch reiner) Anstaltskleidung auszustatten.

Die persönlichen Sachen der Häftlinge wurden in der Effektenkammer in Kleidersäcken auf Bügeln hängend aufbewahrt (Stein, S. 63, Richardi, S. 263 f.). In diesem Zusammenhang war auch das Abgeben der Wertsachen erforderlich, damit diese nicht gestohlen werden konnten. Die Krankheit wurde jedoch von denjenigen übertragen, die einer solchen Behandlung nicht unterzogen worden waren, nämlich den Zivilisten, die tagtäglich mit den Häftlingen in Berührung kamen, denn für den Ausbau von Auschwitz wurden etwa eintausend Zivilarbeiter beschäftigt, die großteils in Holzbaracken auf dem Lagergelände untergebracht waren. Schon bald steckten sich die Häftlinge an und die Zahl der Todesfälle stieg rapide von zunächst 220 pro Monat auf monatlich über 4.000. Die sanitären Verhältnisse gerieten außer Kontrolle. Und immer noch trafen weitere Transporte ein (Pressac, S. 53 f.). Um der Krankheit Einhalt zu gebieten, musste der Überträger, die Laus, ausgemerzt werden. Alles musste dringlichst entlaust werden, die Effekten, die Baracken, die Gebäude, die Werkstätten. Um das Lager zu retten, benötigte man Tonnen von Zyklon B. Nur mit Hilfe der obersten Behörde gelang es schließlich, Ende Juli 1942 in zwei Sendungen etwa 5 t Zyklon B »zur Bekämpfung der auftretenden Seuche« und »zur Desinfizierung des Lagers« zu erhalten, nachdem im Juli 1940 erstmals die Unterkünfte der SS-Wachmannschaften durch Zyklon B von Ungeziefer befreit worden waren. Am 20. August waren diese Vorräte fast aufgebraucht, doch die Epidemie war noch nicht eingedämmt (Pressac, S. 57 f. und S. 149). Erst im September hatte die Epidemie ihren Höhepunkt erreicht und klang zum Oktober langsam ab (Pressac, S. 78). Die beiden nachfolgenden Epidemien 1943 verliefen schon wesentlich glimpflicher, da weitere Entlausungsanlagen beschafft wurden, was mit Brausen gekoppelt war (Pressac, S. 105). Ende des Sommers 1943 war die Gefahr einer Fleckfieber-Epidemie gebannt und es traten nur noch Einzelfälle auf (Pressac, S. 108). Die Beseitigung der wichtigsten Ursache für

die Sterblichkeit, das Fleckfieber, ist durch den Einsatz von leistungsfähigen Entlausungs- und Hygieneanlagen von Mitte 1943 bis Anfang 1944 und durch das Eintreffen von zwei Ultrakurzwellen-Entlausungsanlagen im Mai und Juni 1944 erfolgt (Pressac, S. 195).

6. Bekämpfung der Ursachen mit Blausäure

Es gab in fast allen Konzentrationslagern Anlagen, in denen die Kleidung der Häftlinge von Läusen befreit wurde. Dabei wurden ganz unterschiedliche Verfahren angewandt: Heißluft, Heißdampf, verschiedene Giftgase und gegen Kriegsende sogar Mikrowellen. Das seit dem 1. Weltkrieg wirksamste und weltweit am häufigsten verwandte Mittel zur Tötung von Läusen und anderem Ungeziefer war die Blausäure unter dem Handelsnamen Zyklon B (Cyclon B). Sie wurde zur Tötung aller möglichen Schädlinge wie Wanzen, Läuse, Kornkäfer, Termiten, Kakerlaken und andere Plagegeister benutzt (Entwesung).

Blausäure (Cyanwasserstoff) in gasförmiger und flüssiger Form ist eine farblose und unsichtbare, äußerst giftige Substanz, die durch Lunge, Magen oder Haut in den Organismus gelangen kann und besonders schnell durch die Schleimhaut aufgenommen wird. Die Resorption durch die Haut wird durch Schwitzen und stärkere Durchblutung erhöht. Von nicht tödlichen Blausäurevergiftungen erholen sich die Vergifteten auch ohne Behandlung vollständig, eine chronische Vergiftung ist nicht bekannt (Ullmanns Encyklopädie der technischen Chemie, Bd. 9, S. 655 und S. 670). Die Salze der Cyanwasserstoffsäure, die Cyanide, bilden in Verbindung mit Metallen, vor allem mit Eisen, unlösliche blaue Farbpigmente, »Eisenblau« oder auch »Berliner Blau« genannt (griech.: kyanos = blau). Das zunächst weißliche Produkt wird nach einer Alterung zum blauen Pigment oxidiert. Die Eisenblau-Pigmente sind hervorragend licht- und wetterecht. Sie sind gegen verdünnte Säuren sowie gegen Oxidationsmittel beständig. Eisenblau-Pigmente bluten nicht aus (Ullmanns Encyklopädie der technischen Chemie, Bd. 18, S. 623 ff.). Sie sind ein blaues, lichtechtes Pigment; der Farbton variiert je nach Herstellungsbedingungen und Teilchengröße (Römpp Chemie Lexikon).

Blausäure dringt wahllos in die kleinste Ritze ein, durchdringt sogar Filzdichtungen und dünne Wände und entweicht somit auch in Bereiche, wo sie nicht erwünscht ist (Rudolf Gutachten, S. 12 und S. 19 f.). Dieses Insektizid war seit 1924 in der Deutschen Wehrmacht in Gebrauch. Es wurde während des 2. Weltkriegs nicht nur in der Wehrmacht, sondern auch bei den Gesundheitsdienststellen benutzt, und da die Deutschen kein besseres Mittel kannten, auch zur Desinfektion in den Konzentrationslagern.

Die Wirkung der Blausäure beruht darauf, dass sie die Atmung jeder einzelnen Körperzelle lahmlegt. Der Sauerstoff kann nicht mehr vom Blut in die Zellen transportiert werden. Das Tier bzw. der Mensch erstickt quasi durch die Erstickung der lebenswichtigen Zellfunktionen. Insekten und besonders deren Eier sind gegen Blausäure wesentlich weniger empfindlich als Warmblüter. Das liegt zum einen an ihrem langsameren Stoffwechsel, zum anderen darin, dass sich Läuse bis in die kleinsten Ritzen verkriechen können. Es waren also stärkere Dosierungen erforderlich, damit das Gas in tödlicher Konzentration bis in die engsten Winkel und den letzten Kleidersaum eindringen konnte. Warmblüter sind dagegen nicht nur aufgrund ihrer Größe, sondern vor allem wegen ihrer Lungenatmung recht rasch den großen Konzentrationen des Gases ausgesetzt. Da die Aufnahme über die Haut besonders gefördert wird, wenn die Haut feucht ist, wird geraten, bei Umgang mit Blausäure darauf zu achten, dass man nicht schwitzt. Als Leichenbefund gilt allgemein u. a. die hellrote Färbung des Blutes wie der Totenflecken, bedingt durch die Sauerstoffübersättigung des Blutes, das den Sauerstoff nicht mehr an die Zellen abgeben kann. Nicht tödliche Mengen an Cyanid werden im Körper rasch unschädlich gemacht und ausgeschieden (Rudolf Gutachten, S. 120).

Laut Rudolf Gutachten (S. 20) war seit Jahrzehnten bekannt, dass es in jenen Gebäuden, wo dieses Zyklon B nachweislich zur Entlausung eingesetzt wurde, zu einer massiven fleckigen Blaufärbung derjenigen Wände gekommen ist, die der Blausäure ausgesetzt waren (siehe dazu auch die Ausführungen in Ullmanns Encyklopädie und im Römpp Chemie Lexikon). Bleibt das Mauerwerk bestehen, so bleibt auch das Eisenblau erhalten. Blausäure ist außerdem ein hartnäckiges Gift. Es setzt sich überall fest, insbesondere wenn die Umgebung feucht ist (Rudolf Gutachten 112 ff.).

7. Gaskammern und Gaswagen als Bekämpfungsmittel

a) Gaskammern

Kurt Gerstein, Diplomingenieur und Mediziner, bekannt geworden durch den Gerstein-Bericht, von dem es allerdings sechs verschiedene Versionen gibt (siehe Hoff, Faktenspiegel IV, S. 87 ff.), stellt seinem Bericht eine Art Lebenslauf voran, in dem es heißt:

> *Ich konstruierte fahrbare und ortsfeste Desinfektionsanlagen für die Truppe, für Gefangenenlager und Konzentrationslager. Hiermit hatte ich unverdientermaßen große Erfolge und wurde von da ab für eine Art technisches Genie gehalten. In der Tat gelang es wenigstens, die schreckliche Fleckfieberwelle von 1941 in den Lagern einigermaßen einzudämmen (Rothfels/Eschenburg, S. 187).*

In der von Joffroy (S. 329) veröffentlichten Version des Gerstein-Berichts heißt es:

> *... suchte ich mir selbst die Aufgabe, Desinfektionsapparate und Trinkwasserfilter für die Truppe, für Kriegsgefangenenlager und für Konzentrationslager zu bauen. Dank meiner Kenntnis der Industrie hatte ich dort bald Erfolg, wo meine Vorgänger keinen gehabt hatten. – Dadurch wurde es möglich, die Sterbeziffer der Gefangenen beträchtlich zu senken.*

Im Juli 1941 (Pressac, S. 151) wurde Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß auf einen Artikel »Fleckfieberverhütung durch das Zyklonverfahren« und auf einen Artikel des Direktors der

»Degesch« (ein Unternehmen, das Zyklon B produzierte) aufmerksam gemacht, in dem eine Entlausungsanlage zur Verwendung von Zyklon B beschrieben war, die aus acht kleinen Zellen zu je 10 cbm bestand, die nebeneinander angeordnet waren. Für jeden Durchlauf wurden 20 g Cyanwasserstoff je cbm empfohlen. Jede Zelle hatte zwei gasdichte Türen aus Metall oder Holz; eine diente dazu, die Sachen von der »unreinen Seite« her hineinzugeben, und die andere, um sie auf der »reinen Seite« wieder herauszunehmen. Dieser Artikel sollte als Anregung dienen für den Einbau einer geplanten Blausäure-Entlausungsanlage in die künftige Häftlingsaufnahme des Stammlagers (Pressac, S. 52). Am 30. Dezember liegt dann der Entwurf für eine Blausäure-Entlausungsanlage mit 19 Zellen zu je 10 cbm für die Häftlingsaufnahme des Stammlagers vor (Pressac, S. 153) und wird im Juli 1942 in Auftrag gegeben (Pressac, S. 114). Außer diesen Zellen schlug die Degesch Entlausungszellen von 50 cbm vor (ungefähr eine Fläche von 25 qm).

Kurz zuvor, im Mai 1942, war laut Pressac in Birkenau (Auschwitz II) der Umbau eines kleinen Gehöfts (Bunker 1) mit 90 qm Fläche in zwei Vergasungskammern erfolgt (Pressac, S. 154 f., Meyer, S. 632). Nicht weit von Bunker 1 lag ein kleines, weiß gekalktes Bauernhaus. In dieses »weiße Haus« mit einer Gesamtfläche von 105 qm (Bunker 2) werden ab Juni vier Gaskammern mit je ca. 25 qm Fläche und 50 cbm Rauminhalt eingebaut, wobei man sich an den Entlausungsanlagen der Firma Degesch orientierte (Pressac, S. 52 und S. 155). Insgesamt wurden in Auschwitz demnach 25 Entlausungs-Gaskammern gebaut. Da im Juni/Juli die erste Fleckfieberepidemie begann, wurde der Bau der neuen Gaskammern zur Kleiderentwesung dringend erforderlich.

Womöglich einer der faszinierendsten Aspekte des Konzentrationslagers Auschwitz ist die Installation einer stationären

Kurzwellenentwesungsanlage, dem weltweit ersten technischen Vorläufer der heute allgemein verwendeten Mikrowellenöfen. Da mit fortschreitendem Krieg die in der Rüstungsindustrie eingesetzten Häftlinge in den Konzentrationslagern besonders wertvoll waren, entschied sich die Reichsführung, die ersten Kurzwellen-Entlausungsanlagen nicht an der Front zur Entwesung von Soldatenkleidern einzusetzen, sondern stattdessen im größten Arbeitslagerkomplex, in Auschwitz. Die im Mai und Juni 1944 eingesetzten Anlagen (eine stationäre im Stammlager Auschwitz und eine fahrbare in Auschwitz-Birkenau) erwiesen sich dann tatsächlich als revolutionär, effektiv, schnell und billig: Die angefeuchteten Effekten wurden auf ein Förderband gelegt und kamen wenige Sekunden später völlig ungeziefer- und keimfrei heraus. Die Tagesleistung dieser Anlage wurde mit 13.000 bis 15.000 Kleidungsstücken angegeben. Im Zusammenhang mit der Entlausung der Kleidungsstücke war jedes Mal das Waschen der Häftlinge unabdingbar (Pressac, S. 106 f. und S. 167, Rudolf Gutachten, S. 46 f.). Die neue Kurzwellen-Entlausungsanlage ersetzte vier der neunzehn Zellen der mit Zyklon B betriebenen Entlausungsanlage. Für ein zweites Gerät sollten weitere vier Zellen der Zyklon B-Gaskammern verschwinden (Pressac, S. 107, S. 113 und S. 160).

In der Holocaust-Literatur – beispielhaft sei die Enzyklopädie des Holocaust angeführt – wird behauptet, es habe spezielle Vernichtungslager gegeben, in denen Millionen von Juden in Gaskammern vernichtet worden seien. Laut Enzyklopädie des Holocaust (S. 1494 ff.) begann die systematische Ermordung der Juden beim Einmarsch der Deutschen Wehrmacht im Juni 1941 in die Sowjetunion. Da sich Erschießungen als zu wenig effektiv erwiesen, wurden die Juden in eigens dafür errichtete Vernichtungslager im besetzten Polen deportiert: Belzec, Sobibor, Treblinka und Majdanek (im Generalgouvernement) sowie Chelmno im Warthegau. Den dorthin deportierten

Juden wurde gesagt, sie kämen in Arbeitslager im Osten, und bei der Ankunft im Vernichtungslager teilte man ihnen mit, dass es sich hier um Durchgangslager oder Arbeitslager handle und dass sie duschen müssten, während die Kleidung desinfiziert würde. Dann wurden sie in die Gaskammern geführt, die wie Duschen und Desinfektionsräume aussahen. Der eigentliche Mordvorgang (mit Dieselabgas) dauerte 15 bis 30 Minuten.

Das Lager Belzec hatte demnach in der ersten Phase drei Gaskammern, jede vier mal acht Meter groß. Das Gas wurde durch Röhren in die Kammern gepumpt. Im Verlauf der ersten »Erprobung«

> *wurde außerhalb ein Dieselmotor von 250 PS installiert, um das Kohlenmonoxyd zu erzeugen und in die Röhren zu pumpen. Diese Methode wurde beibehalten, solange das Lager existierte (Enzyklopädie H, S. 176).*

Nach mehreren Versuchen mit Kohlenmonoxyd in Gasflaschen und mit Motorabgasen entschied man sich in Belzec für letztere Methode (Enzyklopädie H, S. 504).
In der Enzyklopädie N (S. 394) heißt es dazu:

> *... und als Duschräume getarnte Gaskammern getrieben, in welche Abgase eines Dieselmotors geleitet wurden. Die an Kohlenmonoxyd erstickten Opfer ...*

Für Treblinka wird Folgendes angegeben:

> *Hier befand sich ein Backsteingebäude mit drei Gaskammern von je vier mal vier Metern Größe. In einem anschließenden Schuppen stand ein Dieselmotor, der das Kohlenmonoxyd für die Kammern pro-*

duzierte. Das Gas wurde über Röhren an den Decken in die Gaskammern eingeführt ... Jede der Gaskammern hatte eine zweite Tür, durch die die Leichen entfernt wurden (Enzyklopädie H, S. 1428).

Die drei Gaskammern von Treblinka konnten hermetisch abgeschlossen werden, was bei den zwei anderen Vernichtungslagern nicht der Fall war (Enzyklopädie H, S. 505). Auch die Gaskammern von Sobibor befanden sich laut Angabe in einem Backsteinbau:

Jede Kammer war quadratisch, maß 16 Quadratmeter und fasste 160 bis 180 Personen. Man betrat die Kammern über eine Plattform auf der Vorderseite des Backsteinhauses. Jede Gaskammer hatte einen zweiten Ausgang, durch den die Leichen weggeschafft wurden. Das tödliche Kohlenmonoxyd wurde von einem 200 PS-Motor in einem angebauten Schuppen erzeugt (Enzyklopädie H, S. 1330f.).

Die hier beschriebenen Gaskammern entsprechen von ihrer Größe und mit den zwei Türen den Entlausungs-Gaskammern der Degesch. Während in Belzec und Treblinka ausdrücklich Kohlenmonoxyd aus Dieselmotoren genannt wird, erfolgt bei Sobibor keine genaue Angabe. Jedoch wird an anderer Stelle klargestellt: Belzec, Sobibor und Treblinka:

Diese Vernichtungslager benutzten Kohlenmonoxydgas, das durch Dieselmotoren erzeugt wurde (Enzyklopädie H, S. 1496).

Und Enzyklopädie N (S. 734) gibt für Sobibor an:

... wurden die Juden gruppenweise in die mit kohlenmonoxydhaltigen Abgasen eines Dieselmotors betrie-

benen, jedoch als Duschen getarnten Gaskammern getrieben.

In Zusammenhang mit den Vergasungen durch Zyklon B in Auschwitz heißt es noch einmal:

Zyklon B erwies sich gegenüber dem Dieselauspuffgas, das in den Vernichtungslagern im Generalgouvernement benutzt worden war, als effizienter (Enzyklopädie H, S. 505).

Auch im Gerstein-Bericht wurden mehrfach klar und deutlich Dieselabgase als Tötungsmittel genannt. Nur – Dieselabgase enthalten fast kein Kohlenmonoxyd und sind nahezu ungiftig (siehe dazu Hoff, Faktenspiegel IV, S. 91 ff.). Die Vernichtung mit Dieselabgasen ist, da sie fast kein Gift enthalten, technisch nicht möglich, d. h., die vielfache Darstellung über die Vergiftung mit Dieselabgasen kann nicht stimmen. In Lublin-Majdanek, dem Lager, das nie über seinen provisorischen Zustand hinausgelangte, begannen laut Angabe die Vergasungen im September 1942. Zunächst wurde Kohlenmonoxyd aus Flaschen verwendet, ab Frühjahr 1943 jedoch Zyklon B (Enzyklopädie H, S. 505). In Chelmno erfolgten ab 8. Dezember 1941 Tötungen in drei Gaswagen (Enzyklopädie H, S. 281).

Während die beiden Enzyklopädien klare Angaben machen, sind in der übrigen Holocaust-Literatur in der Regel nur verschwommene Darstellungen zu finden. Bei Kogon/Langbein/Rückerl (S. 154) wird in Belzec zunächst probeweise mit Gas aus Kohlenmonoxyd-Flaschen vergast, später auf der Grundlage von Benzin und Dieselkraftstoff vernichtet, und zwar durch eine »Gasmaschine« (S. 183). In Treblinka ist es eine »Maschine zur Gaserzeugung« (S. 184) ohne Angaben über die Maschine oder das erzeugte Gas. In Sobibor wird ein russischer

200-PS-Benzinmotor eingesetzt (S. 158), was aber allen übrigen Angaben widerspricht. Laut Brockhaus Enzyklopädie sind es in Belzec und Treblinka Motorabgase, und in Sobibor wird in Gaskammern ermordet. Jede exakte Angabe über die Kammern oder die Art der Gase wird peinlich vermieden, so dass niemand den Wahrheitsgehalt nachprüfen kann.

Pauschal und allgemein werden von Kogon/Langbein/Rückerl als Tötungsgase Kohlenmonoxyd und Zyklon B genannt, ohne anzugeben, welches Gas wann und wo angewendet wurde. Das Kohlenmonoxid kam aus Stahlflaschen (S. 154 und S. 242), denn man lagert und transportiert es unter starkem Druck verdichtet in Stahlflaschen, die mit einem festen Schraubhahn versehen sind (S. 281). Laut Ullmanns Encyklopädie der technischen Chemie (Bd. 14, S. 588) wird der weitaus größte Teil des Kohlenoxids am Ort der Erzeugung weiterverarbeitet und durch Rohrleitungen transportiert. Zur örtlichen Zwischenlagerung (Puffervolumen) sind drucklose Gasometer geeignet.

b) Gaswagen

Die nach eigenen Angaben von Gerstein entwickelten fahrbaren Desinfektionsanlagen waren für motorisierte Truppen, die u. U. schnell ihren Standort wechseln mussten, ungemein wichtig. Bewegliche Gaskammern, die alle Bewegungen der Truppen mitmachen konnten, bedeuteten die Rettung für manchen Soldaten. Da Gerstein erst 1941 in die SS eingetreten war und die Zeit drängte, wurden in der Eile vermutlich alle möglichen Fahrzeuge als Gaswagen umgerüstet. Diese Wagen (Sonder-Wagen, Sonderfahrzeuge, Spezialwagen, S-Wagen) tauchten Ende November/Anfang Dezember 1941 auf (Beer, S. 417), was mit Gersteins Angaben übereinstimmen dürfte. So bestätigt am 11. April 1942 ein SS-Gruppenführer, einen »Entlausungswagen« erhalten zu haben (Weckert, Gaswagen,

S. 211, Beer, S. 403). Geeignet waren alle Fahrzeuge mit einem geschlossenen festen Kastenaufbau, z. B. Möbelwagen. Außerdem gab es »Bekleidungs-Entgiftungs-Kraftwagen«, die normalerweise den Nebeltruppen zur Verfügung standen. Sie dienten der Entseuchung von durch Giftgas verseuchter Kleidung. Es ist nicht auszuschließen, dass Sonderfahrzeuge verschiedener Art zu Desinfektionszwecken gedient haben. Laut Darstellungen bei Kogon/Langbein/Rückerl (S.108 f.) waren es 1. graue Lastwagen (Wehrmachtsgrau?) mit einem »Postwagen«-ähnlichen Aufbau, 2. ein völlig dunkelgrau gestrichenes Riesenauto, 3. ein Gaswagen, der aussah wie ein Möbelwagen.

Nach den Angaben sowjetischer Offiziere wurden schon in den 30er Jahren in der Sowjetunion »Mordwagen«, in denen die Insassen durch das Einleiten der Auspuffgase vergiftet wurden, eingesetzt. Dazu passt auch die Tatsache, dass von »Todeswagen« oder »Mordwagen« zuerst auf sowjetischer Seite gesprochen wurde (Weckert, Gaswagen, S. 195). Stalins Propaganda lastete die in der Sowjetunion praktizierte Methode einfach den Deutschen an. Da es vor dem Krieg in der Sowjetunion nur Lastwagen mit Benzinmotoren gab – mit denen Vergasungen leicht möglich waren – und Dieselmotoren sich in Deutschland weit verbreitet hatten, bot es sich geradezu an, in der antideutschen Propaganda Dieselmotoren als Mordwerkzeuge zu behaupten, denn Dieselmotoren waren »deutsch« (Berg, S. 342). So gab es nach dem Krieg eine Unmenge von Zeugenaussagen dafür, dass die Deutschen ihre Opfer mit Dieselabgasen vergiftet hätten, und zwar in der Weise, dass die überaus giftigen Abgase der Dieselmotoren in das Wageninnere zu den dort Eingeschlossenen geleitet wurden.

Merkwürdig ist, dass alle Zeugen darauf eingeschworen wurden, Dieselabgase als Tötungsmittel anzugeben. Durften sie von der einmal gegebenen Direktive, Dieselabgas sei's gewe-

sen, nicht mehr abweichen? Für Kommunisten zumindest war es lebensgefährlich, von Stalins Linie abzuweichen. Aber die Instruktoren aus dem Westen? Waren sie so sehr technische Laien und so von sich überzeugt, dass sie sich nicht einmal die Mühe machten, den wirklichen Sachverhalt zu ergründen? Es erhebt sich die Frage, warum das nahezu ungiftige Dieselabgas von ihnen als Mordmittel bezeichnet wurde. Der Grund dürfte im Geruch der Dieselabgase liegen. Der für den Diesel bekannte Geruch bzw. Gestank wird durch analytisch schwer bestimmbare Kohlenwasserstoffe und Aldehyde hervorgerufen. Die Empfindlichkeit der menschlichen Nase für diese Stoffe ist extrem hoch und steht in keinem Verhältnis zu den tatsächlich vorhandenen Mengen (Berg, S. 333). Sachunkundige können daher schnell zu dem (Fehl)-Schluss kommen: Es stinkt, also ist es gefährlich, sogar so gefährlich, dass schon – wie z. B. auch im Gerstein-Bericht dargestellt – in weniger als einer halben Stunde der Tod eintritt.

Im 2. Weltkrieg benutzten viele europäische Länder Kraftfahrzeuge mit festen Brennstoffen wie Holz, Koks und Kohle. Ein spezieller Generator wandelte die festen Brennstoffe in ein hoch konzentriertes Giftgas um, das dann im Motor verbrannt wurde. Diese »Generatorgaswagen« oder einfach »Gaswagen«, und wenn sie mit Holz fuhren, auch »Holzgaswagen« (Holzvergaser) genannt, erforderten besondere Sicherheitsmaßnahmen und für den Fahrer besondere Führerscheinübungen und -prüfungen. Im Jahr 1941 waren etwa 150.000 Generatorfahrzeuge in Betrieb, bei Kriegsende waren es etwa 500.000 (Berg, S. 339).

Zusätzlich zu den Generatorfahrzeugen besaßen die Deutschen auch die weltweit fortschrittlichste Kohlevergasungstechnologie. Einer der ersten Schritte bei der Kohlevergasung war die Erzeugung des hochgiftigen Kohlenmonoxids. Kohlevergasungsfabriken wurden in jeder deutschen Industrieregion

errichtet, vor allem in Schlesien, wo es reiche Kohlevorkommen gab. Eine dieser schlesischen Anlagen war die Fabrik der I.G. Farben bei Auschwitz. Ein geringer Teil des dort erzeugten Kohlenmonoxids hätte leicht über eine kleine Leitung nach Auschwitz-Birkenau, wenige Kilometer entfernt, abgezweigt werden können. Wenn schon geplant war, mit Kohlenmonoxid massenhaft zu morden, so hätte man mit aller Wahrscheinlichkeit Fahrzeuge der Gasgeneratortechnologie dazu verwendet. Viele hunderttausend Holzgaswagen standen jederzeit zur Verfügung (Berg, S. 342 ff.).

Erstaunlich ist die Version mit Kohlenmonoxid in Stahlflaschen, ohne dass angegeben wird, wo es hergestellt wurde und auf welchen Wegen man es in den fernen Osten Polens transportierte. Auf S. 281 von Kogon/Langbein/Rückerl wird dazu noch erklärt: »Da Kohlenmonoxid in dieser Form in der Industrie kaum Anwendung findet, wird es auch nicht in großem Umfang produziert; sein Preis ist deshalb verhältnismäßig hoch«. Folglich suchte man nach einem weniger aufwändigen Verfahren und verwandte Blausäure. Auf die Idee, stattdessen einen der vielen zigtausend vorhandenen Holzvergaser zu nehmen und mit Holz aus den umliegenden Wäldern nahezu kostenlos jede beliebige Menge hochgiftigen Gases an Ort und Stelle zu erzeugen, ist kein SS-Chemiker gekommen?

8. Kriegsende und Befreiung der Lager

Spätestens ab Ende 1944 hatte die amerikanische Luftwaffe die absolute Luftherrschaft über Deutschland. Im Zuge der rücksichtslosen und gnadenlosen Kriegsführung der Amerikaner sollte diese Luftwaffe in den letzten Monaten des Krieges jede Bewegung in Deutschland unmöglich machen, d. h. die totale Verkehrslähmung herbeiführen. So schossen amerikanische Piloten auf alles, was sich bewegte, selbst auf Fußgänger, Radfahrer, pflügende Bauern usw. Ende 1944 drangen die amerikanischen und russischen Truppen immer weiter nach Deutschland vor. In großer Eile und überstürzt wurden viele Zehntausende von Häftlingen aus frontnahen Lagern ins Landesinnere gebracht; in Eisenbahnzügen und, soweit dies nicht möglich war, auch in Fußmärschen. In all diesen Lagern verschärfte sich im Laufe des Winters 1944/45 die Situation durch ständig eintreffende Häftlingstransporte aus den frontnahen Gebieten. Im Januar 1945 waren als Erstes die Häftlinge von Auschwitz nach Westen in Marsch gesetzt worden. Zu Tode erschöpfte Menschen, die tage- und manchmal wochenlange Fußmärsche hinter sich hatten oder, in Eisenbahnwaggons gepfercht, Kälte, Hunger und Krankheiten ausgeliefert waren, schleppten sich in die Lager. Sie brachten die im Osten grassierenden Krankheiten mit: Fleckfieber und Typhus.

Buchenwald erhielt nach der Räumung der Lager Auschwitz und Groß-Rosen Anfang 1945 mehr als zehntausend erschöpfter und entkräfteter Menschen, zum großen Teil Juden. Dadurch wurden jüdische Häftlinge zur größten Häftlingsgruppe in Buchenwald (Stein, S. 165 ff. und S. 224). Im Quarantänebereich vor dem Desinfektionsgebäude lagerten von Mitte Januar bis April 1945 ständig Massen von Menschen im Freien, zwischen ihnen Schwerkranke und Tote. Halb verdurstet und ausgehungert stürzten sie sich auf die Essenkessel.

Man stopfte die Neuankömmlinge zunächst ins Quarantänelager, das »Kleine Lager«, das schon vorher zu einem Elendsquartier geworden war. Befanden sich Anfang Januar 1945 im »Kleinen Lager« noch 6.000 Häftlinge, so stieg diese Zahl bis 5. April auf 17.100 an. Hunger, Schmutz, verzweifelte Kämpfe ums Überleben und ansteckende Krankheiten beherrschten das Elendsviertel der Buchenwalder Barackenstadt. Das »Kleine Lager« wurde zum Sterbe- und Siechenlager. Ein Massensterben setzte ein, dem in weniger als hundert Tagen 14.000 Menschen zum Opfer fielen (Stein, S. 224, Stein, S. u. H., S. 65). Von den Amerikanern am 11. April 1945 als erstes Konzentrationslager befreit, in dem das Bild des im Chaos versinkenden, überfüllten Massenlagers mit seinen Folgen allgegenwärtig war, stand Buchenwald im Mittelpunkt der westeuropäischen und amerikanischen Berichterstattung. Die Fotos vom »Kleinen Lager«, von den ausgemergelten Gestalten, vom Leichenberg im Krematorium, von medizinischen Präparaten, gegerbter Menschenhaut und Schrumpfköpfen bestimmten ganz wesentlich die erste Wahrnehmung (Stein, S. 242). Anmerkung: Die gegerbte Menschenhaut wurde nie gefunden bzw. war Ziegenhaut, und der Schrumpfkopf hatte eine Inventarnummer. Er stammte aus einem wissenschaftlichen Institut für Altertumskunde.

Nach »Dora« kamen die ersten Juden Ende Mai/Mitte Juni 1944. Als Folge der zusammenbrechenden Ostfront trafen dann ab 28. Januar 1945 ein knappes Dutzend Evakuierungstransporte aus dem Osten ein. Der erste mit 4.500 fast ausschließlich jüdischen Häftlingen kam aus verschiedenen Auschwitzer Lagern. Im Februar 1945 kamen mit acht Transporten 11.367 Häftlinge, davon etwa die Hälfte Juden, aus dem Lagerkomplex Groß-Rosen. Nicht nur die Winterkälte machte den Häftlingen zu schaffen. Ganz allgemein hatten sich ihre Lebensbedingungen seit Beginn des Winters 1944/45 dramatisch verschlechtert. Bedingt durch die Zerstörung der

Verkehrswege, war die ohnehin schon kritische Versorgung zusammengebrochen. So erreichten viele das Lager »Dora« nur noch als Leichen, todkrank oder zum Skelett abgemagert. Die Leichen wurden an verschiedenen Plätzen im Lager aufgestapelt, da die Kapazität des Krematoriums nicht ausreichte, sie umgehend zu verbrennen. Schwerkranke kamen vor allem in die Boelcke-Kaserne (Neander, S. 73 und S. 130 ff.), wo viele von ihnen wenig später den englischen Bombenangriffen zum Opfer gefallen sein dürften, deren Bilder dann als Beweis für deutsche Barbarei dienten.

An dieser Stelle sei auch auf die Tragödie der »Häftlingsflotte« in der Lübecker Bucht eingegangen (entnommen aus Lange, S. 68 ff. und Schön, S. 206 ff.).

Am 3. Mai 1945 liegen vor Neustadt in Holstein drei Schiffe, der frühere Luxusdampfer CAP ARCONA sowie die beiden Frachter THIELBEK und ATHEN. An Bord der drei Schiffe befinden sich weit über 9.000 KZ-Häftlinge (u. a. auch aus Nebenlagern von Auschwitz) sowie deren Wachmannschaften und die Schiffsbesatzungen, zusammen 10.540 Menschen. Während die Kapitulationsverhandlungen laufen und Deutschlands Kapitulation in Kürze bevorsteht, rüsten sich im norddeutschen Raum englische Jagdbomberpiloten mit neuartigen Raketen zum Angriff. Ihr Befehl lautet, deutsche Schiffe auf der Ostsee, nach Norden ziehende Truppen und Flüchtlingstrecks anzugreifen und zu vernichten. »Schiffe versenken – Menschen vernichten« war das letzte große Kriegsziel der RAF an diesem 3. Mai 1945. In der Bucht vor Neustadt finden sie Schiffe. Als erstes Angriffsziel wird der ehemalige Luxusdampfer DEUTSCHLAND ausgewählt, durch das Rotkreuz-Zeichen als Lazarettschiff gekennzeichnet. Um 12.00 Uhr mittags erfolgt der erste Angriff, jedoch beendet der englische Staffelkapitän nach den ersten Schüssen sofort das Manöver, als er das Lazarettschiff als solches erkennt. Auf der CAP

ARCONA werden daraufhin vorsorglich weiße Bettlaken an Oberdeck ausgebreitet, aus zahllosen Bullaugen hängen weiße Tücher. Die THIELBEK hat zwei weiße Fahnen gehisst. Um 14.30 Uhr erfolgt der nächste Angriff. Beide Schiffe werden von 40 bzw. 32 Raketen getroffen und stehen sofort in hellen Flammen. Zahllosen Häftlingen in den tiefen Schiffsbäuchen schneidet das Feuer den Fluchtweg ab. Sie verbrennen im Schiffsinneren bei lebendigem Leib. Nach den Raketen greifen die Flugzeuge mit ihren Bordkanonen an. Geschossgarbe um Geschossgarbe mäht die, die dem Feuer entkommen konnten, nieder. Die Geschosse durchsieben auch die Rettungsboote und machen sie unbrauchbar. Der Frachter ATHEN hisst nach einigen leichten Treffern die weiße Fahne. Besatzung, Wachmannschaften und Häftlinge quellen heraus. Draußen erwarten sie die Geschossgarben der englischen Jagdbomber. Es gibt kein Erbarmen, weder für die Häftlinge noch für die anderen. Da die Rettungsboote zerstört sind, müssen die Überlebenden versuchen, schwimmend das Ufer zu erreichen. Auf die hilflos im Wasser Treibenden prasselt ein Geschosshagel nieder. Wer nicht erschossen oder verwundet wird, hat im 6–8° C kalten Wasser, vier Kilometer von der Küste entfernt, fast keine Chance, das Ufer zu erreichen. Am Kai bzw. im Hafen befinden sich weitere 2.000 Häftlinge. Sie werden zwischendurch mit Bordwaffengeschossen belegt und viele von ihnen sterben.

Um 15.55 Uhr, fast genau vier Stunden nachdem der englische Staffelkapitän erkannt hatte, dass die DEUTSCHLAND ein Lazarettschiff ist, wird auch sie nicht mehr verschont, obwohl sie inzwischen zusätzlich noch eine weiße Fahne gehisst hat. Das Lazarettschiff steht bald in hellen Flammen und brennt völlig aus. Außer wenigen Besatzungsmitgliedern befand sich jedoch niemand mehr an Bord.

Resultat: Von den 5.519 Menschen an Bord der CAP ARCONA werden 450 gerettet, von den 2.919 auf der THIELBEK sind es 50. Der britische Fliegerangriff auf die »Häftlingsflotte« mit anschließendem Massaker an den Häftlingen (sowohl im Wasser als auch an Land) hat eine Katastrophe ausgelöst, die in der Geschichte der Seefahrt ohne Beispiel ist. Mit 72 Raketen und den Geschossgarben ihrer Bordkanonen haben die englischen Piloten fast 10.000 Menschen (davon mehr als 9.000 Häftlinge) getötet, eine der grauenhaftesten und sinnlosesten Tragödien (Schön, S. 209 und S. 217), besonders sinnlos auch deshalb, weil schon am nächsten Tag, dem 4. Mai, im Norden eine deutsche Teilkapitulation erfolgte. Die Häftlinge wären frei gewesen.

Tausende von Häftlingsleichen trieben in den nächsten Tagen an die Strände der Lübecker Bucht und Umgebung. Englische Kameraleute dürften die Leichenberge, die Massengräber usw. ausgiebig gefilmt und fotografiert haben und schon konnte man der Welt weitere Beweise für deutsche Brutalität und Unmenschlichkeit zeigen.

In Dachau erhielt kein Kranker Zutritt zum Revier, der nicht vorher im Baderaum geduscht hatte und mit Kresol behandelt worden war. Diese Hygiene wurde mit »unerbittlicher Strenge« gehandhabt, bis jede Ordnung im Chaos versank (Richardi, S. 285). Das Drama begann mit dem Ausbruch einer Fleckfieber-Epidemie, der bereits im Januar 1945 an die 3.000 Häftlinge zum Opfer fielen. Für die Neuankömmlinge gab es keine angemessene Versorgung mehr. Ihr Eintreffen verschlechterte die ohnehin zu dieser Zeit schon katastrophalen Verhältnisse zusätzlich und ließ die Todesziffern noch weiter steigen (Distel, S. 4, Richardi, S. 162). So wurden die letzten Monate im Lager Dachau, wie in anderen Lagern auch, zur Katastrophe. Dachau war durch die ständigen Evakuierungstransporte aus den frontnahen Gebieten bei weitem überlegt.

Viele Ankommende trafen meist zu Tode erschöpft, unterernährt und ohne jede Widerstandskraft ein. Die hygienischen Verhältnisse und die Ernährungslage waren katastrophal. Nach dem Ausbruch der Fleckfieber-Epidemie starben an Krankheit und Unterernährung in den folgenden Monaten 15.000 Menschen. Die Verbrennung aller Leichen war nicht mehr möglich. So wurden die Verstorbenen in der Totenkammer und in der Umgebung des Krematoriums gestapelt. Rund 3.500 Leichen befanden sich noch im Krematoriumsbereich, als die Amerikaner eintrafen (Zarusky, S. 31, Richardi, S. 301).

Schlimm erging es auch einem Eisenbahntransport nach Dachau, der am 7. April 1945 aus Buchenwald abgegangen war. Die Fahrzeit des Zuges war mit 24 Stunden veranschlagt worden, entsprechend waren die Nahrungsmittelrationen bemessen. Tatsächlich war der Zug 21 Tage unterwegs. In dieser Zeit konnte die SS-Begleitmannschaft nur zweimal unzureichende Verpflegung beschaffen. Der Zug traf in der Nacht vom 27. auf den 28. April in Dachau ein. Etwa 800 Überlebende wurden ins Lager gebracht, mehr als 2.300 Leichen blieben in den Eisenbahnwaggons liegen, da sich die Häftlinge geweigert hatten, einem SS-Befehl zu gehorchen und die Leichen abzuladen (Zarusky, S. 33). Am nächsten Tag, dem 29. April 1945, erreichten die amerikanischen Truppen das Lager Dachau.

Die fürchterlichen Bedingungen, welche die Amerikaner in Dachau vorfanden, waren eigentlich das Ergebnis des schnellen amerikanischen und russischen Vormarsches an allen Fronten. Die durch die Bombardierungen in den letzten Kriegsmonaten herbeigeführten chaotischen Zustände des Eisenbahnnetzes hatten die wochenlangen Verspätungen zur Folge, so dass die menschliche Fracht vor Hunger, Durst und Erschöpfung starb. In diesem Zustand fanden die Amerikaner das Lager Dachau und metzelten als Erstes die Wachmannschaften nieder. Die SS-Männer im Torgebäude und in den Wachtürmen wurden

von den Amerikanern heruntergeholt und niedergeschossen. »Wir hörten die Schüsse – und wir sahen sie fallen« (Richardi, S. 160). Außerdem stellten sie eine große Anzahl des Dachauer Personals an die Wand und erschossen sie mit dem Maschinengewehr, obwohl sich das Personal mit der weißen Fahne ergeben hatte. Insgesamt sollen 584 Personen von den Amerikanern exekutiert worden sein (Halow, S. 48 f.). Nach anderen Angaben wurden 480 Deutsche von US-Soldaten erschossen, weitere 40 fielen Racheakten von Häftlingen zum Opfer (Zarusky, S. 29).

Viele Häftlinge, die den Amerikanern mit ungläubigen Augen entgegenliefen, waren beinahe so mager wie die Toten. Man bestätigte mir aber, dass es Zehntausende anderer Häftlinge gab, die in weit besserem, fast robustem Zustand waren, im Gegensatz zu den in der Öffentlichkeit verbreiteten Fotos, die von amerikanischen Kameraleuten aufgenommen worden waren (Halow, S. 48). Die Film- und Fotoaufnahmen illustrierten, dass sich das Lager Dachau am Ende nicht mehr unterschieden hat von den anderen Orten des Massensterbens. Es gibt aber auch zahllose Fotos – selbst aus der Zeit des Zusammenbruchs und des Kriegsendes –, die gut genährte und gesunde Häftlinge zeigen. Die SS-Bürokratie ist im Laufe des Frühjahrs 1945 zusammengebrochen (Distel, S. 3). Erst damit begann das Chaos.

Der rasche Anstieg der Todesfälle im Jahr 1945 war eine Folge der Überfüllung und der Seuchen, aber nicht der Versuch einer »Menschenvernichtung«. Die nach Kriegsende gezeigten leidvollen Bilder waren atypisch, was die allgemeine Beurteilung jener Zeit betrifft. Schlecht gekleidet, unzureichend ernährt und virusträchtigen Epidemien ausgesetzt, starben die Häftlinge während der letzten Kriegsmonate in erschreckend großer Zahl (Halow, S. 141).

Von den über 50.000 Toten im Lager Bergen-Belsen starben 2.100 in den Jahren 1943 und 1944, etwa 7.000 im Januar und Februar 1945 und die übrigen mehr als 40.000 in den Monaten März und April 1945. Sie verhungerten und verdursteten, nachdem amerikanische Bomben die Lebensmittel- und Medikamentenversorgung zerstört und die Wasserversorgung außer Funktion gesetzt hatten. Hinzu kamen Fleckfieber und andere Seuchen, die sich zu einer riesigen Epidemie bei den halb verhungerten Lagerinsassen ohne Medikamentenversorgung entwickeln konnten (siehe dazu auch Hoff, Faktenspiegel III, S. 173 ff.). Bei der Räumung des Lagers Auschwitz am 18. und 19. Januar 1945 griffen am 19. Januar alliierte Bomber an. Eine Folge dieses Bombenangriffs war, dass die 850 zurückgelassenen Kranken von da an ohne Wasser und ohne Strom waren. Im Lauf der folgenden 10 Tage starben 200 von ihnen (Gilbert, S. 393).



VI. Die Beweislage zur Vergasung von Menschen in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern

1. Zeugenaussagen und Nachkriegsprozesse

a) Die Art der Beschaffung von Zeugenaussagen

Wie bei Hoff, Faktenspiegel IV, S. 67 ff. dargestellt, litten die alliierten Ankläger beim Nürnberger Prozess und den diversen anderen Prozessen daran, dass sie in den deutschen Akten so gut wie kein Material zur Stützung ihrer Thesen vom deutschen Angriffskrieg, deutschen Kriegsverbrechen usw. fanden. Also schufen sie sich durch Dokumentenfälschungen und Urkundenfälschungen ihr Beweismaterial selbst. Außerdem wurden Tausende von Deutschen durch alle Arten von Bedrohungen dazu gezwungen, von den Vernehmern ausgearbeitete und ihnen vorgelegte eidesstattliche Erklärungen (Affidavits) zur Belastung ihrer Kollegen oder früheren Vorgesetzten zu unterschreiben. Weigerte sich jemand beharrlich, falsche Erklärungen abzugeben, schreckten die Vernehmer auch vor Folterungen der schlimmsten Art nicht zurück.

Die Aussage des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß liegt laut IMT, Bd. XI, S. 461 nur in englischer Sprache vor. Höß wurde durch Hunger, Alkohol und Peitschenhiebe so lange »behandelt«, bis er das ihm von seinem englischen Vernehmer in fremder Sprache vorgelegte »Dokument« unterschrieb. Er selbst sagte dazu: »Was in dem Protokoll drinsteht, weiß ich nicht, obwohl ich es unterschrieben habe. Aber Alkohol und Peitsche waren auch für mich zu viel« (Höß, S. 149). Seine im Gefängnis von Krakau gemachten Aufzeichnungen sind teil-

weise unleserlich, teils sind Worte oder halbe Sätze verstümmelt (Höß, S. 173). Dies lässt vermuten, dass er auch von den Polen durch Folterung zu seinen »Geständnissen« gezwungen wurde und er als Folge der Folterungen nicht mehr in der Lage war, den Schreibstift richtig zu führen. Auch die Niederschrift von Krakau dürfte daher wenig mit der Wahrheit zu tun haben. Die Unzuverlässigkeit Höß'scher Millionenzahlen ist so gravierend, dass Broszat sie bei der Herausgabe der Höß-Papiere einfach fortgelassen hat (Höß, S. 172, Meyer, S. 640). Aus allen Untersuchungen wissen wir, dass die Zahl der Auschwitztoten weit unter einer Million lag (die genaue Zahl sei im Moment dahingestellt). Durch Folter wurde Höß jedoch zu der Falschaussage gezwungen, in Auschwitz 3,0 Millionen Opfer durch Vergasung und Verbrennen umgebracht zu haben. Eine weitere halbe Million starb durch Hunger und Krankheit. Höß' Geständnis ist von aufgezwungenen und freiwilligen Irrtümern gespickt (Pressac, S. 173). Er kann nicht als verlässlicher Zeuge in Bezug auf Daten und Zahlen angesehen werden (Pressac, S. 136).

Ein weiteres Beispiel ist der Gerstein-Bericht über Judenvergasungen, von dem in der Regel nur Auszüge mit wenig aussagenden allgemeinen Schilderungen abgedruckt werden, während die Passagen mit konkreten Angaben, die man nachprüfen kann, (in böswilliger Absicht?) weggelassen werden. Liest man den ganzen Bericht und macht sich die Mühe, Gersteins Angaben nachzuprüfen und nachzurechnen, stellt sich bald heraus, dass der ganze Gerstein-Bericht eine abstruse Mischung aus Fantasie und Absurditäten ist (siehe dazu Hoff, Faktenspiegel IV, S. 87 ff.). Kurt Gerstein, ein Mann von 40 Jahren und damit im besten Lebensalter stehend, war nur wenige Wochen in französischer Gefangenschaft. Dann war er tot, gestorben vermutlich an den Folgen unmenschlicher Folterungen.

Joseph Halow war als Protokollführer in den Dachauer Konzentrationslagerprozessen, betreffend die Lager Dachau, Buchenwald, Mauthausen und Nordhausen, eingesetzt. Er schrieb:

> *... die Juden waren den Amerikanern auch sehr nützlich, denn sie waren willige Zeugen gegen ihre ehemaligen Gefängniswärter. Später fand ich heraus, dass sie vielleicht zu willig waren! Sie sagten mehr als nötig, nur damit die Angeklagten bei den Kriegsverbrecherprozessen abgeurteilt werden konnten. Amerikanische Fahnder und Ankläger waren leider zu oft geneigt, diese Falschaussagen zu dulden und die Juden sogar noch zu ermutigen (Halow, S. 39).*

Die Mehrheit der Zeugen trat in fast jedem der Prozesse auf. Sie erhielten Unterkunft und Verpflegung und wurden bezahlt dafür, dass sie aussagten. Sie ernährten sich mit ihren Aussagen und so nannten wir sie, gewissenlos wie sie waren, die »Berufszeugen« (Halow, S. 63 und S. 302). Viele der Zeugen haben gelogen. Ihre Aussagen entsprachen dem, was die Vernehmungsbeamten zu hören wünschten. Diese Personen nutzten die Unkenntnis der Amerikaner aus und versuchten sich einzuschmeicheln, um mehr wertvolle Lebensmittel zu bekommen, auch erhielten sie Zigaretten und Alkohol und bauten damit einen umfangreichen Schwarzmarkthandel auf. In einigen Fällen wurden Zeugen, deren Aussagen maßgeblich dazu beigetragen hatten, Angeklagte zu überführen, später selbst als Kriegsverbrecher entlarvt und verurteilt (Smith, S. 114 f.). Viele Aussagen der »Berufszeugen« warfen mehr Fragen auf, als sie glaubwürdige Antworten boten. Die Berufszeugen beschuldigten wahllos, blind, wie aus einer Laune heraus. Vielfach gaben sie nur Gerüchte wieder oder Dinge, die sie von anderen Gefangenen gehört, aber nicht selbst wahrgenommen hatten. Auch widersprüchliche Aussagen reichten nicht aus,

um die Zuverlässigkeit des Zeugen in Zweifel zu ziehen. Sie reichten auch nicht aus, um diese Aussage aus den Unterlagen zu streichen (Halow, S. 102 und S. 117).

Ich habe mir oft darüber Gedanken gemacht, wie viele Urteile, die zur Exekution in Landsberg führten, auf der Grundlage falscher Zeugenaussagen zustande gekommen waren. Aussagen, die so falsch waren, dass sie oftmals als roh zusammengezimmert zu erkennen waren (Halow, S. 302). Einige von ihnen waren anscheinend erfunden oder so grob übertrieben, dass sie eigentlich als unglaubwürdig einzustufen gewesen wären (Halow, S. 117).

Auch die Engländer haben die Zeugenaussagen in Form von eidesstattlichen Erklärungen niedergelegt. Viele Zeugen verwickelten sich dabei nicht selten in Widersprüche, und es zeigte sich auch, dass die Erklärungen auf sehr problematische Weise zustande gekommen waren. Manche Anklagezeugen, die gegen einen bestimmten Angeklagten ausgesagt hatten, vermochten diesen später nicht zu identifizieren (Kolb, S. 59). Es gab im Bergen-Belsen-Prozess viele Todesurteile und Hinrichtungen. Die britischen Urteile erfolgten ohne Beweisführung (Hilberg, S. 1153).

Nach angelsächsischem Recht genießt ein Verbrecher nach seiner Verhaftung eine Reihe von Rechten. Keine dieser Regeln wurde auf die deutschen Gefangenen angewandt. Eine der ersten Anweisungen bestand darin, den Deutschen ungeachtet ihres Rangs all die Privilegien zu verweigern, die Kriegsgefangenen üblicherweise zustanden. Besonders rigide und spartanisch waren die Lebensbedingungen im Gefängnis in Mondorf/Luxemburg. Gefängnisleiter war Oberst Andrus (später Gefängnisleiter in Nürnberg), dem es sichtliches Vergnügen bereitete, seine Aufgabe mit minutiös kalkulierten und rigoros durchgesetzten Regeln zu erfüllen. Andrus unternahm

keinerlei Versuche, seine Gefühle zu verbergen. »Er wusste, wie man die »Arschl...« auf Vordermann hält«, berichtete ein amerikanisches Ermittlerteam, »und er sorgte dafür, dass sie uns die Antworten gaben, die wir hören wollten« (Overy, S. 64 ff.). Wenn Drohungen und Erpressungen nicht reichten, griffen die alliierten Vernehmer auch zu schlimmsten Folterungen (siehe dazu Hoff, Faktenspiegel IV, S. 78 ff.).
Sebastian Schmidt, ein früherer Landwirt, hat unter Eid folgende Erklärung abgegeben:

> *Ich wurde von Mr. Metzger gefragt, ob ich den »berüchtigsten und brutalsten Schläger, den größten Sadisten von Dachau«, den früheren Gefangenen Karl Mayer, kenne. Dabei legte mir Mr. Metzger eine bereits fix und fertige mehrseitige Erklärung vor, die ich, ohne sie zu lesen, sofort unterschreiben sollte ... Ich fing trotzdem an, sie durchzulesen, und sah, dass darin stand: »Als Kapo des Garagenbaues des Lagers Dachau tötete Mayer täglich 100 Personen mit dem Knüppel ...« Ich ... verweigerte die Unterschrift. ... Da wurde Mr. Metzger wütend. ... »Es wird mir schon gelingen, dich vor ein amerikanisches Militärgericht zu bringen, und wenn du gehängt wirst, hast du das mir zu verdanken, so wahr ich Metzger heiße« ... Ich habe Karl Mayer nur als ruhigen, anständigen Mann gekannt, dessen Verhalten im KZ als einwandfrei bezeichnet werden musste (Utley, S. 224).*

Die Anwendung von Zwang bei der Beschaffung von »Beweisen« wurde von den amerikanischen Armeedienststellen ausdrücklich zugegeben. Oberst Rosenfeld, Chef der Dachauer Verwaltungsabteilung für Kriegsverbrechen, auf einer Pressekonferenz nach solchen Vorgängen befragt, erwiderte: »Ja natürlich, wie hätten wir sonst diese Galgenvögel zum Singen bringen können?« Stolz auf seine Schlauheit meinte er: »Es war

ein Kunstgriff, und er wirkte wie ein Zaubermittel« (Utley, S. 225).

Der Gefangene Emil Pleissner berichtete, dass jede Antwort, die dem Vernehmer Kirschbaum missfiel, mit Schlägen ins Gesicht oder Würgen durch vier Männer bestraft wurde. Er wurde bedroht, an Polen ausgeliefert zu werden, falls er nicht gewisse Aussagen unterschreibe. Er habe deshalb alles unterschrieben, was man ihm vorgelegt habe (Smith, S. 115). Gustav Petrat gab eine eidesstattliche Erklärung ab (Halow, S. 254 ff.), in der es u. a. heißt:

> *Schon bei meiner Ankunft wurde ich mit Peitschen, Fäusten und Füßen misshandelt, wie es zur damaligen Zeit bei den neu eingelieferten Gefangenen üblich war. ... Die ersten drei Tage bekamen wir nichts zu essen ... Noch ehe ich die erste Frage vorgelegt bekam, wurde ich schon dermaßen geschlagen, dass ich zusammenbrach ... Meine Antwort löste einen Hagel von Schlägen aus ... Dann legte man mir ein Papier zur Unterschrift vor ... Ich lehnte ab. Erst nach erneuten Schlägen und der Androhung, dass ich das Zimmer nicht verlassen werde, bis ich meinen Namen darunter setzte, und der Drohung, dass sie meinen Starrsinn schon zu brechen wüssten, unterschrieb ich.*

Behandlungen dieser Art führten schließlich zur Bereitschaft der Häftlinge, alles ihnen von ihrem Gegenüber Zugeschriebene ohne Widerspruch einzugestehen (Overy, S. 80). Wenn die Verhörten aufgefordert wurden, ihre Aussage unter Eid zu unterschreiben, so taten es die meisten widerspruchslos. Gleichwohl sollte man den Protokollen mit Vorsicht begegnen, denn die Befragungen hatten wenig mit modernen kriminalistischen Verhörmethoden zu tun, bei denen die Rechte der Verhafteten gewahrt werden (Overy, S. 11 f.). Wir alle kannten

Gerüchte, wonach die US-Fahnder Gefangene schlugen, um Geständnisse aus ihnen herauszupressen. Wegen der Anwendung von Verhörmethoden (Folterung) sind die Dachauer Kriegsverbrecherprozesse noch zusätzlich in Verruf gekommen. Ein anderer Aspekt war der großzügige Einsatz von meist jüdischen Emigranten (»Emigranten in Uniform«), die aus Mitteleuropa geflohen waren, als Fahnder (Halow, S. 300 f.). Da die Alliierten nicht genügend deutsch sprechendes Personal hatten, wurden gebürtige Deutsche herangezogen, um die Lücken zu füllen (Overy, S. 85).

Es blieb aber nicht dabei, dass die meisten Dachauer Angeklagten gefoltert wurden; standen die Männer schließlich in ihrem durch Prügel und Hunger geschwächten Zustand vor Gericht, so wurde ihnen gewöhnlich jede Möglichkeit der Verteidigung verweigert (Utley, S. 225). In Petrats eidesstattlicher Erklärung heißt es weiter (Halow, S. 259):

> *Im Prozess-Saal befanden sich polnische, jugoslawische und jüdische Häftlinge als Zuhörer. Sie übten den so genannten Informationsdienst aus, d. h., alles, was im Laufe der Verhandlungen erörtert worden war, teilten sie in den Gerichtspausen ihren Kameraden, die noch auf ihre Vernehmung warteten, mit. Diesen war es dann möglich, die Belastungen auf Grund ihrer Kenntnisse zu festigen ... Den Belastungszeugen wurden vom Ankläger oder dessen Dolmetscher die von uns ausgefüllten Fragebogen vorgelegt. Somit konnte sich jeder genaue Daten heraussuchen, um den Angeklagten zu belasten, ohne dabei fürchten zu müssen, falsche Angaben zu machen. Trotzdem kam es vor, dass sie sich im Kreuzverhör widersprachen. Nachdem die Zeugen aber unter dem Schutz des amerikanischen Gerichts standen, hatten sie auch bei Meineid nichts zu befürchten.*

b) Der Fall Ilse Koch

Ilse Koch, die Frau des vor den Augen der Häftlinge hingerichteten ehemaligen Buchenwald-Kommandanten Karl Koch, die seinerzeit zusammen mit ihrem Mann angeklagt, aber freigesprochen worden war, stand 1947 vor einem amerikanischen Gericht. Ein ehemaliger Buchenwald-Häftling hatte erzählt, Frau Koch hätte eine Tischlampe mit einem Schirm aus Menschenhaut, ein übereifriger (und böswilliger?) Reporter hatte sich in Kochs Haus gedrängt und über dort gefundene weiße Lampenschirme geschrieben, sie seien aus Menschenhaut gemacht. Dieser Reporter wurde ihr zum Verhängnis. Als der Bericht über »Ilse Kochs Lampenschirm« in einer amerikanischen Wochenschau und in den Zeitungen verbreitet wurde, fingen alle möglichen Leute an, ihre eigenen Erlebnisse vorzubringen, und so tauchten nach und nach immer neue Gegenstände auf: Buchumschläge, Lesezeichen, diverse Dekorationsgegenstände, ein Ledertuch zum Fensterputzen, Handschuhe usw., alles aus gegerbter Menschenhaut mit Tätowierungen. Die Medien überschlugen sich in ihrer Berichterstattung über die »Hexe von Buchenwald« – die Bezeichnung Hexe (engl. witch) wurde in der amerikanischen Presse bald durch das gleich klingende Wort »bitch« (Hündin, böses Weib, Hure) ersetzt, so dass Ilse Koch als »the bitch of Buchenwald« bekannt gemacht wurde, die nur durch das Lager gegangen war in der Absicht, Männer mit Tätowierungen zu suchen, um diese dann töten und enthäuten zu lassen (Smith, S. 101 ff.).

So landete Ilse Koch als einzige Frau im Buchenwaldprozess vor dem amerikanischen Gericht. Die Anklage stützte sich einzig nur auf eidesstattliche Versicherungen und mündliche Zeugenaussagen (Smith, S. 124 und S. 211), sie konnte kein einziges der angeblich zahlreichen Beweisstücke aus Menschenhaut vorlegen, auch keinen Lampenschirm. Obwohl vor Gericht eindeutig nachgewiesen wurde, dass die Lampen-

schirme aus Ziegenhaut waren (Halow, S. 248), sprach man während des Prozesses immer noch von Menschenhaut (Smith, S. 227). Nachdem mehr als ein Dutzend ehemaliger Häftlinge ausgesagt hatte, Gegenstände aus Menschenhaut gesehen zu haben, wurde Ilse Koch im August 1947 zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Vor der Todesstrafe bewahrte sie wahrscheinlich nur der Umstand, dass sie – obwohl seit zwei Jahren in Einzelhaft gehalten (Smith, S. 119) – hochschwanger war. Vater des Kindes war vermutlich der für seine Grausamkeit gegenüber den deutschen Gefangenen gefürchtete Vernehmer Kirschbaum, der fast der Einzige war, der allein Zugang zu ihr hatte (Halow, S. 244). Die Macht von Propaganda und Massensuggestion kann kaum besser illustriert werden als im Fall Ilse Koch. Schon lange war die »bitch of Buchenwald«, die sich daran erfreute, Lampenschirme und andere Gegenstände aus Menschenhaut zu sammeln, verurteilt. Die Presse schmückte diverse Geschichten mit grellen Details aus (Smith, S. 138). Nach der herrschenden öffentlichen Meinung stand das Prozessergebnis bereits vor der Beweisaufnahme fest (Smith, S. 125).

Schon 1948 schrieb der Chef des Heeresjustizwesens, dass »... gewichtiges Material vorläge, um das Gegenteil zu beweisen«, d. h. Ilse Kochs Unschuld (Smith, S. 223). Der amerikanische Militärgouverneur Clay, der das Urteil schon 1948 abänderte, fand, dass sie der ihr angelasteten Verbrechen nicht schuldig sein konnte (Halow, S. 245). So wurde das Urteil auf vier Jahre Gefängnis reduziert, mit der Möglichkeit einer Freilassung nach zwei Jahren. Daraufhin ging ein Sturm der Entrüstung durch die amerikanische Presse. Die deutsche Regierung wurde unter Druck gesetzt und so erfolgte – nur aufgrund von Zeugenaussagen (Smith, S. 211) – eine erneute Verurteilung zu lebenslänglicher Haft. Sie starb 1967 im Gefängnis, Selbstmord (Halow, S. 243 ff.).

c) Der Beweiswert der Zeugenaussagen

Es gibt viele Berichte darüber, dass in vielen Verfahren den Zeugen ihre Aussagen vorher zurechtgemacht wurden, Zeugenaussagen durch spezielle Instruktoren koordiniert und den Zeugen genau beigebracht wurde, was sie auszusagen hätten. Das ganze Buch von Kogon/Langbein/Rückerl ist voller Zeugenaussagen über Vergasungen, Gaswagen, Gasmaschinen usw., aber alle Angaben sind so verschwommen und so ungenau, dass man aus ihnen alles und gar nichts entnehmen bzw. auch alles hineininterpretieren kann. Eine Nachprüfung ist mangels konkreter Angaben nicht möglich. So kann man nur zu dem Schluss kommen, dass alle Zeugenaussagen, insbesondere die durch Folter und Bedrohungen erzwungenen, die gekauften, die allzu dienstbeflissenen den Amerikanern gegenüber und die verschwommenen für die Ergründung des wahren Sachverhalts wenig oder gar nicht geeignet sind. In der Tat haben viele Wissenschaftler Zweifel an der Zuverlässigkeit der Aussagen Überlebender geäußert. »Ein großer Prozentsatz der Fehler, die ich in meiner Arbeit entdeckt habe«, erinnert sich Hilberg, »konnte auf Aussagen von Zeugen zurückgeführt werden«. Da Überlebende mittlerweile wie weltliche Heilige verehrt werden, wagt man nicht, ihre Aussagen in Zweifel zu stellen. Absurde Behauptungen lässt man kommentarlos durchgehen (Finkelstein, S. 86). Ein beträchtlicher Teil der Literatur zu Hitlers »Endlösung« ist, soweit darin die entscheidenden Holocaust-Dogmen zum Ausdruck kommen, wissenschaftlich gesehen wertlos. Auf dem Feld der Studien zum Holocaust findet sich eine Menge Unsinn, wenn nicht schierer Schwindel (Finkelstein, S. 63).

d) Der Beweiswert von Nachkriegsprozessen

Neben dem Vorsatz, alle deutschen Unterrichtsanstalten, Zeitungen und den Rundfunk zu schließen, widmeten die Alliierten, wo immer sie hinkamen, den deutschen Gerichten und dem deutschen Recht ihr ganz besonderes Interesse (Wrobel, S. 1). Es ging um die Ausschaltung der Justiz- und der Verwaltungselite. Entsprechend der Direktive JSC 1067 wurde z. B. das 302 Richter umfassende Justizkorps des OLG-Bezirks Bamberg bis auf nur wenige Richter von der amerikanischen Militärregierung faktisch aufgelöst (Perels, S. 45). In Hamburg hatte die Besatzungsmacht am 5. Mai 1945 sämtliche Gerichte geschlossen. Niemand durfte mehr ohne Genehmigung der Militärregierung als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt tätig werden. Für Juristen bedeutete dieser Zustand das *ius stitium*, den Stillstand der Rechtspflege (Wrobel, S. 1 ff.). Alliierte Militärgerichte traten in Aktion, waren jedoch wegen der hohen Kriminalität im Chaos der Nachkriegszeit so sehr überlastet, dass schon bald wiedereröffnete deutsche Gerichte für bestimmte Sachen zuständig sein sollten (Wrobel, S. 3). Soweit man »unbelastete« deutsche Richter fand, wurden sie, häufig im Status von Hilfsrichtern und nur unter dem Vorbehalt jederzeitiger Entlassung, eingestellt (Wrobel, S. 132). Sehr oft wurden auch Nicht-Fachleute eingesetzt (Perels, S. 43), und so tagten z. B. Kammern für Handelssachen ohne Handelsrichter (Wrobel, S. 152). Um dem Personenmangel abzuhelfen, berief die britische Militärregierung Personalausschüsse aus den Kreisen bewährter Gegner des Nationalsozialismus. Bewerber mussten ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus, ihre Gegnerschaft zu demselben und ihre stets bewiesene freundliche Haltung gegenüber Juden darlegen (Wrobel, S. 142 ff.). So wurden zahlreiche Posten in den Spruchkammern mit amerikanischen und deutschen Kommunisten und Mitläufern besetzt (Utley, S. 30). In Berlin wurde 1945 eine einst aus rassischen Gründen entlassene Frau

Landgerichtsdirektorin; von 1951 bis 1963 war sie Bundesverfassungsrichterin. Ein jüdischer Jurist wurde Generalstaatsanwalt und ab 1951 erster Vorsitzender des V. (Berliner) Strafsenats des Bundesgerichtshofs (Wrobel, S. 121). Außerdem dürfte eine große Zahl der »Emigranten in Uniform«, von denen viele Juristen waren, durch die Alliierten – ähnlich wie im Pressewesen – ausschließlich oder bevorzugt in leitende Positionen des deutschen Justizwesens eingesetzt worden sein.

Vor solchen Gerichten wurden dann die Strafprozesse gegen SS-Leute durchgeführt. Die Richter, Gegner des Nationalsozialismus, saßen zu Gericht über Männer, die sie für ihre Feinde hielten. Man darf davon ausgehen, dass nur solche Personen eingesetzt wurden, denen nie der Gedanke kommen konnte, die Realität der untersuchten angeblichen Verbrechen in Frage zu stellen (Köhler, S. 78). Durch die rastlose Propaganda und die gezeigten grauenvollen Bilder (man sagte ihnen ja nicht dazu, dass ein beträchtlicher Teil des Grauens im Jahr 1945 durch den alliierten Luftkrieg verursacht wurde) waren viele Richter noch zusätzlich aufgebracht. Der Holocaust war für sie »offensichtlich«.

Im Auschwitz-Prozess wurden z. B. die Belastungszeugen durch eine Vielzahl von Organisationen und Personen betreut. Welche Zuwendungen und welche Versprechungen mögen den Zeugen von diesen Organisationen gemacht worden sein, wenn sie »richtig« aussagten? Durch eigens herausgegebene Zeugen-Informationsblätter wurden sie beeinflusst und konnten ihre Aussagen mit denen anderer Zeugen abstimmen. Neutrale Zeugenaussagen waren unter diesen Umständen nicht mehr möglich. Viele Zeugen reisten außerdem von einem Prozess zum anderen und kassierten immense Zeugengelder (Köhler, S. 86). Es traten also auch hier »Berufszeugen« auf. Die Kritiklosigkeit und Leichtgläubigkeit der Gerichte gegenüber den Holocaust-Belastungszeugen war

nahezu unbegrenzt. Weder die Richter noch die Staatsanwälte unternahmen irgendetwas, um die Aussagen der Belastungszeugen zu überprüfen. Jeder dahin gehende Vorstoß der Verteidigung wurde »im Keim erstickt« (Köhler, S. 84).

Die Verteidigung wurde bei der Befragung der Zeugen stark behindert, ihre Anträge unterdrückt, nicht beschieden oder ohne Grund abgelehnt. Die Vernehmungsprotokolle wurden den Verteidigern vorenthalten. Gelang es einem Anwalt, Belastungszeugen vor Prozessbeginn zu verhören, stellte sich vor Gericht heraus, dass Aussagen, die vorher unstimmig und widersprüchlich waren, nunmehr aufeinander abgestimmt und von den gröbsten Unglaubhaftigkeiten gereinigt waren (Köhler, S. 82). Tätliche Angriffe und Angriffe in den Medien, standesrechtliche und sogar strafrechtliche Verfahren gegen die Rechtsanwälte schüchterten diese so ein, dass viele kaum das Nötigste für ihre Mandanten taten.

Den Aussagen der Entlastungszeugen und der Angeklagten begegneten die Gerichte grundsätzlich mit Misstrauen. Da der Holocaust »offensichtlich« war, wurde jeder bedroht, der die von den Belastungszeugen berichteten Gräueltaten bestritt (Köhler, S. 87). Die Angeklagten waren den Beleidigungen seitens der Staatsanwaltschaft und der Zeugen und sogar den Herabsetzungen durch die Richter ausgesetzt (Köhler, S. 80). Die Beeinflussung durch das Gericht war so stark, dass ein Pflichtverteidiger seinem Mandanten sogar riet, durch falsche Geständnisse das Gericht milde zu stimmen, was dieser tatsächlich machte (Köhler, S. 82). Auf die Beteuerung eines Zeugen, er sage die reine Wahrheit, antwortete der Richter: »Ich verspreche Ihnen, dass Sie für diese Wahrheit bestraft werden.« Im Auschwitz-Prozess wurde z. B. der Zeuge Walter festgenommen, bis er seine Aussage revidierte. Auch gegen andere Zeugen wurde stellenweise gerichtlich vorgegangen (Köhler, S. 87). So blieb den Angeklagten oft als beste Verteidigungs-

möglichkeit, zu gestehen, wie die Hexen im Mittelalter, um das Gericht für ein mildes Urteil »gnädig« zu stimmen. Angeklagte, die hartnäckig bestritten, an Verbrechen beteiligt gewesen zu sein, obwohl doch alles »offensichtlich« war, galten als freche Lügner und erhielten deshalb die höchsten Strafen. Selbst nach einer Verurteilung zu hohen oder lebenslänglichen Strafen stritten die meisten »verstockt« ihre Schuld ab (Köhler, S. 89).

Auch in den Prozessen um die »Kristallnacht« wurde nicht so sehr mit den einzelnen Angeklagten, sondern mit dem Nationalsozialismus im Ganzen abgerechnet. Die Strafzumessung ging nach dem Prinzip vor: Wer am meisten gestand, bekam die geringste Strafe, wer im Gefühl seiner Unschuld kein Geständnis ablegte, galt als verstockt und wurde am strengsten bestraft (Weckert, Feuerzeichen, S. 243 f.).

Unter den dargestellten Umständen erhalten die Nachkriegsprozesse den Charakter von Schauprozessen im Sinne der Nürnberger Prozesse nach 1945 und der Hexenprozesse im Mittelalter. Den darin abgelegten »Zeugenaussagen« und »Geständnissen« kann kaum Beweiswert zugesprochen werden (Köhler, S. 95).

2. Sowjetische Berichte

Nach der enormen Propaganda darüber, dass in Auschwitz Juden ermordet wurden, mussten die Sowjets, als sie am 27. Januar 1945 das Lager erreichten, auf schreckliche Dinge vorbereitet sein. Vor allem war doch auch zu erwarten, dass die befreiten Häftlinge, überglücklich, dem ihnen nahe bevorstehenden Vergasungstod entronnen zu sein, den eintreffenden russischen Soldaten von den Menschenvergasungskammern berichten würden und sie zu den Mordstätten führten, an denen Millionen ihrer Leidensgenossen umgebracht worden waren. Selbst wenn die Kammern von der abziehenden SS gesprengt wurden, lagen die Trümmer doch noch da, waren die Spuren noch deutlich zu erkennen.

Umso erstaunlicher ist es, dass im Bericht des russischen Generals vom 30. Januar 1945 nichts von den Gaskammern erwähnt ist. Nach den Zeugenaussagen waren Millionen Menschen durch Gas umgebracht worden, Gas war das Haupttötungsmittel. Andere Tötungsarten wie Erschießen oder Misshandlungen mit Todesfolge waren im Vergleich zu den millionenfachen Massenvergasungen geradezu unbedeutende Nebensächlichkeiten. Gerade aber nur diese Nebensächlichkeiten meldet der General nach Moskau. Warum hat er das alles erdrückende Verbrechen der Massenvergasung nicht gemeldet? Hat von den vielen tausend befreiten Gefangenen nicht ein einziger den vielen russischen Soldaten und ihren Offizieren davon berichtet? Haben diese ihr Wissen nicht weitergegeben, sondern ein solch geradezu sensationelles Wissen ihrem General verschwiegen? Jeder Soldat wäre vermutlich wegen einer solchen Mitteilung befördert worden und der General hätte wahrscheinlich einen Orden erhalten, weil er ein solch teuflisches Lager wie Auschwitz erobert und dadurch viele Tausende vor dem Vergasungstod bewahrt hat. Und

trotzdem ließen ausnahmslos alle Angehörigen der Roten Armee sich diese Gelegenheit auf Beförderung und Orden entgehen, indem sie den wichtigsten Vorgang des Mordlagers ihren Vorgesetzten (auch denen in Moskau) verschwiegen?

Nachdem eine sowjetische Kommission, von der man annehmen muss, dass sie aus entsprechenden Fachleuten zusammengesetzt war (laut Piper eine Reihe von Expertenkommissionen), etwa drei Monate lang genügend Zeit hatte, die Häftlinge eingehend zu befragen wie auch die Gebäude des Lagers und die Vorgänge darin gründlich zu untersuchen, wird am 7. Mai 1945 der Bericht dieser staatlichen Kommission veröffentlicht. Vergasungen oder gar millionenfache Massenvergasungen werden auch darin nicht erwähnt. Seltsam!

3. Sachliche Nachweise

a) Naturwissenschaftliche Prüfung

Die Entstehung von Gas ist ein chemischer Vorgang und mit ihrer Bearbeitung bzw. Erforschung ist die Wissenschaft von der Chemie beschäftigt. Diese Naturwissenschaft ist eine exakte Wissenschaft, die sich auf Experimente und Analysen stützt, um die naturwissenschaftlichen Gesetze zu erforschen und die erkannten Gesetzmäßigkeiten später wieder anzuwenden. Naturvorgänge laufen nach exakt vorgegebenen Gesetzen ab. Der Mensch kann steuernd und regulierend eingreifen, das Naturgesetz ändern aber kann er nicht. Bei der Erkenntnisgewinnung spielen vor allem Meinungen, Zeugenaussagen u. ä. keine Rolle.

Wenn die Alliierten z. B. bei den Nürnberger Prozessen an Beweismaterial zur Wahrheitsfindung über die Judenvernichtung interessiert gewesen wären, hätten sie sich die Beweise auf sehr einfache Art beschaffen können, indem sie die Gaskammern zur massenweisen Menschenvernichtung durch geeignete Spezialisten hätten untersuchen lassen. Oder gab es in den USA, in England und Russland keine Chemiker, die solche Untersuchungen hätten durchführen können? In den Jahren 1945/46 waren die Spuren noch ganz frisch, so dass die Wahrheitsfindung damals sehr viel leichter möglich gewesen wäre als heute. Oder waren sie an der Wahrheit nicht interessiert?

Nach den Angaben von Pressac gab es in Auschwitz zwei Arten von Gaskammern, nämlich einmal die Entwesungskammern zur Vernichtung von Läusen mit Blausäure und zum anderen drei Leichenkeller unterhalb eines jeden Krematoriums, wovon einer (Leichenkeller 1) zur Menschen-Vergasung mit

Blausäure diente. In diesen Menschen-Vergasungskammern wurden laut Aussage von Auschwitz-Kommandant Höß 3,0 Millionen Menschen durch Vergasung getötet (IMT, Bd. XI, S. 458), wobei die Gaskammern 2.000 Menschen auf einmal fassen konnten (S. 460), d. h., in den »Leichenkellern« haben insgesamt 1.500 Menschenvergasungen mit Blausäure stattgefunden. Laut Höß kam es zu einer Betäubung, die in wenigen Sekunden beziehungsweise Minuten stattfand (IMT, Bd. XI, S. 443 f. und S. 460). Die dem Einwurfschacht am nächsten Stehenden fielen sofort tot um. Man kann sagen, dass ungefähr ein Drittel sofort tot war (Höß, S. 171). Laut Pressac (S. 161) wurde mit 20 g/cbm eine Blausäurekonzentration entsprechend den Empfehlungen der Degesch für ihre Entlausungsanlagen verwendet. Zitiert sei an dieser Stelle noch einmal der Vrba-Wetzler-Bericht, in dem es ausdrücklich heißt: »Nach Ablauf von drei Minuten sind alle tot« (Gilbert, S. 309). Eine Wirkungszeit von wenigen Sekunden bzw. sofortiger Tod bei 2.000 Menschen lässt darauf schließen, dass große Mengen Blausäure verwendet werden mussten, um zu dieser sehr hohen Gaskonzentration mit solch schneller Wirkung zu gelangen. Bei einer solch häufigen und intensiven Nutzung müssen erhebliche Mengen der Blausäure in das Mauerwerk gezogen sein. Das gilt umso mehr, wenn die Wände und Böden nass waren. Da die Räume nach jeder Vergasung voller Erbrochenem, Blut, Kot und Urin waren, mussten sie mit Hilfe von Wasser gesäubert werden, bevor die nächste Gruppe von Todeskandidaten in die angeblichen Duschräume hineingeführt wurde. Es wurden also die besten Voraussetzungen dafür geschaffen, dass das benässte Mauerwerk bei der nächsten Vergasung möglichst viele Gasdämpfe aufnahm, die tief einsickerten und bei der nächsten Reinigung mit dem Wasserschlauch nicht abgespritzt werden konnten. Da das im Mauerwerk entstehende Eisenblau eine Jahrhunderte währende Langzeitstabilität besitzt (siehe dazu S. 111), müssen in den einstigen Menschen-Vergasungsräumen noch heute vergleich-

bar große Cyanidrückstände zu finden sein, wie sie in den Sachenentwesungsanlagen zu finden sind, einschließlich der blauen Wandfärbung (Rudolf Gutachten, S. 181).

Erste chemische Untersuchungen der Gaskammern von Auschwitz (der Läuse- und der Menschen-Vernichtungskammern) begannen in den USA, und die Analysen der dortigen Alpha Analytic Laboratories, Ashland, ergaben für die Leichenkeller (in denen die Menschen-Vergasungen stattgefunden haben sollen) äußerst geringe Cyanidkonzentrationen (Werte von 0,0 oder nahe bei Null, Höchstwerte an zwei Stellen 6,7 und 7,9 mg pro kg), während die zur Ungeziefervernichtung benutzte Entwesungskammer 1 den Wert 1.050 aufwies (Rudolf Gutachten, S. 152). Das Institut Fresenius, Taunusstein, und das Institut für Umweltanalytik, Stuttgart, kommen auf ähnliche Analysewerte und damit auf ähnlich krasse Unterschiede bezüglich Cyanidgehalt im Mauerwerk von Läuse- und von Menschenvernichtungsräumen. Fresenius analysiert an vielen Stellen der Entwesungskammern, besonders im Kammerinneren, Cyanidwerte bis zu 13.500, in den Außenwandseiten bis zu 11.000 mg pro kg. Die laut Pressac als Menschen-Vergasungskeller benutzten Leichenkeller zeigen hingegen nur geringe Spuren, ähnlich denen der amerikanischen Analyse. Die Wände der Entwesungskammer weisen innen wie außen eine intensive Blaufärbung auf. Sowohl die chemischen Untersuchungswerte als auch die nach mehr als vierzig Jahren immer noch vorhandene starke Blaufärbung (auf den Innenseiten fast dunkelblau) bestätigen die starke Nutzung der Räume mit Blausäure (Rudolf Gutachten, S. 155 ff.). Außerdem muss man noch bedenken, dass bei den Menschen-Vergasungskammern durch die ständige Reinigung mit Wasser besonders gute Voraussetzungen geschaffen wurden, um viel Cyanid bzw. Blausäure aufnehmen zu können, während die Entwesungskammern ständig trocken blieben und deshalb viel weniger Gas aufnehmen konnten. Wenn die Wände bzw. das

Mauerwerk der angeblichen Menschen-Vergasungskammern trotz ständiger Nässe keine oder fast keine Spuren von Cyanid bzw. Eisenblau aufweisen, dann drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass die behauptete intensive Nutzung zur Menschenvernichtung mit Blausäure nicht stattgefunden haben kann. Die geringen Cyanidwerte im Mauerwerk dürften dadurch entstanden sein, dass die Leichenkeller, wie andere Räume auch, gelegentlich mit Blausäure entwest wurden. Noch im Nürnberger Prozess stellt der französische Ankläger 1946 klar, dass Giftgaslieferungen für die Konzentrationslager Oranienburg und Auschwitz nicht zur Ausrottung (von Menschen), sondern zur Reinigung (von Räumlichkeiten) bestimmt waren (IMT, Bd. VI, S. 370 f.).

b) Das Sicherheitsrisiko

Noch ein Argument gibt es, das gegen die Nutzung der Leichenkeller als Gaskammern spricht. Laut Ullmanns Encyklopädie der technischen Chemie (Bd. 9, S. 657 und S. 671) hat Cyanwasserstoff (Blausäure) bei 20° C eine Dichte (spez. Gewicht) von 0,687 g/ccm. Cyanide sind ebenso giftig wie Blausäure. Da sie bereits an der Luft HCN abspalten, ist auch die Inhalation der über Cyaniden stehenden Luftschichten gefährlich. Die Zündgrenzen von Blausäure-Luft-Gemischen liegen bei 5,5 Vol.- % bzw. ca. 40 Vol.- % HCN. Blausäure bildet mit Luft in den Grenzen von 6 bis 40 % explosive Gemische (Römpp Chemie Lexikon, S. 465). Das Giftgas, das in den Gaskammern zum Einsatz kam, war mit 20 g/cbm hoch konzentrierte Blausäure (Pressac, S. 91). Da die Blausäure leichter als Luft ist, steigt das Blausäure-Luft-Gemisch nach oben, je höher die Konzentration, umso schneller. Der Leichenkeller 1 (Vergasungskeller) befand sich bzw. endete unterhalb des Krematoriums. Mit einem Aufzug wurden die Leichen direkt zu den Krematoriumsöfen im Erdgeschoss

befördert (Pressac, S. 80 und S. 89). Da laut Pressac hoch konzentrierte Blausäure benutzt wurde, dürfte diese sehr schnell mit der Raumluft unter der Kellerdecke ein explosives Gemisch gebildet haben. Man hätte kaum verhindern können, dass diese explosive Mischung durch den Schacht des Leichenaufzugs und eventuell andere Öffnungen und Ritzen nach oben zog. Es lag also eine große Gefahr darin, dass sich nicht nur die Bedienungsmannschaft des Krematoriums vergiftete, sondern dass das explosive Gas sich am Feuer der Öfen entzündet und die ganze Anlage in die Luft gesprengt hätte. Es bestanden zu viele unkalkulierbare Risiken (Pressac, S. 85). Aus Sicherheitsgründen verbot es sich daher von selbst, die Keller zur Vergasung zu nutzen.

Laut Meyer (S. 632) misslang es auch deshalb, die Leichenkeller bei den Krematorien für Menschenvergasungen einzusetzen, weil die Ventilation kontraproduktiv war und die erwarteten Massen an Opfern nicht eintrafen. Der tatsächlich begangene Genozid fand wahrscheinlich in den beiden umgebauten Bauernhäusern (Bunker 1 und 2) außerhalb des Lagers statt. Gerade diese »Bunker« aber waren laut Pressac zu Läuse-Vergasungskammern entsprechend den Vorschlägen der Degesch umgebaut worden. In beiden »Bunkern« gab es keine mechanische Lüftung, so dass sie für Massenvergasungen schwerlich verwendet werden konnten (Pressac, S. 51 f.), denn Blausäure verdampft nach der Anwendung noch über Stunden und Tage (Rudolf Gutachten, S. 13), so dass Räume ohne ausreichende Entlüftung während langer Zeit wegen der Gesundheitsgefährdung nicht betreten werden dürfen. Meyer (S. 633) kommt zu der Feststellung, dass mit der Inbetriebnahme der Krematoriumskeller die »Mordrate« sogar dramatisch sank. Logischerweise hätte sie mit dem Beginn der Massenvernichtungen aber doch rasant in die Höhe schnellen müssen; ein Widerspruch, zu dem er schweigt. Der von Meyer festgestellte dramatische Rückgang dürfte in erster Linie auf die hygieni-

schen Maßnahmen der SS zur Rettung der Häftlinge zurückzuführen sein.

c) Die Größe der Vergasungsräume

Laut Pressac (S. 85) wurden die für die Vergasung vorgesehenen Leichenkeller der Krematorien II und III geteilt, d. h., für die Vergasung waren nur noch 100 qm vorgesehen, um so 500 bis 700 als »arbeitsunfähig« Angesehene innerhalb von vierundzwanzig Stunden töten und einäschern zu können. Wegner gibt an (S. 463), dass zur Zeit der ersten Vergasungen die dazu umfunktionierte Leichenhalle eine Grundfläche von 77,28 qm hatte. In ihr konnten theoretisch 618 Personen stehen (8 pro qm), allerdings aufs Äußerste zusammengepresst. Durch Abtragen einer Zwischenwand wurde der Raum auf 98,9 qm erweitert, so dass 791 Personen hineingepfercht werden konnten. Wegner hat nach eigener Angabe (S. 465 f.) die Grundflächen der Leichenkeller persönlich ausgemessen und kommt für jeden Raum unterhalb der Krematorien II und III auf 227,33 qm. Für die Krematorien IV und V hat er gemessen: Raum 1 = 95,34 qm, Raum 2 = 98,19 qm, Raum 3 = 43,25 qm, zusammen 236,78 qm. Die Zahl von 227,33 widerspricht den Angaben Pressacs und Wegners eigenen Messergebnissen in den anderen Krematorien. Von der SS waren die Krematorien II und III am 20. Januar 1945 gesprengt worden (Pressac, S. 121 und S. 168). Sie wurden nach dem Krieg von russischer und polnischer (kommunistischer) Seite (falsch) »rekonstruiert«. Diese Falschrekonstruktionen werden in Auschwitz den Besuchern vorgeführt (Rudolf Gutachten, S. 56). So liegt der Verdacht nahe, dass Wegner falsche Räume ausgemessen hat.

In Kammern, die nach den vorstehenden Angaben maximal 100 qm umfassten, wurden laut Vrba-Wetzler-Bericht und laut Höß 2.000 Menschen gestopft, d. h. mehr als 20 auf einen qm.

In seinen Krakauer Aufzeichnungen (S. 164) gibt Höß sogar an, dass der Vergasungsraum 3.000 Menschen fasste, das sind 30 je qm. Wie soll das möglich gewesen sein? Selbst wenn man von 227,33 qm ausgeht, sind das 9 bzw. mehr als 13 Personen je qm.

Laut Vrba-Wetzler-Bericht (siehe S. 53 f.) gehörte zu jedem Krematorium ein großer Vorraum, in dem 2.000 Menschen antreten und sich entkleiden mussten. Da zum Entkleiden einiger Bewegungsspielraum nötig ist, wäre – selbst wenn man nur einen qm je Person rechnet – eine Halle von mindestens 2.000 qm Fläche erforderlich. Nach allen Beschreibungen, Bauzeichnungen, Fotos usw. hat es aber solche Hallen oder Vorräume bei keinem der Krematorien gegeben. Noch etwas erstaunt: Laut Vrba/Wetzler wurden die Leichen auf Karren geladen und zur Verbrennung im Hochofen gebracht, d. h. die Vergasungskammern können nicht im selben Gebäude wie die Krematoriumsöfen gewesen sein. Hier liegt ein klarer Widerspruch zu Pressacs Behauptung, der Leichenkeller 1 unterhalb des Krematoriums sei der Vergasungskeller gewesen.

d) Der Koksverbrauch

Die Anzahl der verbrannten Leichen lässt sich auch anhand der benötigten Koksmengen rückrechnen. Mattogno/Deana vergleichen in umfangreichen Untersuchungen den Koksverbrauch in den Krematorien und stellen die verbrauchten Koksmengen den laut Sterbebüchern registrierten Todesfällen gegenüber. Sie kommen dabei zu dem Ergebnis, dass die Zahl der registrierten Todesfälle in Korrelation steht zur verbrannten Koksmenge. Damit bringt der Koksverbrauch den Beweis dafür, dass in den Krematorien lediglich die Leichen der eines natürlichen Todes verstorbenen Häftlinge eingeäschert werden konnten. Für das Verbrennen von Opfern aus Massenver-

gasungen war gar kein Brennstoff (Koks) da (Mattogno/Deana, S. 315). Der Koksverbrauch je Leiche hängt von der Größe des Ofens und den Umständen (vor allem Abkühlungszeiten zwischendurch) ab und liegt zwischen 15 und 37 kg, im Mittelwert bei 23,5 und 26,3 kg pro Leiche. Rechnet man als Durchschnittswert 25 kg je Körper, sind für das Verbrennen von 1.000 Menschen 25 t Koks erforderlich, für eine Million 25.000 t und für vier Millionen 100.000 t. Über den Transport solcher Koksmengen ist nichts bekannt. Außerdem hätte sich Deutschland, insbesondere in den schwierigen Kriegsjahren 1943 und 1944, eine solch sinnlose Verschwendung wertvollster Rohstoffe gar nicht leisten können

e) Krematoriumskapazitäten und Leichenverbrennungen im Freien

Zur Begriffserklärung sei vorangestellt, dass Krematorien keine Tötungsanlagen sind, sondern Stätten, in denen die Leichen der Toten verbrannt werden.

Das (erste) Krematorium im Stammlager Auschwitz mit einer Kapazität von 200 bis 250 täglichen Leichenverbrennungen wurde im August 1940 in Betrieb genommen, war jedoch schon im ersten Halbjahr 1942 insgesamt drei Monate nicht funktionsfähig. Nach der Fleckfieberepidemie 1942, für die sich die Anlage als bei weitem zu klein erwies und die allen vor Augen führte, dass die Verbrennung ganz wegfiel, wenn nur die geringste Panne auftrat, wurde beschlossen, das Lager Auschwitz II (Birkenau) mit außerordentlich leistungsstarken Einäscherungsanlagen auszustatten (Pressac, S. 61). Auf Befehl von Himmler war 1942 die Zahl der Häftlinge in Birkenau auf 200.000 festgesetzt worden, was eine enorme Vergrößerung des Lagers und eine Erhöhung seiner Einäscherungskapazitäten erforderlich machte. Die logische sanitäre Folge dieser

Zunahme an Insassen und Personal war, für ein zusätzliches Krematorium zu sorgen, und die einfachste Lösung wiederum war, einfach doppelt so groß zu planen (Pressac, S. 59). Nach einer Aufstellung vom 28. Juni 1943 waren inzwischen die Krematorien II bis V mit einer Kapazität von zusammen 3.000 Verbrennungen neu entstanden (Pressac, S 164), so dass die Gesamtkapazität 3.250 betrug (Pressac, S. 164). Meyer (S. 635) errechnet eine tägliche Gesamtkapazität von 2.208. Mattogno und Deana geben als tatsächliche Höchstkapazität aller fünf Einäscherungsstätten 1.040 Leichen pro Tag an (S. 304). Ob die tägliche Höchstkapazität nun 3.250 oder 2.208 oder 1.040 betrug, ist ohne große Bedeutung. Diese Leistung stand nur auf dem Papier, denn Krematorium I wurde im Juni/Juli 1943 außer Betrieb gesetzt (Pressac, S. 77), Krematorium II (offizielle Übernahme am 31. März 1943) zeigte schon Anfang Mai große Schäden und wurde stillgelegt. Krematorium IV (Übergabe 22. März 1943) wurde ebenfalls im Mai funktionsunfähig, und Krematorium V (funktionsfähig ab Mitte April 1943), dessen Ofen in schlechtem Zustand war, wurde ab Juni/Juli nicht mehr benutzt (Pressac, S. 102). Ende Mai 1943 stellte sich die Lage in den Krematorien wie folgt dar: Nr. IV stillgelegt, Nr. II abgestellt, Nr. III noch nicht fertig (Übergabe am 24. Juni). In Betrieb waren nur Nr. I und Nr. V (Pressac, S. 102). Ausgerechnet zu der Zeit (von Mai bis Juli 1943) wütete die dritte Fleckfieberepidemie. Während Krematorium II im September wieder in Betrieb genommen wurde, blieben die drei anderen stillgelegt. Eine Reparatur bzw. Inbetriebnahme dieser Krematorien war anscheinend nicht mehr erfolgt (Pressac, S. 100 ff. und S. 162 ff.).

Zeichnerisch dargestellt, ergibt sich folgendes Bild der Betriebsdauern:

I	15.08.1940 bis Juni/Juli 1943
II	31.03.1943 ------------→ Nov./Dez. 1944
III	24.06.1943 → Nov./Dez. 1944
IV	22.03. – 20.05.1943
V	Mitte April – Juni/Juli 1943

Es bleibt demnach folgende Tatsache festzuhalten: Die tägliche Verbrennungskapazität im Lager Birkenau betrug seit Jahresmitte 1943 höchstens 2.000 (laut Meyer 800, laut Mattogno/Deana sogar nur 600) und während des Ausfalls von Krematorium II für einen Zeitraum von ca. vier Monaten nur jeweils die Hälfte. Da die Krematorien II bis V erst ab Ende März 1943 nach und nach in Betrieb gingen, stand während der großen Fleckfieber-Epidemien 1942 und Anfang 1943 nur das Krematorium I mit seiner Kapazität von 200 bis 250 (Pressac) bzw. 120 bis 144 (Mattogno/Deana) zur Verfügung. Die täglichen Sterbeziffern beliefen sich aber während der Epidemien auf 300 und mehr (Pressac, S. 193 f.). Um nicht verseuchte Leichen, die unverbrannt blieben, zum Ansteckungsherd für die Gesunden werden zu lassen, mussten diese Leichen außerhalb des Krematoriums verbrannt werden. Dabei war Eile geboten. Da nach vielen Zeugenaussagen Leichen auf Rosten aus Eisenbahnschienen verbrannt worden sind, war dies wahrscheinlich die Methode, jene Leichen zu verbrennen, die das Krematorium nicht schaffte.

Höß gibt dazu an (S. 161), dass in Gruben verbrannt wurde. »Die Leichen wurden zuerst mit Ölrückständen, später mit Methanol übergossen. In den Gruben wurde fortgesetzt verbrannt, also Tag und Nacht«. Aus Zeugenaussagen geht hervor, dass die Verbrennungsgruben bei den Bunkern 1 und 2 =

1,5 bis 3 m, die fünf großen beim Krematorium V im Durchschnitt 2,5 m tief waren (Wegner, S. 461). Die Gruben waren 30 m lang, 7 m breit und 3 m tief. Die Ränder dieser Gruben waren von Rauch geschwärzt (Kogon/Langbein/Rückerl, S. 211). An diesen Aussagen dürften jedoch erhebliche Zweifel aufkommen, denn in dem Sumpf- und Moorgebiet, in dem Auschwitz lag, befand sich der Wasserspiegel nur ca. 50 bis 60 cm unter der Erdoberfläche. Gräbt man in einem solchen Gebiet 3 m tiefe Gruben, füllen diese sich sofort mit Wasser, d. h. es entstehen Seen, in denen ein Anzünden und permanentes Unterhalten von Feuer völlig unmöglich ist. Selbst durch Entwässerungsgräben rund um die Gruben hätte man vielleicht den Wasserspiegel senken, aber die Seen nicht austrocknen können, da aus der sumpfigen Umgebung ständig neues Wasser nachgesickert wäre. Außerdem: um Hunderttausende (oder gar Millionen) von Toten zu den Gruben zu transportieren, waren Millionen von Einzelgängen der transportierenden Häftlinge (hin und zurück) erforderlich, die die dünne Moordecke schon nach kurzer Zeit in unpassierbare Wege aus tiefem Schlamm verwandelt hätten.

Von März 1944 an beherrschten die Alliierten den Luftraum über Europa. In offiziellen amerikanischen Darstellungen wird der 1. April 1944 als der Stichtag angegeben, von dem an die deutsche Luftwaffe keine Rolle mehr spielte. Auschwitz wurde in den Katalogen der alliierten Zielplaner schon seit Januar 1944 wegen der Fabrikationsanlagen für synthetisches Öl als mögliches Bomberziel geführt. Von Mai 1944 an flogen sie Angriffe auf Produktionsstätten für synthetisches Öl und Treibstoffe, wobei sich der »Ölkrieg« im Juni nach Oberschlesien verlagerte (Wyman, S. 341 ff.). Von Anfang April 1944 an verfügte der Befehlsstab der US-Luftwaffe in Italien über detaillierte Luftaufnahmen des Lagergeländes von Auschwitz-Birkenau (Wyman, S. 346). Der Luftraum über Oberschlesien und auch der Luftraum über Auschwitz selbst

waren zwischen dem 7. Juli und dem 29. August geradezu ein Tummelplatz amerikanischer Bomber. Die Sichtbedingungen waren nahezu ideal (Wyman, S. 343 ff.). Von Juli bis Oktober flogen an zehn Tagen insgesamt 2.700 amerikanische Bomber zu Zielen in der Region Auschwitz. Die Wetterbedingungen in der Region um Auschwitz waren den ganzen August und den größten Teil des Septembers hindurch ausgezeichnet. Beim Angriff im August legten die Deutschen keinen künstlichen Nebel. Im September versuchten sie es wenigstens für die Industrieanlagen, während die Konzentrationslager in acht Kilometer Entfernung frei einzusehen waren (Wyman, S. 345 ff.). Laut Höß (S. 165) durfte durch die feindliche Lufttätigkeit ab 1944 nachts nicht mehr gebrannt werden. Die erreichte höchste Zahl innerhalb 24 Stunden an Vergasungen und Verbrennungen war etwas über 9.000 im Sommer 1944. In der Zeit vom 16. Mai bis etwa Anfang/Mitte Oktober 1944 wurden über 400.000 ungarische Juden nach Auschwitz deportiert und dort vernichtet (Broszat, Fußnote bei Höß, S. 165, Piper, S. 145 und Enzyklopädie H, S. 1467). Nach dem Konzentrationslager-Dokument F 321 hat man in den drei Monaten Mai, Juni und Juli 1944 in den Krematorien und auf den Scheiterhaufen etwa 600.000 Menschen verbrannt; 20.000 ungarische Juden an einem Tag. Die Höchstzahl betrug 36.000 an einem Tag. Sogar eine Gesamtzahl von 1.341.000 Opfern in etwas weniger als drei Monaten (mehr als 15.000 täglich) wird genannt (Neitzke/Weinmann, S. 221). Laut Gilbert (S. 331) trafen die letzten Züge mit ungarischen Juden vom 8. Juli bis 11. Juli 1944 in Auschwitz ein, die fast alle vergast wurden – insgesamt mehrere zehntausend Menschen innerhalb von nur vier Tagen. Den ganzen Monat August kamen weitere Deportationen von Juden, die alle sofort in den Gaskammern getötet wurden (Gilbert, S. 354). Da die beiden noch intakten Krematorien II und III nur 1.000 bis 2.000 bzw. bis zu 800 oder 600 Leichen täglich schafften, bedeutet dies, dass jeden Tag mindestens 7.000 bis 8.000 und sogar zwischen 20.000 und

35.000 Leichen im Freien verbrannt werden mussten, in 12 Tagesstunden ca. 650 bzw. sogar 2.900 pro Stunde. Dazu waren unzählige Scheiterhaufen erforderlich, die zusammengenommen riesige Feuerflächen ergeben haben müssen, mit entsprechender Rauchentwicklung. Nirgendwo wird gesagt, woher die Unmengen von Brennmaterial (vermutlich trockenes Holz) gekommen sind. Da die Feuer nach den Zeugenaussagen mit Benzin und Öl in Gang gehalten wurden, was dicke schwarze Qualmwolken zur Folge hat, müssen außerdem riesige Qualmwolken den Tag verdunkelt haben. Das Lager Birkenau, in dem das alles laut Zeugenaussagen geschehen ist, liegt genau westlich der Stadt Auschwitz (Plan des Gebiets Auschwitz in Enzyklopädie H, S. 108). Da in der Regel westliche Winde herrschen, müssen diese Qualmwolken zusammen mit dem Gestank des verbrennenden Fleisches von Zehntausenden von Menschenkörpern direkt über die Stadt gezogen sein. Es ist nicht bekannt, dass sich ihre Bewohner oder die Leiter der dort befindlichen riesigen Industriekomplexe über Rauch- und Geruchsbelästigung beschwert haben.

Genau zu der Zeit als nach diesen Angaben die meisten Leichenverbrennungen stattfanden, im Sommer 1944, machte die amerikanische Luftwaffe zur Vorbereitung ihrer Bombardierungen der Industriegebiete von Auschwitz und zur späteren Erfolgskontrolle zahlreiche Luftaufnahmen des ganzen Gebietes, zum ersten Mal am 4. April 1944 (Gilbert, S. 388). So liegen fotografische Abbildungen für den 31. Mai und für den 26. Juni 1944 vor. An diesen Tagen wurde Birkenau von den Alliierten aus der Luft fotografiert. Nach einem Foto vom 21. Mai, zwischen 9 und 10 Uhr morgens aufgenommen, steigt kein Rauch aus den Krematorien II und III, den beiden einzigen noch intakten Krematorien, und an *einer* Stelle neben Krematorium V wird gerade eingeäschert. Die Luftaufnahme vom 26. Juni zeigt keinerlei Aktivität der Krematorien von

Birkenau (Pressac, S. 200 f.). Am 8. Juli 1944 fand ein weiterer alliierter Aufklärungsflug über Monowitz statt. Ein Foto zeigt auch einen Teil von Auschwitz I (Gilbert, S. 323). Nach diversen alliierten Bombenangriffen den ganzen Juli erfolgten am 9. August und am 12. August 1944 weitere Aufklärungsmissionen über Auschwitz. Wieder wurden das gesamte Stammlager Auschwitz sowie Birkenau und Monowitz fotografiert (Gilbert, S. 333 und S. 355). Viele weitere Bombenflüge, Aufklärungsflüge mit Luftaufnahmen der Konzentrationslager erfolgten im August (Gilbert, S. 360 ff.), im September (Gilbert, S. 368 ff.) und im Oktober (Gilbert, S. 377). Auf allen amerikanischen Luftaufnahmen sind aber solche Feuerflächen und Qualmwolken nirgends zu sehen. Amerikanische Flieger haben sich nirgendwo über schlechte Sicht durch Qualmwolken beklagt. Gerade aber zu dieser Zeit wurden laut Zeugenaussagen doch täglich bis zu 36.000 Menschen verbrannt. Selbst wenn an den betreffenden Tagen ausnahmsweise gerade nicht Zehntausende von Leichen verbrannt worden wären, hätten auf dem Boden große schwarz verkohlte Brandflächen von den Verbrennungen an den Vortagen zu erkennen sein müssen. Noch den ganzen Oktober über wurden mehrere tausend Opfer täglich vergast. Jeder neue Tag sah neue Massenvergasungen; in einer Woche mehr als 800 Zigeuner und über 20.000 Juden (Gilbert, S. 382). Da die Krematorien die vielen Körper nicht alle verbrennen konnten, müssen auch im Oktober zahlreiche Leichenfeuer im Freien gebrannt haben, deren Feuerschein in der beginnenden dunklen Jahreszeit aus der Luft besonders gut zu erkennen gewesen sein muss. Waren die alliierten Aufklärungsflieger blind? Waren ihre Geräte, die ansonsten gestochen scharfe Aufnahmen machten, nicht in der Lage, riesige Feuerflächen und Leichenberge bzw. schwarze Brandflächen zu registrieren? Wie konnte trotz idealer Sichtbedingungen das alles unentdeckt bleiben? Die Piloten, Flugingenieure und Artillerie-Offiziere, die bei ihren Einsätzen immer wieder Birkenau überflogen, hatten nicht die geringste

Ahnung davon, was unter ihnen lag (Gilbert, S. 364). Nichts erregte die Aufmerksamkeit oder gar das Misstrauen der Bildauswerter (Gilbert, S. 389). Dann waren da noch die vielen Bomberbesatzungen, die bei mindestens 5.400 Flügen (hin und zurück) trotz bester Sicht das alles auch nicht gesehen haben? Merkwürdig!



VII. Die Zahl der jüdischen Toten

1. Die höchstmögliche Zahl jüdischer Opfer

Einer Untersuchung, wie viele Juden möglichen deutschen Vernichtungsaktionen zum Opfer gefallen sind, muss die Frage vorangestellt werden, wie viele Juden denn überhaupt in deutscher Hand waren, wie viele Juden Hitler und seine Spießgesellen höchstens hätten umbringen können. Als Beispiel, um verständlich zu machen, was gemeint ist, sei auf die ermordeten polnischen Offiziere in den Massengräbern von Katyn verwiesen, die von Stalin bzw. seiner Geheimpolizei erschossen wurden. Noch viele Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg wurde von der antideutschen Propaganda behauptet, die polnischen Offiziere wären von den Deutschen ermordet worden, obwohl die Toten seinerzeit anhand von Papieren, Briefen usw., die man bei ihnen fand (Benz, Legenden, S. 113), größtenteils eindeutig identifiziert waren, und man wusste, dass es sich um die Offiziere derjenigen polnischen Truppenteile handelte, die nicht in deutsche, sondern in russische Gefangenschaft geraten waren. Wie konnten die Deutschen aber Offiziere umbringen, die sie gar nicht hatten?

Nach den Angaben von Franciszek Piper, Leiter der historischen Abteilung der Gedenkstätte Auschwitz (polnisch Oswiecim) wurden insgesamt 1,3 Millionen Menschen nach Auschwitz deportiert (Piper, S. 200), laut Danuta Czech waren es 720.000 (Meyer, S. 637). Von diesen 1,3 bzw. 0,7 Millionen wurden nach sowjetischen Angaben vier Millionen getötet; die Franzosen bezifferten die Zahl der in Auschwitz Ermordeten sogar auf sieben bis acht Millionen (Neitzke/Weinmann, S. 222). Piper (S. 10 ff., S. 86 f., S. 97 f. und S. 174 ff.) zitiert diver-

se Autoren, die sich mit dem Thema Auschwitz beschäftigt haben und deren Zahlenangaben von 1,5 bis zu 5,5 Millionen variieren, obwohl keiner von ihnen eigene Forschungen zur Frage der Zahl der Opfer von Auschwitz durchgeführt hat (Piper, S. 98). Beim Lesen von etwa zwei Dutzend stark abweichender Zahlen zu ein und demselben Vorgang reibt sich der Normalmensch verwundert die Augen und fragt sich, was denn wahr sein kann.

Will man nicht solche Falschnachrichten in die Welt setzen, wie es in den Fällen Katyn und Auschwitz (gleich im Dutzend) offensichtlich geschehen ist, muss man bezüglich der getöteten Juden zunächst einmal ergründen, wie viele Juden denn in deutsche Hand gefallen waren, d. h., wie viele durch deutsche Aktionen höchstens hätten getötet werden können, denn (siehe Katyn) Menschen, die sie nicht hatten, konnten die Deutschen auch nicht töten. Glaubt man der offiziellen Propaganda, wurden von den Deutschen 6 Millionen Juden getötet. Laut Sanning (S. 268) waren aber im 2. Weltkrieg nicht mehr als 3,5 Millionen Juden in deutscher Hand.

Nach der polnischen Volkszählung vom 9. Dezember 1931 lebten in Polen 3,1 Millionen Juden, und zwar fast ausnahmslos in Städten. Innerhalb des Landes war die Verteilung sehr unterschiedlich. Während der jüdische Bevölkerungsanteil in den Westprovinzen bei ca. 1 % lag, betrug er in Warschau 30 % und erreichte in den Ostprovinzen (Gebiete, die größtenteils früher zu Russland gehört hatten und durch den polnisch-russischen Krieg 1920/21 von der Sowjetunion an Polen abgetreten werden mussten) Werte von 40 bis 50 %. Die Städte Rowno und Pinsk hatten einen jüdischen Bevölkerungsanteil von 56 % bzw. 63 % (Sanning, S. 6 ff.). In der »Judenhauptstadt« Brody in Galizien waren sogar drei Viertel der Bewohner Juden. Erwähnt sei, dass die von manchen als »Judapest« titulierte ungarische Hauptstadt um 1900 einen

jüdischen Bevölkerungsanteil von 24 % hatte (Bieberstein, S. 96).

In keinem Land Europas wurden nach dem 1. Weltkrieg die Juden so feindlich behandelt wie in Polen. In regelrechten Kampagnen wurden sie aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet, der Boykott jüdischer Geschäfte mit Gewalt durchgesetzt, so dass sich ihre wirtschaftliche Lage drastisch verschlechterte. Die Folgen waren ein starker jüdischer Geburtenrückgang und große Auswanderungen, so dass bis November 1938 etwa 575.000 Juden Polen verlassen hatten und es bei Kriegsbeginn 1939 in Polen noch 2,6 Millionen Juden gab (Hoggan, S. 206, Sanning, S. 20 ff.). Als sich schon kurz nach der Eröffnung der Feindseligkeiten die Niederlage Polens abzeichnete, warteten viele polnische Juden gar nicht erst das Kommen der Deutschen ab; sie flüchteten in Scharen in die ostpolnischen Gebiete, die kurz danach von der Sowjetunion besetzt und annektiert wurden. Im Eichmann-Prozess in Jerusalem wurde berichtet, die Deutschen hätten polnische Juden in riesigen Viererkolonnen auf den sowjetischen Teil des besetzten Polen getrieben. Stalin machte kurzen Prozess und ließ etwa 1 Million Juden unter fürchterlichsten Bedingungen nach Sibirien und dem Ural transportieren, wo sie sich binnen Jahresfrist (die ca. 600.000 Überlebenden dieser Transporte) in sibirischen Arbeits- und Konzentrationslagern wiederfanden. Nach allen aus deutschen, zionistischen, polnischen und amerikanischen Quellen stammenden Ziffern sind nur 757.000 polnische Juden unter deutsche Verwaltung gekommen (Sanning, S. 31 ff.).

Hilberg (S. 1288 ff.) gibt die Zahl der polnischen Juden vor der deutschen Machtübernahme mit 2,79 Millionen an, ohne allerdings zu erwähnen, dass sie im Land unterschiedlich verteilt waren und nur ein kleiner Teil überhaupt in deutsche Hände fallen konnte. Von ihnen waren noch viele in das siche-

re Innere der Sowjetunion geflohen, d. h. Hilberg bestätigt die Angaben Sannings. So hatte z. B. bis zu einem Drittel der jüdischen Bevölkerung die Region Wilna bereits verlassen, als die Deutschen eintrafen. Obwohl von den 2,79 Millionen polnischen Juden nur ein kleiner Teil im deutsch besetzten Gebiet lebte, von denen auch noch viele rechtzeitig geflohen waren, sind von ihnen laut Hilberg (S. 1293) annähernd drei Millionen ums Leben gekommen. Hilberg muss entweder nicht rechnen können oder er hat die durch Stalins Maßnahmen Getöteten mit einbezogen und Stalins Opfer einfach den Deutschen angelastet.

Gemäß sowjetischer Volkszählung von 1939 gab es in der Sowjetunion 3,0 Millionen Juden, deren Zahl durch Gebietserweiterungen (Polen, baltische Staaten, Bessarabien) um 2,3 Millionen stieg, so dass sich im sowjetischen Machtbereich 1941 rund 5,3 Millionen Juden befanden. Von ihnen lebten in dem von den Deutschen später besetzten Teil der Sowjetunion nach den Berechnungen von Sanning (S. 49 ff.) rund 3,6 Millionen. Als der deutsche Vormarsch begann, waren eineinhalb Millionen Juden auf der Flucht (Hilberg, S. 1286). Außerdem waren besonders in der Ukraine und in Weißrussland die Juden unter den Ersten, die evakuiert wurden. Die Sowjetunion stellte tausende Züge speziell für die Evakuierung der Juden zur Verfügung. Sie wurden zusammen mit dem staatlichen Personal bevorzugt behandelt. In vielen Städten wurden die Juden als Erste evakuiert. In Tschernigow z. B. sind von 70.000 jüdischen Einwohnern 10.000 (14,3 %) zurückgeblieben. In Shitomir haben von 50.000 Juden mindestens 44.000 (88 %) fliehen können (Solschenizyn, S. 359 f.). Der Grund für diese Bevorzugung lag in dem hohen Anteil, den Juden in der sowjetischen Verwaltung, unter den Angestellten, Arbeitern und der Intelligenz hatten (Sanning, S. 109). Nach Angaben aus mehreren Quellen sind die Juden zu 80 % bis 100 % aus den von den Deutschen besetzten Gebieten entkommen

(Sanning, S. 113 ff.). 20 % oder nur 10 % verbliebene Juden von 3,6 Millionen ergeben 720.000 bzw. 360.000, bei denen es sich zum größten Teil um ältere Jahrgänge handeln dürfte, da die wehr- und arbeitsfähigen zur Roten Armee eingezogen bzw. zum Arbeitseinsatz abtransportiert waren. Im Herbst 1944 berichtete der Sekretär des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, dass 3,5 Millionen Juden aus den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten evakuiert worden seien (Sanning, S. 126), d. h., es wären demnach überhaupt nur ca. 100.000 russische Juden (vermutlich Alte und Kranke, deren natürliche Sterblichkeit sehr hoch gewesen sein muss) in deutsche Hand gefallen.

Nach Überlegungen von Werner (S. 128 ff.), der sich auf Angaben von Georges Wellers stützt, gab es in der Sowjetunion 1971 einen Fehlbestand von 389.000 Juden. Nun ist aber die Definition der jüdischen Nationalität schwierig. Nach sowjetischem Recht steht es jedem Sowjetbürger frei, seine Nationalität selbst zu bestimmen, unabhängig von Abstammung, Muttersprache oder Religion. Es ist allgemein bekannt, dass es mehr Juden in der UdSSR gibt, als bei Volkszählungen angegeben (Solschenizyn, S. 433). Wegen des starken Antisemitismus, der zur Stalinzeit und auch nach dem 2. Weltkrieg neue Höhepunkte erlebte, versuchten viele Juden, ihre jüdische Nationalität zugunsten der russischen loszuwerden. Juden wurden zur Rassenangleichung ermuntert. Kinder aus gemischten Ehen sind in der Regel keine Juden. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte muss also der wirkliche Rückgang der jüdischen Bevölkerung erheblich geringer als 389.000 gewesen sein. Auch die Auswanderung von Juden wäre noch zu beachten, der Exodus ab 1966 (Solschenizyn, S. 491 ff.).

Laut Hilberg (S. 1296 ff.) hat sich zwischen den sowjetischen Volkszählungen von Januar 1939 und Januar 1959 die jüdische

Bevölkerung um 752.357 verringert. Unter Berücksichtigung jüdischer Flüchtlinge aus polnischen, baltischen und rumänischen Gebieten beträgt das korrigierte Defizit 850.000 bis 900.000. In Stalins Konzentrationslagern, als Soldaten der Roten Armee, als Partisanen usw. wurden 100.000 bis 200.000 getötet, so dass der Holocaust in der Sowjetunion 650.000 bis 800.000 Menschen das Leben gekostet hat. Hilberg dürfte auch hier einen erheblichen Teil von Stalins Opfern den Deutschen aufgebürdet haben. Selbst bei diesen zu Deutschlands Lasten überhöhten (und trotzdem von Millionen noch weit entfernten) Zahlen ist es verwunderlich, dass Hilberg auf S. 1299 dann eine Tabelle der Todesursachen bringt, die mit 5,1 Millionen Toten endet. Addiert man aber sämtliche Zahlen in der Tabelle, ergeben sie die Gesamtsumme von 11,65 Millionen. Wie Hilberg von den zuvor genannten relativ niedrigen Zahlen ganz plötzlich auf diese Millionen kommt, ist ein Rätsel. Rechnerisch ist die Tabelle nicht nachvollziehbar, sachlich und logisch auch nicht.

2. Schutz der Juden

Nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen und vor Ankunft der deutschen Wehrmacht 1941 fanden an vielen Orten Pogrome der einheimischen Bevölkerung gegen die Juden statt; in Litauen z. B. an mindestens 40 Orten (Enzyklopädie H, S. 871), da man ihnen vorwarf, mit Stalins (überwiegend jüdischem) NKWD zusammengearbeitet und viele Nichtjuden dem NKWD ausgeliefert zu haben. In Weißrussland kam es zu einer Reihe von Pogromen, die von der lokalen Bevölkerung ausgingen (Enzyklopädie H, S. 1568). Erst das harte Eingreifen deutscher und verbündeter Truppen setzte diesem mörderischen Treiben ein Ende. Beim IMT in Nürnberg kam auch das Verhalten der deutschen Wehrmacht gegenüber den Juden zur Sprache. Nach den Angaben ist z. B. Feldmarschall von Kleist schon auf das bloße Gerücht hin, dass Juden ermordet würden, eingeschritten, ließ sich den Höheren SS- und Polizeiführer kommen und brachte ihm gegenüber zum Ausdruck, dass er Ausschreitungen gegen die Juden nicht dulden würde. Dieser SS-Führer versicherte ihm, dass keine Ausschreitungen gegen die Juden erfolgten und er auch keinen Befehl dazu habe. Der General der Panzertruppen Geyr von Schweppenburg hat den Führer eines Einsatzkommandos, der ihn aufsuchte und vorgab, mit der politischen Befriedung beauftragt zu sein, sofort aus dem Operationsgebiet gewiesen. General von Knobelsdorff ließ einen SD-Führer verhaften, weil er 50 bis 60 Personen erschießen lassen wollte, die angeblich deutschfeindlich wären und die Absicht hätten, gegen die deutsche Truppe Sabotageakte zu vollführen. Der volksdeutsche Bürgermeister von Marinka wurde wegen Verbrechen an einer Jüdin von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und erschossen. Das 49. Gebirgskorps schritt am 2. Juli 1941 gegen Misshandlungen von Juden durch die ortsansässigen Ukrainer ein. An anderer Stelle wurden besondere Maßnahmen ärztli-

cher Hilfe bei einer Fleckfieber-Epidemie unter den Juden ergriffen (IMT, Bd. XXI, S. 430 f. und 443 ff.). Aus diesen Angaben ist zu ersehen, dass die militärischen Führer die Ermordung von vielen Tausenden von Juden nicht geduldet, geschweige denn befohlen haben.

3. Jüdische Gesamttote

Zusammenfassend kommt Sanning nach der Untersuchung hauptsächlich zionistischen und zionistenfreundlichen Zahlenmaterials zu dem Ergebnis (Tabelle auf S. 234), dass in Europa das Verschwinden von 304.000 Juden statistisch nicht nachweisbar ist. Berechnungen zur Entwicklung der jüdischen Weltbevölkerung (Sanning, Tabelle auf S. 268) ergeben für die Zeit von 1941 bis 1945 einen Rückgang der jüdischen Weltbevölkerung von 1,237 Millionen. Davon sind 1.030 Millionen in Stalins Arbeits- und Konzentrationslagern sowie als Soldaten der Roten Armee umgekommen, so dass ein statistisch nicht erfassbarer Rest von 0,207 Millionen bleibt. Ganz gleich ob man die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung Europas oder der Welt verfolgt, der unauffindbare Rest scheint sich bei zwei- oder dreihunderttausend einzupendeln (Sanning, S. 267).

Von den 200.000 bis 300.000 verschwundenen Juden dürfte ein großer Teil durch die Pogrome der Polen, Weißrussen, Ukrainer, Litauer, Letten usw. getötet worden sein. Kriegsbedingt stieg die normale Sterblichkeit bei gleichzeitigem Rückgang der Geburten. Da die Juden im Partisanenkampf gegen die Deutsche Wehrmacht eine herausragende Rolle spielten, sind viele im Partisanenkampf ums Leben gekommen. Erschießungen jüdischer Geiseln als Vergeltung für die Mordtaten an deutschen Soldaten kamen hinzu. Wie viele Juden können dann noch in den deutschen Konzentrationslagern umgekommen sein?

Im Bericht des SS-Statistikers Korherr vom 23. März 1943 (zitiert bei Wellers, S. 33 ff.) wird die Zahl der Toten in den Konzentrationslagern von 1933 bis 31. Dezember 1942 mit 27.342 angegeben. Da Juden etwa 10 bis 15 % der Konzentra-

tionslagerinsassen ausmachten, dürfte ihr Anteil an den Toten auch in dieser Größenordnung liegen, z. B. 15 % von 27.342 = 4.101 als Obergrenze. Allerdings wird bei Wellers unterschieden zwischen Konzentrationslagern und Arbeitslagern, wobei über Letztere keine Angabe erfolgt. In den Arbeitslagern gab es laut Wellers (S. 34) keine Gaskammern und auch keine Selektionen. Wozu gehörte dann laut Wellers Auschwitz? Nach einer vergleichenden Gegenüberstellung vom 22. September 1943 (Tuchel, S. 152) starben von Juli bis Dezember 1942 in allen Konzentrationslagern insgesamt 57.503 und von Januar bis Juni 1943 bei gestiegener Belegstärke 53.309 Häftlinge. Relativ sank die Todesrate von 9,89 % auf 5,72 %, ein weiterer Beweis dafür, dass die Rettungsmaßnahmen der SS Wirkung zeigten. Setzt man von den insgesamt 110.812 Toten die 34.500 Fleckfieberopfer von Auschwitz ab, bleiben 76.312 »normal« Verstorbene in sämtlichen Lagern für einen Zeitraum von 12 Monaten. Legt man auch hier als Höchstzahl 15 % von 76.312 zugrunde, ergibt das für ein Jahr 11.447 »normal« verstorbene Juden und 16.622 einschließlich der Fleckfiebertoten. Wie sollen da Millionenzahlen zusammenkommen?

4. Die Gesamtzahl der Auschwitztoten

Da als Symbol für die Judenvernichtung immer noch das Lager Auschwitz gilt, sei versucht, die Zahl der Auschwitztoten und speziell die der jüdischen Toten zu ergründen.

Nachdem 1991/92 in Moskau die nicht ganz vollständige Sammlung der Sterbebücher von Auschwitz gefunden wurde, versuchen Pressac und Mattogno anhand dieser Urkunden die wirklichen Todeszahlen zu ermitteln, wobei vorhandene Lücken durch Schätzungen geschlossen werden. Die Ergebnisse:

Sterbejahr	**Mattogno (S. 25)**	**Pressac (S. 195)**
1940/41	19.500	11.988
1942 (einschl. 20.000 Fleckfiebertote)	48.447	45.618
1943 (einschl. 14.500 Fleckfiebertote)	36.991	36.991
1944	30.000	30.000
1945	536	1.500
Gesamt	135.474	126.097
gerundet	**135.500**	**126.000**

Die Sterbebücher aus Moskau gestatten die Behauptung, dass von den zwischen Mai 1940 und Januar 1945 registrierten 400.000 Häftlingen 130.000 = 32,5 % *intra muros* gestorben sind und 270.000 = 67,5 % »theoretisch« überlebt haben, da sie entweder in andere Lager überstellt wurden oder zum Zeitpunkt der Evakuierung (Januar 1945) noch am Leben waren (Pressac, S. 196). Nach Pressac (S. 202) gab es neben den 126.000 registrierten Toten noch 470.000 – 550.000 nicht registrierte Ermordete. Diese Zahl erinnert stark an die 500.000 aus dem Vrba-Wetzler-Bericht, die, ohne registriert worden zu sein, sofort vernichtet wurden, deren Namen (die aber niemand kannte, da sie nicht registriert worden waren) der Kommandant später in 500.000 Entlassungsformulare eintragen ließ (Gilbert, S. 310). Laut Meyer (S. 641) wurden von den *mutmaßlich* 510.000 Toten 356.000 *wahrscheinlich* im Gas ermordet, d. h. es gab 154.000 »normal« Verstorbene.

Für die Zahl der Auschwitztoten gibt es noch einen anderen Nachweis:
Am 26. Januar 1944 beantragt das Lager Auschwitz die Genehmigung zum Druck von 30.000 Karteikarten für die Krematoriumsverwaltung, da nur noch 8.000 Karten vorhanden sind, jährlich aber 40.000 Karteikarten benötigt werden. Die Karteikarte wird nicht nur für die Krematoriumsverwaltung, sondern auch für das Standesamt zu Urnen- und Urkundenanforderungen benötigt und ist bei ca. 40.000 Fällen außerordentlich wichtig (Tuchel, S. 166 f.). Laut Piper (S. 160) wurden 1943 mehr als 38.000 Sterbeurkunden ausgestellt, d. h. Piper bestätigt die Angaben des Schreibens. Anmerkung dazu: In Buchenwald wurden nach der Befreiung 1945 viele hundert Urnen mit der Asche von Verstorbenen gefunden, die im Chaos des Zusammenbruchs nicht mehr an die jeweils Berechtigten zugestellt werden konnten (Stein, S. 78 und S. 117). Auf den Urnendeckeln waren Name und Herkunft des Toten verzeichnet. Wenn in Auschwitz Urnen entsprechend der

Todeszahl angefordert werden, kann dies nur bedeuten, dass auch dort die Asche eines jeden Toten eine eigene Urne bekam analog zur Handhabung in Buchenwald. Im Bauplan für das Krematorium 1 ist dafür sogar ein besonderer Urnen-Raum eingezeichnet (Pressac, S. 29).

Setzt man nun für die Jahre 1942 bis 1944 die genannte Zahl von je 40.000 an, ergibt das 120.000 Tote. Zuzüglich der Jahre 1940/41 und des Januar 1945 lässt sich eine Gesamtzahl von ungefähr 130.000 bis 135.000 errechnen. Dividiert man die Zahl 40.000 durch 365 Kalendertage, ergibt sich eine durchschnittliche Sterbeziffer von 110 pro Tag. Piper (S. 160) kommt auf durchschnittlich 105 Häftlinge pro Tag. Laut Pressac (S. 195) betrug von August 1941 bis Dezember 1943 die durchschnittliche tägliche Rate 101. Zieht man von Pressacs Zahlen die 34.500 Epidemietoten ab, ergibt sich eine durchschnittliche »normale« Sterblichkeit von 61 pro Tag. Tatsächlich liegt, nachdem die dritte Fleckfieberepidemie Anfang Juli 1943 beendet ist und bis Ende Juli nur noch gelegentliche Fleckfiebertote registriert werden, die tägliche Sterbeziffer von August bis Dezember 1943 bei 50 bis 70 Fällen (Pressac, S. 164 und S. 194). Wegen steigender Häftlingszahlen und der ab 1944 verschlechterten Gesamtsituation dürften dann die Totenzahlen gestiegen sein. Die von Mattogno und Pressac für 1944 genannten 30.000 Toten ergeben im Durchschnitt 82 pro Tag.

Aufschlussreich für die Zahl der Toten sind auch die Stärkebücher des Männerlagers von Auschwitz, die für sieben Monate des Jahres 1942 vorliegen (Gärtner/Nowak, S. 425 ff.). Sie nennen z. B. für den 19. Januar 1942 eine Belegstärke von 11.703 und für den 16. August 1942 eine solche von 23.097. Aus diesen Büchern ergeben sich für den Zeitraum 19. Januar bis 19. August 1942 insgesamt 20.696 männliche Tote (Piper, S. 58). Auf 12 Monate hochgerechnet, kommt man zu 35.479. Da die 1. Fleckfieberepidemie ihren Höhepunkt erst im

September erreichte, ist nur ein kleiner Teil der Fleckfiebertoten hierin enthalten, ferner fehlt das Frauenlager, woraus sich die Differenz zu den Zahlenangaben für das ganze Jahr 1942 von Mattogno und Pressac erklärt. Aus den in den Stärkebüchern verzeichneten Geburtsdaten ergibt sich, dass etliche der Verstorbenen zwischen 60 und 70 Jahre alt waren. Geht man davon aus, dass kräftige junge Männer in überreichlicher Zahl zur Verfügung standen, dürften diese Alten kaum als arbeitsfähig anzusehen sein. Warum sind sie trotzdem nicht vergast worden?

5. Jüdische Tote in Auschwitz

Zur Gesamtzahl der in Auschwitz ums Leben gekommenen Juden lässt sich Folgendes sagen: Nach den Angaben von Kazimierz Smolen, Direktor des staatlichen Auschwitz-Museums (zitiert bei Gärtner/Nowak, S. 435), wurden in Auschwitz insgesamt 405.000 Häftlinge registriert, darunter 65.000 Juden (35.000 Männer und 30.000 Frauen). Laut Piper (S. 102) wurden an Juden 64.251 Registriernummern (34.897 an Männer und 29.354 an Frauen) ausgegeben. Auf Seite 103 behauptet Piper dann aber ohne nähere Erklärung, dass in Auschwitz-Birkenau etwa 205.000 Juden registriert worden seien. Die Zahl 65.000 erscheint insofern glaubwürdiger, als sich nach dem Schreiben des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes vom 4. September 1943 (Tuchel, S. 128) im August rund 25.000 Juden in Auschwitz befanden (siehe S. 103). Laut Zugangsliste sind in der Zeit von Mai bis Dezember 1941 in Auschwitz 1.079 Juden registriert worden (Piper, S. 102). Erst ab März 1942 kamen jüdische Transporte nach Auschwitz (Piper, S. 50). Als am 5. Oktober 1942 die Anweisung erging, die KZ im Landesinneren »judenfrei« zu machen und alle Juden nach Auschwitz oder Lublin zu überstellen (Stein, S. 128), erhielt Auschwitz aus diversen Lagern etwa 1.600 Juden (Piper, S. 51). Die Zugangslisten von neu eingelieferten Juden für das Jahr 1942 enthalten 10.117 Namen (Piper, S. 57). All diese Zahlenangaben Pipers sprechen eher für 25.000 bzw. 65.000 als für 205.000. Bei einer allgemeinen Todesrate von 32,5 % errechnen sich aus 65.000 Juden 21.125 Tote. Auch wenn man für Juden eine höhere Todesrate ansetzt, z. B. 50 %, wären das 32.500. Selbst bei 205.000 ergeben 32,5 % insgesamt 66.625 und bei 50 % sind es 102.500 Tote. In den Stärkebüchern für die Zeit vom 19. Januar bis 19. August 1942 (7 Monate) ist der Tod von 11.340 Juden vermerkt (Piper, S. 167). Rechnet man diese Zahl auf 36 Monate hoch, kommt

man auf 58.320. Zu berücksichtigen ist hierbei aber, dass im Juli 1942 die schlimmste der drei Fleckfieber-Epidemien begann, was die Sterbeziffern ungewöhnlich in die Höhe trieb. Da ab 1943, nach der Überwindung des Fleckfiebers, die Sterberaten stark zurückgingen, muss die Gesamtzahl unter 58.320 gelegen haben.

Wenn Piper (S. 145 und S. 202) angibt, dass in Auschwitz insgesamt 1,1 Millionen getötet wurden, kann dies zumindest insoweit nicht stimmen, als darin 438.000 ungarische Juden enthalten sind. Laut Enzyklopädie H (S. 252) wurden zwischen April und Juli 1944 in Ungarn Juden zusammengetrieben und 17.500 Juden aus Budapest nach Auschwitz deportiert, bevor Staatschef Horthy am 7. Juli die Einstellung der Transporte befahl. Die nach Auschwitz gebrachten Juden können dort aber nicht geblieben sein, denn Zehntausende von ungarischen Juden wurden in andere Konzentrationslager gebracht. Baukomplex III diente bei der Ungarn-Aktion im Sommer 1944 als Durchgangslager (Pressac, S. 60). Buchenwald erhielt z. B. von April bis November 1944 insgesamt 10.301 ungarische Juden aus Auschwitz (Stein, S. 166 und S. 299). Weitere Transporte gingen von Auschwitz nach Mauthausen, Dachau und in diverse andere Lager. Darüber hinaus haben viele Transporte Auschwitz gar nicht durchlaufen. Bei Kriegsende fand man in 386 Lagern ungarische Juden und Jüdinnen. Man sah sie überall. Fast alle nichtjüdischen Deportierten bezeugen ihre Omnipräsenz (Pressac, S. 199 f.). Die Vernichtung von mehr als 400.000 ungarischen Juden und die Verbrennung von täglich mehreren zehntausend Leichen im Freien kann nicht stattgefunden haben, denn sonst hätten die amerikanischen Aufklärungsflieger dies unweigerlich bemerken müssen. Noch erstaunlicher: Gerade zu der Zeit, als nach den Zeugen täglich Zehntausende verbrannt werden, stellen die Amerikaner wiederholt fest, dass die Krematorien gar nicht in Betrieb sind. Es wurden also gar keine Leichen verbrannt, das bedeutet aber

auch, dass keine Vergasungen (schon gar keine Massenvergasungen) stattgefunden haben können. Pressac (S. 192 ff.) weist auf viele Ungereimtheiten in Pipers Rechenwerk hin und korrigiert Pipers Zahlen um etwa 400.000 bis 500.000 nach unten (S. 202). Auch Mattogno (S. 21 ff.) rechnet erheblich geringere Zahlen aus. Piper (S. 17) gibt selbst an, dass er die Möglichkeit einer Korrektur seiner Feststellungen in Betracht zieht und seine Arbeit nicht als Abschluss der Forschungen zu dieser Frage betrachtet. Eine offizielle Korrektur seiner Zahlen hat er bisher anscheinend nicht vorgenommen. Inzwischen hat die Gedenkstätte Auschwitz selbst ihre (Pipers) Totenzahl auf 800.000 reduziert.

Verringert man Pipers ursprüngliche Zahl von 1,3 Millionen um die 438.000 ungarischen Juden, die (außer 17.500) höchstwahrscheinlich nicht nach Auschwitz gekommen sind, und berücksichtigt eine Korrektur Pressacs (S. 201 f.), ergibt sich folgende Rechnung:

Nach Auschwitz deportiert laut Piper		1.300.000
abzüglich ungarische Juden	438.000	
	- 17.500	420.500
abzügl. polnische Juden (Pressac)		150.000
Insgesamt nach Auschwitz deportierte Häftlinge		729.500
		======

Diese Zahl entspricht in etwa den 720.000 von Czech, muss aber, nachdem die Gedenkstätte Auschwitz Pipers Zahlenangabe um 300.000 nach unten berichtigt hat, weiter reduziert werden. Auch der Wahrheitsgehalt des Werkes von Czech wird dadurch gemindert, dass es unter einem zu sehr von den politischen Spannungen der 60er Jahre beeinflussten Blickwinkel entstanden ist (Pressac, S. 134). So sieht Pressac (S. 198 ff.) auch bei Czech erheblichen Korrekturbedarf.

Laut Piper (S. 163 f.) haben u. a. auch 25.000 nicht registrierte Häftlinge überlebt. Zieht man nun 325.000 von 729.500 (730.000) ab, kommt man auf 405.000. Das ist die Zahl der registrierten Häftlinge.

Für das Stillliegen der Krematorien in Auschwitz gibt es eine einfache Erklärung. Die tägliche Verbrennungskapazität der beiden noch funktionierenden Krematorien II und III betrug zusammen 600 laut Mattogno/Deana bzw. 800 laut Meyer bzw. 2.000 laut Pressac. Nach den Sterbeziffern für 1944 gab es im Durchschnitt aber nur 82 Tote pro Tag. Es war also zwecks sparsamen Umgangs mit dem Brennmaterial geboten, die anfallenden Leichen über mehrere Tage zu sammeln und erst dann den Ofen anzuheizen. Da man für die starken Nachtfröste im Osten mit gefrorenen Leichnamen rechnete (Pressac, S. 35), konnte es nach einem vermutlich auf böser Erfahrung beruhenden Vorschlag vom 19. Februar 1943 (Pressac, S. 93 und S. 160) durchaus angebracht sein, an anderer Stelle freiwerdende überschüssige Hitze zu verwenden, den Leichenkeller 1, den Keller, in dem die Leichen bis zur Verbrennung gelagert wurden (Pressac, S. 43), zu wärmen, um zu verhindern, dass die Leichen gefrieren oder gleich mehrere zu großen Eisklumpen zusammenfrieren. Folgerichtig wird am 25. März beschlossen, das Wärmen des Leichenkellers 1 wegfallen zu lassen (Pressac, S. 162), da es im beginnenden Frühling nicht mehr notwendig ist, ja, es sogar fatal wäre. Die von den amerikanischen Aufklärern am 21. Mai festgestellte Verbrennung einiger Leichen neben Krematorium V könnte bedeuten, dass hier Seuchentote verbrannt wurden, deren Einäscherung wegen der Ansteckungsgefahr keinen Aufschub duldete, was »außer der Reihe« vorgenommen wurde. Dass die Kapazität der beiden intakten Krematorien noch viel zu groß war für die im täglichen Durchschnitt anfallenden 82 Leichen erklärt auch, warum die SS kein Interesse daran hatte, die defekten Krematorien reparieren zu lassen. Die seinerzeit unter dem Druck der Fleckfieber-Epide-

mie (Pressac, S. 62) und vermutlich in panischer Angst vor weiteren Folgen bzw. im Hinblick auf die geplante Lagervergrößerung geschaffenen riesigen Einäscherungskapazitäten erwiesen sich dank der hygienischen Maßnahmen durch Entwesungs-Gaskammern und der ab Mitte 1944 in Betrieb genommenen Kurzwellen-Entlausungsanlagen als überflüssig.

Nach Schätzungen von Professor Yehuda Bauer, ehemaliger Direktor von Yad Vashem in Israel, befanden sich am Ende des Krieges noch 200.000 Juden in den deutschen Konzentrations- und Arbeitslagern oder hatten die Todesmärsche überlebt. Bei Entschädigungsverhandlungen wurde behauptet, dass 700.000 jüdische Sklavenarbeiter den Krieg überlebt hätten und 50 Jahre später immer noch 140.000 von ihnen unter den Lebenden weilten. Der Sonderbotschafter des amerikanischen Außenministeriums für Holocaust-Fragen, Bindenagel, verkündete, dass »in den Nachkriegsjahren viele Millionen Holocaust-Opfer hinter dem Eisernen Vorhang gefangen waren« (Finkelstein, S. XIII f.). Nach einigen Verlautbarungen sollen nach dem Krieg mehr als fünf Millionen Wiedergutmachungsanträge gestellt worden sein. Diese vielen Millionen Überlebenden (von insgesamt 3,5 Millionen laut Sanning) können dann ja nicht getötet worden sein. Der jüdische Leiter des bayerischen Entschädigungsamtes wurde laut Hilberg (S. 1244 f.) 1951 wegen diverser Betrügereien zu Gefängnis- und Geldstrafe verurteilt. Einer der Anklagepunkte war die Bearbeitung von 111 (laut Zeitungsbericht 200) Entschädigungsansprüchen von angeblich nicht existierenden Personen. Halow (S. 37) schreibt dazu, dass ihm die Gegenwart so vieler Juden in Deutschland Rätsel aufgab, da nach den Berichten, die man in den Vereinigten Staaten zu hören bekam, die Juden von den Deutschen systematisch getötet worden waren.



VIII. Wo sind sie geblieben?

1. Judentransporte nach Weißrussland

Wenn die Juden nicht vernichtet wurden, müssen sie irgendwo geblieben sein. Wo könnten sie sich während des Krieges und danach befunden haben? Werner, der sich mit dem Thema beschäftigt, hat festgestellt, dass es z. B. im Gebiet um die Pripjet-Sümpfe im Ostteil Weißrusslands zwischen 1941 und 1944 eine bedeutende Zunahme der Bevölkerung gegeben hat. Wo nach der deutschen Heereskarte von 1941, Nachtrag II. 43, noch 18 Ortschaften verzeichnet sind, zeigt der Nachtrag VIII. 1943 mindestens 45 Orte. Die Einwohnerzahl hat sich von 96.000 auf 480.000 etwa verfünffacht, und das in einem Gebiet, in dem es schwere Kämpfe gab (Werner, S. 13 ff.). Woher kommt die ungewöhnlich schnelle Bevölkerungszunahme in so kurzer Zeit?

Nach den ursprünglichen deutschen Plänen sollte ganz Weißrussland (Weißruthenien) einer Zivilverwaltung unterstellt werden. Doch Ende 1941 erfolgte die Teilung in ein westliches zivilverwaltetes und ein östliches militärverwaltetes Gebiet. Weißruthenien sollte im Wesentlichen auf seinen Westteil beschränkt werden, die Heimat der Väter, wo die Weißruthenen ethnographisch ihren Schwerpunkt haben. Die neue Grenzziehung weist vor allem die sumpf- und morastreichen Gebiete dem Ostteil zu (Werner, S. 50 ff.). Innerhalb Weißrutheniens gab es Umsiedlungsaktionen vom militärverwalteten in den zivilverwalteten Teil. Während die ersten Umsiedler noch Bauernhöfe erhielten, wurden die späteren Umsiedler, die jetzt teilweise in übervölkerten Dörfern warteten, auf die Siedlungsmaßnahmen nach dem Krieg vertröstet. Deutsche

Informationen über die Ostgebiete enthalten alle möglichen Angaben, jedoch kaum Zahlenangaben über die Volkstumsgliederung in Weißruthenien oder die knappe Mitteilung, dass Weißruthenien eine völlig abweichende politische, soziale und bevölkerungsmäßige Entwicklung hatte (Werner, S. 55 ff.). Eine Besonderheit Weißrutheniens, die es offenbar in den anderen Teilen der besetzten Sowjetunion nicht gegeben hat, ist, dass an der Grenze zwischen zivilverwaltetem und militärverwaltetem Gebiet Dörfer als Wehrdörfer ausgebaut wurden mit der Aufgabe, die Grenze zu bewachen und zu verhindern, dass die Juden ihr Territorium verlassen (Werner, S. 61 f. und S. 172).

Nach Angabe von Piper (S. 51) ist der größte Teil der österreichischen, der deutschen und der slowakischen Juden in das Gebiet der Sowjetunion (Minsk, Riga, Kowno) deportiert worden. Für das Jahr 1942 lässt sich z. B. eine erhebliche Zahl von Judentransporten aus etlichen deutschen Städten nach Minsk und Maly Trostinec feststellen, Orte die unweit der Pripjet-Sümpfe liegen. Laut Enzyklopädie H (S. 1572) wurden in der Zeit zwischen November 1941 und Oktober 1942 aus dem Reich und dem Protektorat Böhmen und Mähren 35.442 Juden nach Minsk deportiert. Annähernd 10.000 Juden entkamen aus Minsk in die umliegenden Wälder. Acht Kilometer von Bobruisk entfernt wurde ein Durchgangslager für Juden aus dem Westen eingerichtet. Hier kam am 29. Mai 1942 der erste Transport mit 960 Juden aus Warschau an. Weitere Transporte aus Warschau folgten ab 28. Juli 1942. Auch in Mogiljow befand sich ein Durchgangslager für Juden. Beide Orte liegen im militärverwalteten Teil Weißrusslands, Minsk dicht an seiner Grenze, alle drei nahe den Pripjet-Sümpfen. In Mogiljow wurde laut Pressac (S. 41) ab Mai 1942 eine Krematoriumsstätte aufgebaut. Dies lässt den Rückschluss zu, dass es in Mogiljow außer dem Durchgangslager auch ein Arbeitslager, ähnlich dem von Auschwitz, gegeben hat bzw. ein solches

Lager 1942 in der Entstehung war. Nach einem Brief des Generalkommissars Kube vom 31. Juli 1942 kam am selben Tag in Minsk ein Transport von 1.000 Juden aus Warschau an. Die Aussiedlung der Juden aus Warschau begann am 22. Juli 1942. Diese Transporte liefen alle über Treblinka. Bisher wurde immer behauptet, dass Treblinka ein Vernichtungslager war, in dem die Juden vergast wurden. Zumindest die Juden dieser Züge waren nicht vergast worden (Werner, S. 69 ff.). Laut Enzyklopädie H (S. 918) haben nahezu 500.000 Personen aus 28 Ländern mit 54 verschiedenen Staatsbürgerschaften das Lager Majdanek passiert, d. h. sie wurden dort nicht ermordet, sondern haben das Lager als lebende Menschen verlassen.

In einer Besprechung am 15. September 1942 zwischen hohen SS- und hohen Staatsfunktionären wurde vereinbart, die zur Schließung von Personallücken in Auschwitz notwendigen Arbeitskräfte dadurch zu beschaffen, dass man sie in erster Linie in Auschwitz aus der Ostwanderung abschöpft. Arbeitsfähige Juden werden ihre Reise unterbrechen und Rüstungsarbeiten leisten müssen. Das bedeutet aber, dass alle nicht als Arbeitskräfte »abgeschöpften« Juden ihre Reise von Auschwitz aus fortsetzen (Mattogno, Leichenkeller, S. 358). Erwähnt sei auch noch einmal, dass es in der Enzyklopädie H (S. 1494) zu Auschwitz-Birkenau heißt:

> *Hier wurden meist »Selektionen« bei den ankommenden Transporten durchgeführt und ein Teil der Menschen zur Arbeit oder zur Weiterleitung in andere Lager »aussortiert«.*

Piper gibt lediglich an (S. 163), dass es Überstellungen in andere Lager gegeben hat, ohne Zahlen zu nennen. Nach den Zahlen von Czech (zitiert bei Meyer, S. 637) wurden nach

Auschwitz eingeliefert	720.000
Davon weitergeleitet	225.000
	495.000
in Auschwitz registriert	405.222
ohne Registriernr. (zeitweilig) im Lager	89.778
	=====

Die Differenz von rund 90.000 ergibt sich daraus, dass Meyer (siehe dazu Seite 107) die Zahl der nicht registrierten (und weitergeleiteten?) Häftlinge mit 315.000 angibt, während er an anderer Stelle nur 225.000 nennt. 720.000 abzüglich 315.000 ergibt die 405.000 registrierten Häftlinge.

Von den 405.222 registrierten Häftlingen haben laut Pressac »theoretisch« überlebt	270.000
davon in Auschwitz (66.827 laut Tuchel, S. 212, bzw. 66.500 laut Meyer, S. 637), gerundet	67.000
Bis Ende 1944 weitergeleitet	203.000
	======

Damit sind 225.000 + 203.000 = 428.000 (zuzüglich 89.778?) Häftlinge in andere Lager gebracht worden.
Die Weitergeleiteten können demnach in Auschwitz nicht vergast worden sein. Soweit es sich bei ihnen um Juden handelt, kamen sie aber nicht nach Deutschland, denn die Lager hier sollten ab Oktober 1942 »judenfrei« sein. So bleibt nur noch die Weiterleitung nach Osten. In dem Zusammenhang wird auch die Ausführung bei Hilberg (S. 1289) verständlich, dass laut Korherr-Bericht bis 31. Dezember 1942 etwa 1,5 Millionen Juden durch die Lager Kulmhof, Belzec, Sobibor und Treblinka »geschleust« wurden. Waren diese »Vergasungssta-

tionen« gar keine Menschenvernichtungseinrichtungen, wie immer behauptet wird, sondern Zwischenstationen, auf denen die Menschenströme entsprechend ihren Bestimmungszielen neu geordnet wurden? Dass die Menschen mit den nahezu ungiftigen Dieselabgasen dort nicht getötet worden sein können, wurde bereits gesagt. Also müssen sie die angeblichen Vernichtungslager lebend wieder verlassen haben. Es gibt Briefe, die aus Warschau deportierte Juden in der ersten Januarhälfte 1943 abgeschickt haben, aus der Gegend von Pinsk und Bobruisk. Aus rein militärischen Erwägungen protestierte der Militärbefehlshaber Ostland gegen die Transporte. Er verwies darauf, dass die deutschen Juden um ein vielfaches intelligenter als die Juden Weißrusslands seien; daher bestehe die Gefahr, dass die »Befriedung« der Region untergraben werde (Werner, S. 81). Aufschlussreich ist auch ein Atlas zur Endlösung, der einen Überblick über so genannte Judenaktionen gibt. Er verzeichnet Flucht und Widerstand von Juden in Weißruthenien von Juli bis Dezember 1943 an vielen Orten. Zu diesem Zeitpunkt sollten die Juden doch schon lange getötet sein (Werner, S. 75), denn die »Massenvernichtungslager« Belzec, Sobibor und Treblinka waren bereits 1942 bzw. im Sommer 1943 geschlossen worden. Das kann doch nur bedeuten, dass es ab 1942/43 keine Juden mehr zu vergasen gab, dass sie alle tot waren. Aber sie waren offenbar noch sehr lebendig.

Es gibt noch ein weiteres Indiz. 1943 fegte eine neue Welle von Antisemitismus über die UdSSR, die alles übertraf, was unter dem Zaren bekannt geworden war. Die Kurve des Antisemitismus stieg wieder steil nach oben und war stärker als in der zweiten Hälfte der 20er Jahre (Solschenizyn, S. 383). Ausgangspunkt waren die deutsch besetzten Gebiete; von hier breitete sich der Antisemitismus in alle Bereiche und in alle Institutionen aus. Sonderbarerweise beginnt der Antisemitismus in den von Deutschland besetzten Gebieten, also dort, wo es gar keine

Juden mehr hätte geben dürfen, nachdem die Deutschen alle ermordet hatten (Werner, S. 103 f.).

Nach einer Aktion zur Bandenbekämpfung in den Pripjetsümpfen wird als Ergebnis des Unternehmens gemeldet: Feindverluste 2.219 Tote, 7.378 Sonderbehandelte, 65 Gefangene, 3.300 Juden. Demnach gibt es Unterschiede zwischen Toten, Sonderbehandelten und Juden. Außerdem müssen die Sonderbehandelten diese Behandlung überlebt haben, denn sonst wären sie zu den Toten gezählt worden. Die 3.300 Juden wurden offenbar nicht sonderbehandelt, denn sonst hätte man sie nicht gesondert aufgezählt. Sie beweisen aber den sehr hohen jüdischen Anteil an den Banden (Partisanen). Sonderbehandlung bedeutet demnach nicht töten, wie es immer wieder behauptet wird.

2. Partisanen in Weißrussland

Dafür, dass Juden aus ganz Europa in großer Zahl nach Weißrussland umgesiedelt wurden, spricht auch noch etwas anderes. Ungewöhnlich ist die Entwicklung der Partisanenbewegung in der Sowjetunion. Unter den deutschen Juden, die nach Weißruthenien kamen, befanden sich viele weltkriegserfahrene Männer, die mit dem Aufbau einer Partisanenbewegung begannen, gestützt auf einheimische Juden, die sich in den Wäldern vorborgen hatten. Im Zuge der Umsiedlung der Weißruthenen aus ihrer angestammten Heimat erhielt die Partisanenbewegung weiteren Zulauf (Werner, S. 173). Stalin hatte in einer Rundfunkansprache vom 3. Juli 1941 zum Partisanenkrieg gegen die deutschen Truppen aufgerufen. Alle Bemühungen, Partisanenkampfgruppen zu bilden, verliefen jedoch nicht sehr erfolgreich. Der eigentliche bewaffnete Kampf begann erst Ende 1942 und im Frühjahr 1943, was bedeuten könnte, dass es die nach Osten transportierten Juden waren, die ihn intensivierten, obwohl es für Juden besonders schwierig war, sich Partisanen anzuschließen, denn sie stießen vielfach auf den latenten Antisemitismus der Bevölkerung. Es gab einzelne russische Verbände, die keine Juden aufnahmen (Solschenizyn, S. 395). Auch die polnischen Partisanen duldeten in den meisten Fällen keine Juden in ihren Reihen oder waren so extrem antisemitisch, dass sie die in die Wälder geflohenen Juden ermordeten (Enzyklopädie H, S. 1101). Trotz der allgemein feindlichen Einstellung, der die Juden auch unter den Partisanen begegneten, drangen sie schon seit dem Frühjahr 1942 in die Wälder vor und bildeten Partisaneneinheiten. Im Sommer 1942 stieg die Zahl der jüdischen Kämpfer. Die Partisanen unterbrachen die deutschen Nachschublinien, griffen Militäreinheiten an und taten alles, um die Deutschen zu schädigen (Enzyklopädie H, S. 1091 ff.).

Die größte Partisanenorganisation gab es in Weißrussland. Infolge seiner ausgedehnten Wälder und Sümpfe waren die Bedingungen in Weißrussland ideal für groß angelegte Partisanenoperationen. Die jüdischen Partisanen Weißrusslands kamen aus den Ghettos und Lagern. Nach sowjetischen Unterlagen gab es 1941 in Weißrussland etwa 5.000 Partisanen. 1942 hatte sich die Zahl auf 73.000 erhöht; bis 1943 waren es 243.000 und bis 1944 rund 374.000 (Enzyklopädie H, S. 1093 ff.).

Der Schwerpunkt der Partisanentätigkeit lag eindeutig in Weißruthenien, und zwar im militärisch verwalteten Ostteil. Eine sowjetische Veröffentlichung nennt die internationale Zusammensetzung der Partisanen: »Mutig kämpften in der brüderlichen Familie der belorussischen Partisanen Tschechen und Slowaken, Franzosen und Jugoslawen, Griechen und Niederländer, Spanier und Österreicher, Deutsche und Angehörige anderer Nationen gegen den Faschismus. Die kommunistische Partei und die Sowjetregierung würdigten den heldenhaften Kampf dieser wahrhaften Internationalisten«. Wie kamen aber so viele Nationalitäten nach Weißrussland und was veranlasste sie, dort als Partisanen gegen die Deutschen zu kämpfen? Wie lässt sich das erklären (Werner, S. 88 f.)?

Nach sowjetischen Angaben waren von den in Weißrussland rund 370.000 tätigen Partisanen 35.000 Kommunisten, weitere 10.000 wurden es, und 100.000 waren Komsomolzen. Der überwiegende Teil der Partisanen (225.000) stand somit den Kommunisten nicht nahe. Dies lässt durchaus die Vermutung zu, dass die Partisanenbewegung in Weißrussland unabhängig von der kommunistischen Partei entstanden war und unabhängig von ihr operierte. Erst später versuchte die sowjetische Staatsführung, sie unter ihre Kontrolle zu bringen (Werner, S. 134 f.). Die eigentlichen Partisanen waren vermutlich die in dieses Gebiet transportierten Juden und jene Weißrussen, die

die Umsiedlung fürchteten und sich ihr widersetzten. Im Jahr 1943 fanden in etwa 60 % der Gebiete Weißrusslands Einsätze statt (Enzyklopädie H, S. 1094), so dass die Zahl der Eisenbahnanschläge durch Partisanen von Mai 1942 bis Juni 1943 in ungeahnte Höhen stieg (Werner, S. 93). Aufschlussreich sind auch die sowjetischen Angaben über die Auszeichnung von Partisanen in den einzelnen Unionsrepubliken. Danach erhielten Orden und Medaillen in:

	Ausgezeichnete Partisanen	Einwohnerzahl 1970
Weißrussland	120.000	9,0 Millionen
Ukraine	keine Angaben	47,1 Millionen
Russland	keine Angaben	130,9 Millionen
Litauen	16.000	2,9 Millionen
Lettland	12.000	2,4 Millionen
Estland	keine Angaben	keine Angaben

Auffällig ist hier wiederum die überaus hohe Zahl von dekorierten Partisanen in Weißrussland, einem Land mit relativ kleiner Bevölkerung, während es in den wesentlich größeren Republiken Ukraine und Russland anscheinend keine nennenswerten Partisanenaktivitäten gegeben hat. Auch die Enzyklopädie H erwähnt Partisanen in anderen Gebieten als Weißrussland und Litauen eher nebensächlich. Lettland wird

kaum erwähnt. Wie Piper festgestellt hat, wurde der größte Teil der deutschen Juden nach Minsk (Weißrussland), Riga (Lettland) und Kowno (Litauen) deportiert. Hat die deutsche Führung die starke Partisanentätigkeit in diesen drei Gebieten durch ihre Umsiedlung erst verursacht? Ihre vielfältigen Partisanenaktivitäten beweisen, dass die Juden nicht ermordet worden waren.

Wenn man jetzt annähme, dass die ansässige weißruthenische Bevölkerung in beträchtlichem Umfang aus dem Ostteil in den Westteil Weißrutheniens umgesiedelt und ihr Platz mit deportierten Juden aufgefüllt worden wäre, dann wäre das eine Erklärung (Werner, S. 132 f.). Die litauische Partisanenbewegung entstand lange nach der weißrussischen, mit der sie geographisch und bis zu einem Grad auch organisatorisch verbunden war. Bis Mitte 1943 waren die Wälder Weißrusslands der einzige Ort, an dem sich Juden, die aus den Ghettos und Arbeitslagern im Osten Litauens geflohen waren, versteckt halten konnten. Sie bildeten Partisanengruppen, die viele weitere aus den Arbeitslagern geflohene Juden aufnahmen. Ab Sommer 1943 kommandierten Männer aus Weißrussland die gesamte litauische Partisanenbewegung (Enzyklopädie H, S. 1096 f.).

Am 22. Juni 1944 begann ein sowjetischer Angriff mit weit überlegenen Truppen, der die deutschen Wehrmachtsverbände überrannte. Einen Monat nach Beginn der Operation war Weißruthenien in sowjetischer Hand. Spätestens im Juli 1944 wurde die Endlösung beendet und im September 1944 das Kommando Eichmann aufgelöst. Im Juli, spätestens im August hatte Himmler die Einstellung der Deportationen befohlen (Werner, S. 95 ff.). Weißrussland war verloren und somit gab es kein Ziel mehr für die Transporte. Die dorthin deportierten Juden waren jetzt in sowjetischer Hand und das verdeutlicht die Aussage von US-Sonderbotschafter Bindenagel

über die vielen Millionen hinter dem Eisernen Vorhang gefangenen Holocaust-Opfer, die demnach alle noch gelebt haben müssen.

3. Weißrussland nach dem Krieg

Nach dem 2. Weltkrieg wurde Weißrussland stark industrialisiert; es hatte das größte Wirtschaftswachstum aller Sowjetrepubliken. Minsk wird mit 1,6 Millionen Einwohnern zu einer der größten Städte der UdSSR (Holtbrügge, S. 132). Seitdem trat die wachsende Bedeutung Belorusslands innerhalb der sowjetischen Volkswirtschaft hervor. Hunderte neuer Betriebe wurden errichtet. Neue Industriezweige entstanden. Die Bruttoinlandsproduktion war 1968 etwa 81 mal höher als 1913. Und das alles nach den fürchterlichen Kriegszerstörungen, denn angeblich haben die Deutschen nichts als verbrannte Erde hinterlassen. Der Schwerpunkt der Produktion liegt im Ostteil von Weißrussland, dem ehemals militärverwalteten Teil. Woher kamen die Menschen, mit denen eine so ungewöhnliche Entwicklung möglich war (Werner, S. 152 f.)? Nach der Statistik ist die Bevölkerung Weißrusslands zwischen 1939 und 1959 um 2,5 Millionen (erste Angabe) bzw. 0,9 Millionen (2. Angabe) zurückgegangen. Gleichzeitig sind aber Tausende von Ortschaften und Dörfern neu entstanden. Die Einwohnerzahl der großen Städte hat sich stark erhöht (Werner, S. 149 f.). Wie passt das zusammen mit einer insgesamt zurückgegangenen Bevölkerung?

IX. Holocaust-Propaganda ohne Ende

1. Nachkriegsentwicklung in Amerika

Nach dem Kriegsende 1945 spielte die Verfolgung der Juden während des 2. Weltkriegs in Amerika kaum eine Rolle. Jüdische Organisationen arbeiteten gemeinsam mit der Bonner Regierung daran, die unter den Juden verbreitete »antideutsche Welle« einzudämmen. Das durch den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion bedingte Arrangement mit Deutschland machte es erforderlich (Finkelstein, S. 18 ff.). Bis 1967 hatte die Existenz Israels im jüdischen Leben der USA kaum eine Rolle gespielt. Die Zahl der Mitglieder in der Zionist Organization of America fiel von mehreren hunderttausend im Jahr 1948 auf mehrere zehntausend in den 60er Jahren. Mit dem arabisch-israelischen Junikrieg von 1967, in dem Israel durch überwältigende Demonstration der Stärke beeindruckte, wurde alles anders. Militärische und wirtschaftliche Hilfe begann zu fließen, als Israel sich in einen Stellvertreter amerikanischer Macht im Nahen Osten verwandelte. Praktisch allen Berichten zufolge wurde DER HOLOCAUST erst nach diesem Konflikt zu einem festen Bestandteil des jüdischen Lebens in den USA (Finkelstein, S. 18 ff.). Appelle der angeblich den Antisemitismus bekämpfenden jüdischen Organisationen um Spenden trafen auf offene Ohren. Für ein solches Israel kann man Unterstützung, Spender, Geld gewinnen, jedoch die Hälfte des Geldes ging nicht nach Israel, sondern an die jüdischen Organisationen in Amerika (Finkelstein, S. 43).

Als die antisemitischen Schranken nach dem 2. Weltkrieg schnell fielen – dies war vermutlich auch einer der Zwecke für die immense Holocaust-Propaganda mit angeblich sechs Mil-

lionen Toten –, stiegen die Juden in den Vereinigten Staaten zu überragender Bedeutung auf. Ihr Pro-Kopf-Einkommen ist fast doppelt so hoch wie das der Nichtjuden; 16 der 40 reichsten Amerikaner ebenso wie 20 % der Professoren an den großen Universitäten und 40 % der Partner in den führenden Anwaltskanzleien in New York und Washington sind Juden. Als das Judesein eine Belastung war, hielten sie ihre ethnische Identität von sich fern, und sie wurden erneut zu Juden, als das einen Wert darstellte. Jetzt begann sich das zu entwickeln, was Finkelstein als die »Holocaust-Industrie« bezeichnet. Es kam zu einer »Politik der Identitätsbesinnung« oder auch »Kultur der Übernahme von Opferrollen«. Juden suchten ihre eigene ethnische Identität im Holocaust zu finden. In Wahrheit haben sich die Politik der Identitätsbesinnung und DER HOLOCAUST unter amerikanischen Juden gar nicht wegen ihres Opferstatus verbreiten können, denn sie waren *keine* Opfer (Finkelstein, S. 40 f.). Als »Opfer« aber öffneten sich ihnen überall die Türen, und das nicht nur in den USA.

Holocaust-Gedenktage sind jetzt ein nationales Ereignis. Alle 50 Bundesstaaten veranstalten Gedenkfeiern, häufig in den Räumen der Parlamente. Kernstück dieses Angedenkens ist das United States Holocaust Memorial Museum in Washington (Finkelstein, S. 79). In siebzehn Bundesstaaten werden Holocaust-Lehrprogramme in den Schulen durchgeführt oder empfohlen, Universitäten haben Lehrstühle für die weitere Erforschung des Holocaust eingeführt. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht ein mit dem Holocaust zusammenhängender Artikel in der *New York Times* erscheint (Finkelstein, S. 145). Nach und nach wurde die Shoa zur *Ideologie*, zu einem *religiösen Dienst*, zu einem staatlichen *Kult* (Solschenizyn, S. 401).

Ein weiteres starkes Motiv hinter allen Darstellungen lag im Materiellen. Die deutsche Nachkriegsregierung stellte Entschädigungen nur für Juden bereit, die in Ghettos oder Lagern

gewesen waren. Viele Juden konstruierten sich deshalb eine entsprechende Vergangenheit. In den letzten Jahren ist »Überlebender des Holocaust« umgedeutet worden; der Begriff umfasst jetzt auch jene, die den deutschen Behörden entgehen konnten, z. B. russische Juden, die geflohen waren oder in der Roten Armee gedient haben, weil sie Folter und Tod zu erwarten hatten, falls man sie gefangen genommen hätte (Finkelstein, S.163). In einem Beitrag für eine Holocaust-Website meinte einer, er sei, obwohl er die Zeit des Krieges in Tel Aviv verbracht hatte, ein Holocaust-Überlebender, weil seine Großmutter in Auschwitz umgekommen ist. Das Büro des israelischen Premierministers Netanjahu bezifferte die Zahl der »noch lebenden Holocaust-Überlebenden« auf fast eine Million. Das Hauptmotiv hinter dieser inflationären Entwicklung ist leicht zu finden. Es ist schwierig, neue umfangreiche Ansprüche auf Wiedergutmachung durchzusetzen, wenn nur noch wenige Opfer des Holocaust am Leben sind (Finkelstein, S. 85 ff.). Inzwischen wird behauptet, dass »eine ziemlich bedeutende Zahl jüdischer Nazi-Opfer zumindest noch weitere zwanzig Jahre leben dürfte und dass in 30 bis 35 Jahren« – etwa *neunzig* Jahre nach dem 2. Weltkrieg – »wahrscheinlich noch mehrere zehntausend jüdischer Nazi-Opfer am Leben sein werden«, eine Entdeckung, die vorgebracht wird, um Europa noch weitere Entschädigungsforderungen aufzuzwingen (Finkelstein, S. 162).

2. Das Wirken der Holocaust-Industrie

In den letzten Jahren ist die Holocaust-Industrie geradezu zu einem erpresserischen Geschäft geworden. Unter dem Vorwand, die Juden in aller Welt, ob lebendig oder tot, zu vertreten, erhebt sie in ganz Europa Anspruch auf jüdische Besitztümer. Der jüdische Weltkongress entdeckte, dass die Schweiz eine leichte Beute sein würde, denn nur wenige würden mit den reichen Bankiers der Schweiz sympathisieren. Die ganze Bandbreite der Holocaust-Einrichtungen wurde eingesetzt, um die perfiden Schweizer anzuklagen (Finkelstein, S. 93 ff.). Nachdem riesige Geldforderungen gestellt und die Ansprüche immer höher geschraubt wurden, seitens der Holocaust-Industrie aber verlautete, dass es bei der Entschädigung »um Wahrheit und Gerechtigkeit geht, nicht um Geld«, witzelten die Schweizer: »Es geht nicht um Geld, es geht um mehr Geld« (Finkelstein, S. 105). Die Holocaust-Industrie zwang die Schweiz zu einem schnellen Vergleich (1,25 Mrd. Dollar *nicht rückzahlbare* Entschädigung), weil Zeit angeblich der entscheidende Faktor war – »jeden Tag sterben bedürftige Holocaust-Überlebende«. Sobald die Schweizer jedoch unterschrieben hatten, war alles nicht mehr so dringend. Man ließ sich jetzt sehr viel Zeit, um einen Plan (Gribetz-Plan) zu erarbeiten. Die Hälfte des Geldes aus der Schweiz will man für jüdische Organisationen und für »Holocaust-Fortbildung« reservieren. Im Kleingedruckten des Gribetz-Plans verbirgt sich die teuflische Wahrheit, dass wahrscheinlich nur ein kleiner Teil der Gelder aus der Schweiz unmittelbar an Überlebende des Holocaust und deren Erben ausbezahlt wird, denn der Plan enthält den entscheidenden Vorbehalt, dass nichts von den Geldern freigegeben wird, ehe nicht »alle Rechtsmittel in diesem Rechtsstreit erschöpft sind«. In einem Präzedenzfall dauerte ein Einspruchsverfahren dreieinhalb Jahre. Ältere Holocaust-Überlebende können hier nicht gewinnen, wäh-

rend die Holocaust-Industrie kaum verlieren kann. Bis das Geld zur Verteilung kommen kann, sind vermutlich all die »bedürftigen Holocaust-Überlebenden« tot. Wahrscheinlich wird der größte Teil der Gelder aus der Schweiz erst verteilt werden, wenn außer einer Hand voll von Überlebenden keiner mehr übrig ist. Wenn die Überlebenden dahingegangen sind, wird sich das Geld in die Tresore jüdischer Organisationen ergießen, und zwar der jüdischen Organisationen, die dessen »würdig« sind (Finkelstein, S. 112 f., S. 158 und S. 167 ff.). Die Holocaust-Industrie hat sich zum einzigen legitimen Anspruchsberechtigten aufgeschwungen. So sollen auch alle Besitztümer ohne Erben an die World Jewish Restitution Organization fallen (Finkelstein, S. 136).

Nachdem die Holocaust-Industrie im August 1998 eine Einigung mit der Schweiz erreicht hatte, setzte sie im September die gleiche siegreiche Strategie gegen Deutschland ein. Um die öffentliche Hysterie gegen Deutschland anzuheizen, brachte die Holocaust-Industrie im Oktober verschiedene ganzseitige Zeitungsanzeigen heraus, in denen man sich aller Register bediente (Finkelstein, S. 127 f.). Die Claims Conference behauptete, dass 700.000 jüdische Sklavenarbeiter den Krieg überlebt hätten (Finkelstein, S. 176) und der Gribetz-Plan zur Geldverteilung gibt in inflationärer Art die Zahl der *noch lebenden* Holocaust-Überlebenden mit fast einer Million an – eine Vervierfachung der Zahl von 250.000, die man angab, als man die Schweiz abkassierte (Finkelstein, S. 163). Wenn es aber im Jahr 1998 noch etwa eine Million Überlebende gibt, wie viele gab es dann 1945? Damit wird nicht nur die Zahl von »6 Millionen« immer unhaltbarer, sondern die Zahlen der Holocaust-Industrie nähern sich immer mehr denen der so genannten Holocaust-Leugner an. Wenn nämlich so viele Millionen Juden die Konzentrationslager überlebt haben, können die Lebensbedingungen für sie dort nicht so unmenschlich gewesen und Hitlers »Endlösung« nicht so wirkungsvoll abge-

laufen sein (Finkelstein, S. 133 f.). Die Zahlen der Holocaust-Industrie bestätigen damit Sanning, nach dessen Berechnungen zwischen 200.000 und 300.000 Juden während des Krieges verschollen sind.

Die Claims Conference »annullierte« das Abkommen mit den Deutschen über die Zwangsarbeiterentschädigung in der Weise, dass sie die Gelder nicht für die Rehabilitation jüdischer Opfer vorsah, sondern vielmehr für die Wiederherstellung jüdischer Gemeinden. In einem klassischen Beispiel von Selbstbedienung schuf die Konferenz jedoch Ausnahmen für zwei Kategorien von Opfern: Rabbis und »herausragende jüdische Führungspersönlichkeiten« erhielten individuelle Zahlungen; die jüdischen Führungspersönlichkeiten erhalten außerdem alljährlich fürstliche Gehälter (Finkelstein, S. 92). Die Forderungen der Rechtsanwälte belaufen sich auf 15 Millionen Dollar (Finkelstein, S. 112). Was immer die eigentlichen jüdischen Opfer (wenn überhaupt) an Zuwendungen erhielten, erreichte sie indirekt oder durch Zufall. Große Summen gingen an jüdische Gemeinden in der arabischen Welt, an Holocaust-Museen, Lehrstühle für die Holocaust-Forschung usw. (Finkelstein, S. 91). Bekannte Juden traten dafür ein, die Holocaust-Entschädigung zu verwenden, »um die Bedürfnisse des ganzen jüdischen Volkes zu befriedigen, und nicht nur die jener Juden, die das Glück hatten, den Holocaust zu überstehen und bis ins hohe Alter zu leben« (Finkelstein, S. 131). Die Claims Conference verstieß gegen das Abkommen mit Deutschland, indem sie die Gelder für ihre verschiedenen Lieblingsprojekte verwendete. Sie rechtfertigte diese (missbräuchliche) Verwendung der deutschen Entschädigung damit, dass »die Ansprüche der bedürftigen Opfer des Nationalsozialismus schon weitgehend abgedeckt gewesen waren ..., ehe die Mittel aus Deutschland auch nur verfügbar wurden« (Finkelstein, S. 129). Dieses Eingeständnis bedeutete aber, dass, nachdem die Opfer bereits entschädigt

waren, die zweite Entschädigung zu Unrecht gefordert (erpresst) wurde.

Ende August 2000 verkündete der jüdische Weltkongress (WJC), er verfüge über 9 Milliarden Dollar aus Entschädigungen im Zusammenhang mit dem Holocaust, die dem »jüdischen Volk in seiner Gesamtheit« zustehen. Auf einem vom WJC gesponserten Holocaust-Entschädigungsfestbankett wurde die Gründung einer »Stiftung des jüdischen Volkes«, mit der jüdische Organisationen und die »Holocaust-Erziehung« unterstützt werden sollen, gefeiert. Die finanzielle Ausstattung der Stiftung würde von den »verbleibenden« Geldern aus der Holocaust-Entschädigung stammen, die sich auf »wahrscheinlich Milliarden von Dollar« belaufen würden (Finkelstein, S. 155 f.).

Die Unvergleichlichkeit des Holocaust ist nicht das Ereignis selbst, sondern ist vor allem das Produkt der ausbeuterischen Industrie, die sich danach entwickelt hat. Das eigentliche Ziel war nicht, jüdisches Eigentum an seine rechtmäßigen Besitzer zurückzugeben. Die Vertreter der Organisationen unternahmen alles, um zu gewährleisten, dass sie das Geld bekamen und der jüdische Besitz in die eigenen Tresore wanderte, anstatt den gesetzlichen Eigentümern zuzufließen. Nachdem der winzigste Bruchteil von den 1,25 Milliarden aus dem Vergleich mit der Schweiz an Holocaust-Opfer oder deren Erben ausgezahlt wurde, hat, wie vorauszusehen, der Kampf zwischen den Erpressern begonnen, wer die Holocaust-Beute behalten darf (Finkelstein, S. 153, S. XVIII und S. IV).



X. Ergebnis und Schlussgedanken

Den Juden haben nach dem 1. Weltkrieg zwei »messianische Feuer« geleuchtet, und zwar die »zionistische Erlösung« in einem eigenen Judenstaat und die »kommunistische Weltrevolution«, die alle Diskriminierungen aufheben würde (Bieberstein, S. 6). »Für den Sieg des Weltkommunismus kann man und muss man lügen, rauben, Hunderttausende, ja Millionen von Menschen vernichten ... Die Begriffe Gut und Böse, Menschlichkeit und Unmenschlichkeit waren für uns hohle Abstraktionen«, hat der einstige Sowjetkommissar Lew Kopelew bekannt.

Der Judenfreund Hitler erlebte 1919 persönlich »hautnah« das Chaos und das Blutvergießen durch die »Münchener Räterepublik«, deren hervorragende Repräsentanten Kommunisten und Juden waren. Die Ungarische Räterepublik 1919 in Budapest, die überwiegend von Juden gestaltet wurde, dürfte ihn weiter erschüttert haben. Am gravierendsten aber waren die Massenmorde und die endlosen Gräueltaten durch die Bolschewiki in Russland/Sowjetunion. Die Führungsrolle jüdischer Revolutionäre in Russland, Berlin, Wien und Budapest ist spektakulär (Bieberstein, S. 15), und nach allen Informationen ging der Hauptanteil an allen Gräueltaten auf ihr Konto. Angst und Abscheu gegenüber den bolschewistischen Gräueln riefen starken Antisemitismus hervor, nicht nur unter den Leidtragenden. Den Judenfreund Hitler machte das alles nicht zum Judenfeind, wohl aber zum Feind der Kommunisten bzw. Bolschewisten, und das waren zum weitaus überwiegenden Teil Juden.

Hitlers persönliche Erlebnisse in München, weitere kommunistische Umsturzversuche in Deutschland und die erschüt-

ternden Berichte aus der Sowjetunion dürften ihn zu dem Vorsatz gebracht haben, alle kommunistischen Juden aus Deutschland zu vertreiben, und, um das Risiko von Wiederholungen auszuschließen, am besten gleich alle Juden aus Deutschland zu entfernen. Damit wäre die Gefahr endgültig beseitigt und dem eigenen Volk blieben jene grausamen Vorgänge erspart, wie sie den Völkern in Stalins Reich damals täglich widerfuhren.

Hitlers Absichten kamen den zionistischen Plänen sehr entgegen, da die Zionisten dringend nach Einwanderern für Palästina suchten. Während die New Yorker Finanzkreise schon ab März 1933 und in den folgenden Jahren mehrere Kriegserklärungen an Deutschland richteten, stimmten die Interessen der Zionisten – ganz gleich, welcher Meinung sie sonst waren – mit denen Hitlers überein und so förderten sie seinen Aufstieg zum Reichskanzler. Zwischen den Zionisten und der Regierung Hitler kam es sehr schnell zu einer Übereinkunft über die Auswanderung von Juden nach Palästina unter Mitnahme großen Vermögens. Praktisch keine Hilfe erhielten die Zionisten aus den USA. England als Mandatsmacht für Palästina stand allen ihren Bemühungen ablehnend gegenüber.

Den vereinten Anstrengungen vieler Kräfte gelang es schließlich, den 2. Weltkrieg auszulösen. Nun konnte die schon seit vielen Jahren betriebene antideutsche Propaganda weiter intensiviert werden. Als dann die Judentransporte nach Osten rollten, wurde die Propaganda schon bald auf einen Punkt konzentriert: Die Juden werden dort ermordet. Pate gestanden haben dürfte dabei die Idee Weizmanns, Opfer zu schaffen, um auf diese Weise der Welt – vor allem den USA und England – den Gedanken zu suggerieren, dass nur ein israelischer Staat, in den sie flüchten können, die überlebenden Juden vor der Vernichtung bewahren kann. Im Übrigen taten die Zionisten

nichts, um Juden zu retten. Gelegentlich stößt man auf die Mutmaßung, die Zionisten hätten sich bewusst nicht um Rettungsmaßnahmen bemüht, in der Überlegung, dass die moralische Legitimation für die Gründung eines jüdischen Staates um so zwingender sein würde, je größer die Zahl der ermordeten Juden war (Wyman, S. 207). Also konnte es in der Propaganda gar nicht genug ermordete Juden geben. Die Zahlen mussten immer höher geschraubt werden. Je größer die Zahl der Opfer, umso besser.

Bezüglich der Vernichtungsmethoden hatte es die sowjetische Propaganda leicht. Sie brauchte nur die in der Sowjetunion geübten Praktiken den Deutschen anzulasten. Was man selbst getan hatte, dichtete man einfach dem anderen an. Amerikanische Propagandisten erfanden die abenteuerlichsten Tötungsarten, bis sie schließlich auf die Idee mit den Vergasungen kamen. Es hatte im Rahmen des Euthanasie-Programms tatsächlich Vergasungen von unheilbar Kranken in Räumen gegeben, die als Duschräume getarnt waren. Zwar waren es meist nur kleine Gruppen, aber immerhin. In vielen Konzentrationslagern, besonders im Osten, gab es wirklich Entlausungs-Gaskammern, in Auschwitz, dem größten Lager, laut Pressac sogar 25 Stück. Dass sie zur Vernichtung von Läusen benutzt werden und – von eventuellen Ausnahmefällen abgesehen – nicht zur Vernichtung von Menschen, musste verschwiegen werden, da die Propaganda sonst keine Grundlage gehabt hätte. Die Beschreibungen der angeblichen Menschen-Vergasungskammern entsprechen ziemlich genau den Kammern zur Läuse-Vergasung. Gaswagen zur Entlausung und zur Entgiftung von Soldatenkleidern hatte es auch gegeben. Wenn man nun noch die sowjetische Propaganda übernahm oder noch besser, aufeinander abstimmte und dabei die Zahlen in endlose Höhen trieb, war die Gräuelpropaganda perfekt. Völlig zur »Wahrheit« wurde die Propaganda bei Kriegsende durch die Bilder von riesigen Leichenbergen, die großteils (wie in

Nordhausen oder der Lübecker Bucht) direkte Opfer englischer Flieger oder (wie in Bergen-Belsen) indirekte Opfer amerikanischer Bomben waren. Dass die rücksichtslose alliierte Kriegsführung zu einem erheblichen Teil Verursacher der Katastrophe vom Frühjahr 1945 war, wurde verschwiegen. Die deutsche Seite war zu Richtigstellungen nicht mehr in der Lage.

Damit war es noch nicht genug. Man brauchte zur endgültigen moralischen Vernichtung weitere Beweise, aber keine sachlichen Beweise, die lassen sich nachprüfen. Also wurden ganze Berge von Zeugenaussagen produziert, die man in drei Gruppen einteilen kann:

1) Die durch Folter, Bedrohungen und Erpressung erzwungenen Geständnisse der deutschen »Täter«.
2) Die allzu eifrigen und willfährigen Aussagen der »Berufszeugen«, die gegen Geld und andere materielle Vorteile jede nur gewünschte Zeugenaussage lieferten.
3) Zeugenaussagen, die so unklar und undeutlich sind, dass man aus ihnen alles und gar nichts entnehmen bzw. alles in sie hineininterpretieren kann.

Soweit man die »Geständnisse« und »Zeugenaussagen« nachprüfen kann, erweisen sie sich sämtlich als falsch. Sehr schwierig ist laut Piper (S. 58 f.) die Verifizierung der Überlieferung von Häftlingen, und zwar sowohl der individuell niedergelegten Aussagen, Berichte und Erinnerungen wie der in der Widerstandsbewegung entstandenen Rapporte. In der Folge fanden in die Literatur und den alltäglichen Gebrauch – etwa in Enzyklopädien und Lehrbücher – Feststellungen Eingang, die den tatsächlichen Sachverhalt nicht immer mit der erforderlichen Präzision wiedergaben. Diese Feststellungen begannen dann mit der Zeit wie »amtliche Sprachregelungen« zu wirken.

Das Geständnis von Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß z. B. stimmt in etlichen Punkten mit dem Vrba-Wetzler-Bericht überein. Sein englischer Vernehmer hat wahrscheinlich aus dem Bericht abgeschrieben und Höß dann durch Folter gezwungen, diesen »Neuaufguss« des Vrba-Wetzler-Berichts als eigenes »Geständnis« zu unterschreiben. Im polnischen Gefängnis steigerten sich seine Angaben – ebenfalls vermutlich durch Folter erzwungen – sogar noch, beispielsweise stieg das Fassungsvermögen der Gaskammern von 2.000 auf 3.000 Personen.

Was die Angaben über Totenzahlen in der einschlägigen Literatur anbetrifft, so wird im Allgemeinen vermutet, dass ..., es wird angenommen, dass ..., es wird geschätzt, dass ... Am treffendsten drückt es Neander (S. 158) aus. Die Zahl der Toten: Gerüchte, Mutmaßungen. Aufgrund von Annahmen und Vermutungen erfolgen die abenteuerlichsten und extremsten Zahlenangaben, alle nicht belegt, nicht bewiesen. Die Ergebnisse aus Mutmaßungen und Gerüchten sind dann aber unumstößlich feststehende Zahlen wie Dogmen: sechs Millionen Juden insgesamt, vier Millionen in Auschwitz, von den Politikern und in den Medien wie in tibetischen Gebetsmühlen ständig wiederholt.

Hitlers Äußerungen zum Judenproblem verraten in aller Regel eine erst in der Zukunft liegende »Endlösung der Judenfrage«. Dazu teilte der Chef der Reichskanzlei mit: »der Führer habe ihm wiederholt erklärt, dass er die Lösung der Judenfrage bis nach dem Krieg zurückgestellt wissen wolle« (Mommsen, Auschwitz, S. 164 ff.). In seiner Denkschrift über die »Behandlung der Fremdvölkischen im Osten« vom Mai 1940 wies Himmler »die bolschewistische Methode der physischen Ausrottung eines Volkes aus innerer Überzeugung als ungermanisch und unmöglich« von sich (Nicosia, S. 27). Für tatsächlich durchgeführte millionenfache Tötungen gibt es keine Beweise.

Im Gegenteil, alle nachprüfbaren Beweise besagen eher, dass die geschilderten Massenvergasungen nicht stattgefunden haben können.

Die Umsiedlung der Juden zur Kriegszeit erwies sich als schwerer Fehler. Die dafür Verantwortlichen haben der im Osten schwer kämpfenden Deutschen Wehrmacht viele große Probleme geschaffen. Durch ihre zahllosen Partisanenaktivitäten wie Zerstörung der Nachschublinien, das Töten Tausender deutscher Soldaten aus dem Hinterhalt usw. fügten die nach dem Osten deportierten Juden der deutschen Kriegführung schweren Schaden zu. Das alles konnten sie aber nur tun, weil man sie nicht getötet hatte. Als weiterer schwerer Nachteil erwies sich die fixe Idee des allmählich geisteskrank werdenden Hitler, dass nur Deutsche Waffen tragen dürfen, alle anderen aber arbeiten sollen. Dadurch wies er Hunderttausende von osteuropäischen Freiwilligen, die gegen das bolschewistische System kämpfen wollten, zurück. Die fatale Konsequenz war, dass die als Soldaten kämpfenden deutschen Männer große Verluste hatten, während die Arbeiter meist überlebten.

Als Anfang 1945 alles zusammenbrach, wurden nach allen Schilderungen in erster Linie Juden aus den Lagern im Osten ins Landesinnere gebracht. Wenn die Juden alle vernichtet werden sollten, dann fragt man sich, warum die SS sie nicht in Auschwitz kurzerhand vergaste, statt unter schwierigsten Bedingungen die Mühe und den Aufwand auf sich zu laden, sie in Sicherheit zu bringen. Dass viele infolge der rigorosen alliierten Vernichtungsstrategie – auch gegen KZ-Häftlinge und damit auch gegen die Juden unter ihnen – nun erst recht in die Katastrophe kamen, war vermutlich nicht vorhersehbar. Die von der Propaganda gezeigten Bilder verhungernder und sterbender Häftlinge waren nicht typisch. Es gibt zahllose Fotos, auch aus der Zeit des Zusammenbruchs und des Kriegsendes,

die gesunde und gut genährte Häftlinge zeigen. Diese Fotos passen allerdings nicht in das Propagandabild.

Da die Geschichtsforschung das Thema Auschwitz als Forschungsobjekt nicht akzeptiert hat, drängte sich die Propaganda auf das unbestellte Feld; jene sowjetische Observanz beherrscht noch immer weiterhin die öffentliche Meinung, z. B. mit der Totenzahl von vier Millionen, dem Mord an über 400.000 aus Ungarn Deportierten oder auch dem massenhaften Gasmord in den Krematoriumskellern (Meyer, S. 635). Darauf ließe sich Meyer antworten, dass es nicht nur ernsthafte Historiker, sondern auch viele andere Menschen gibt, die sich für die Vergangenheit interessieren. In Deutschland gibt es aber den §130 Strafgesetzbuch, der jeden mit schweren Strafen bedroht, der nach der Wahrheit forscht und zu anderen Ergebnissen kommt, als sie die Propaganda von Politik und Massenmedien uns nahezu täglich einzuhämmern versucht. Ernsthafte Forschung wird durch das Strafrecht und Repressionen verschiedenster Art unterdrückt. Viele, die nach der Wahrheit geforscht haben, wurden mit Gefängnis- und Geldstrafen belegt, verloren ihren Beruf und vieles mehr. Welcher Professor kann oder will das riskieren? Die Propaganda in den Medien, die sich aufgrund der Lizenzvergabe durch die Alliierten nach 1945 hauptsächlich in den Händen bestimmter Personengruppen befinden, läuft mit riesigem Aufwand ungebremst weiter und wird von den Politikern obendrein noch als Wahrheit dargestellt.

Die Feder ist noch immer mächtiger als das Schwert und für größtes menschliches Elend verantwortlich, wenn sie skrupellos in »psychologischer Kriegsführung« eingesetzt wird. Es ist schon so, wie Samuel Johnson im 18. Jahrhundert schrieb: »Ich weiß nicht, was mehr zu fürchten ist – Straßen voller Soldaten, die ans Plündern gewöhnt sind, oder Dachkammern voller Schreiberlinge, die ans Lügen gewöhnt sind« (Utley, S. 13).

Zusammenfassend lässt sich Folgendes sagen:

Der Aufstieg Hitlers wurde zu einem großen Teil aus jüdischen Quellen (Zionisten) finanziert. In langjähriger Zusammenarbeit zwischen Zionisten und der deutschen SS wurde die Auswanderung von Juden nach Palästina, unter Mitnahme praktisch ihres gesamten Vermögens, organisiert. Das Deutschland Hitlers schuf damit wesentliche Grundlagen für die Entstehung des Staates Israel.

Um die Welt »reif« zu machen für einen Staat Israel, wurde seit etwa 1941/42 eine Gräuelpropaganda entwickelt, wonach die Deutschen nach Tötung vieler Juden noch weitere Millionen zu morden beabsichtigten. Daran wurde die Forderung geknüpft: »Gebt uns den Staat Israel, damit wir diese Millionen retten können«. Opfer zu schaffen für die Gründung des Staates Israel, war die Leitidee, und wenn es nicht genügend Opfer in der Realität gab, konnte die Propaganda welche erfinden. Je größer die Opferzahlen, umso besser.

In den KZ gab es viele Tote, die in der Propaganda behaupteten Massenvernichtungen kann es aber nicht gegeben haben, denn alle nachprüfbaren Beweise sprechen dagegen. Es wäre auch widersinnig gewesen, die in den Konzentrationslagern inhaftierten und oft mit viel Aufwand ausgebildeten, im Krieg noch besonders wertvollen Arbeitskräfte, die jene Arbeiter zu ersetzen hatten, die in immer größerer Zahl als Soldaten in den Krieg mussten, willkürlich zu vernichten. So wurde in den Lagern alles getan, um Gesundheit und Arbeitskraft der Häftlinge zu erhalten. Die in der Propaganda gezeigten leidvollen Bilder, die Leichenberge usw. betreffen ausschließlich das Kriegsende 1945 und sind zu einem wesentlichen Teil direkt und indirekt durch den alliierten Luftkrieg verursacht.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Balfour, Michael	Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945–1946, Droste Verlag, Düsseldorf 1950
Bavendamm, Dirk	Roosevelts Krieg, Herbig, München/ Berlin 1998
Beer, Mathias	Die Entwicklung der Gaswagen beim Mord an den Juden, in: VfZ 1987, S. 403
Berg, Friedrich Paul	Die Diesel-Gaskammern, in: Gaus
Benz, Wolfgang	(Hrsg.) Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Akademie Verlag, Berlin 1999
Benz, Wolfgang	Legenden, Lügen, Vorurteile, Verlag Moos & Partner, München 1990
Bieberstein, Johannes Rogalla von	Jüdischer Bolschewismus, Edition Antaios, Dresden 2002
Borowsky, Peter	Deutschland 1945 bis 1969, Fackelträger, Hannover 1993
Broszat, Martin	Nationalsozialistische Konzentrationslager, in: Anatomie des SS-Staates, Band 2, dtv, München 1979
Colby, Benjamin	Die Roosevelt-Verschwörung, Druffel, Stegen am Ammersee 2002

Dachauer Hefte — Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, im Auftrag des Comité International de Dachau, Brüssel, herausgegeben von Wolfgang Benz und Barbara Distel

Dehoust, Peter — (Hrsg.) Heuchler, Henker, Halunken, NATION EUROPA Verlag, Coburg 1996

Distel, Barbara — Die Befreiung des Konzentrationslagers Dachau, in: Dachauer Hefte, Dezember 1985, S. 3

Enzyklopädie H — Enzyklopädie des Holocaust, erarbeitet von Yad Vashem, Jerusalem, und Sifriat Poalim Publishing House, Tel Aviv, deutsche Ausgabe, Argon, Berlin 1993

Enzyklopädie N — Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1998

Fest, Joachim — Hitler, Propyläen, Frankfurt 1973

Finkelstein, Norman G. — Die Holocaust-Industrie, Piper, München/Zürich 2002

Freund, Florian — Mauthausen: Zu Strukturen von Haupt- und Außenlagern, in: Dachauer Hefte, November 1999, S. 254

Gärtner, Michael; Nowak, Hans Jürgen	Die Stärkebücher von Auschwitz, in: Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung, Heft 4/2002, S. 425
Gaus, Ernst	(Hrsg.) Grundlagen zur Zeitgeschichte, Grabert, Tübingen 1994
Gilbert, Martin	Auschwitz und die Alliierten, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/M. 1985
Halow, Joseph	Siegerjustiz in Dachau, Die US-Schauprozesse, Druffel, Berg 1994
Haulot, Arthur	Lagertagebuch Januar 1943 – Juni 1945, in: Dachauer Hefte, Dezember 1985, S. 129
Hilberg, Raul	Die Vernichtung der europäischen Juden, Band 3, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1990
Hoff, Herbert	Faktenspiegel. Adolf Hitler und die Demokraten, R.G. Fischer, Frankfurt/M. 2001
Hoff, Herbert	Faktenspiegel II. Ursachen und Gründe für Hitlers Judenfeindschaft, R.G. Fischer, Frankfurt/M. 2001
Hoff, Herbert	Faktenspiegel III. Hitlers Leistungen für das Volk, R.G. Fischer, Fankfurt/M. 2002

Hoff, Herbert	Faktenspiegel IV. Das Nürnberger (und andere) Verbrechen, R.G. Fischer, Frankfurt/M. 2003
Hoffmann, Joachim	Stalins Vernichtungskrieg 1941 – 1945, Herbig, München 2001
Hoggan, David L.	Der erzwungene Krieg, Grabert, Tübingen 1997
Holtbrügge, Dirk	Weißrussland, Verlag C.H. Beck, München 1995
Höß, Rudolf	Kommandant in Auschwitz. Herausgegeben von Martin Broszat, dtv, München 1978
IMT	Internationales Militär Tribunal. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, 22 Bände, Nürnberg 1947
Joffroy, Pierre	Der Spion Gottes, K.F. Koehler Verlag, Stuttgart 1972
Kaiser, Jochen-Christoph; Nowak, Kurt; Schwartz, Michael	Eugenik, Sterilisation, »Euthanasie«. Politische Biologie in Deutschland 1895–1945, Buchverlag Union, Berlin 1992
Kamphausen, Helmut	Deutschlands Zerstückelung, Arndt, Kiel 1988
Kogon, Eugen	Der SS-Staat, Kindler, München 1977

Kogon, Eugen; Langbein, Hermann; Rückerl, Adalbert	Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1983
Köhler, Manfred	Der Wert von Aussagen und Geständnissen zum Holocaust, in: Gaus
Kolb, Eberhard	Bergen-Belsen 1943–1945, herausgegeben von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung unter Mitwirkung des Wissenschaftlichen Beirats für Gedenkstättenarbeit, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2002
Lange, Wilhelm	Cap Arkona, Dokumentation, erstellt im Auftrage des Magistrats der Stadt Neustadt in Holstein, 1988
Ledeen, Michael	The War against the terror Masters, New York
Maser, Werner	Adolf Hitler. Das Ende der Führer-Legende, Econ, Düsseldorf/Wien 1980
Mattogno, Carlo	Die Viermillionenzahl von Auschwitz, in: Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung, Heft 1/2003, S. 15
Mattogno, Carlo	Die Leichenkeller der Krematorien von Birkenau im Lichte der Dokumente, ebenda, Heft 3 & 4/2003, S. 357
Mattogno, Carlo; Deana, Franco	Die Krematoriumsöfen von Auschwitz-Birkenau, in: Gaus

Meyer, Fritjof — Die Zahl der Opfer von Auschwitz, in: Osteuropa, Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Heft Mai 2002, S. 631

Mommsen, Hans — Auschwitz, 17. Juli 1942. Der Weg zur europäischen »Endlösung der Judenfrage«, dtv, München 2002

Mommsen, Hans — Polizeiakten zur Judenverfolgung von 1938, in: VfZ 1962, S. 68

Neander, Joachim — »Hat in Europa kein annäherndes Beispiel«, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Metropol Verlag, Berlin 2000

Neitzke, Peter; Weinmann, Martin — Konzentrationslager Dokument F 321 »für den Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg«, Zweitausendeins, Frankfurt M. 1991

Nicosia, Francis R. — Hitler und der Zionismus, Druffel, Leoni 1989

Overy, Richard — Verhöre. Die NS-Elite in den Händen der Alliierten 1945, Propyläen, München 2002

Perels, Joachim — Das juristische Erbe des »Dritten Reiches«, Campus Verlag, Frankfurt/ New York 1999

Pressac, Jean-Claude — Die Krematorien von Auschwitz, Piper, München 1994

Pingel, Falk — Häftlinge unter SS-Herrschaft, Hoffmann und Campe, Hamburg 1978

Piper, Franciszek — Die Zahl der Opfer von Auschwitz, Verlag Staatliches Museum in Oswiecim, 1993

Richardi, Hans-Günter — Dachauer Zeitgeschichtsführer. Herausgegeben von der Stadt Dachau, Amt für Kultur, Fremdenverkehr und Zeitgeschichte, 2001

Rothfels, Hans; Eschenburg, Theodor — Augenzeugenbericht zu den Massenvergasungen, in: VfZ 1953, S. 177

Rudolf, Germar — Das Rudolf Gutachten. Gutachten über chemische und technische Aspekte der Gaskammern von Auschwitz, Castle Hill, Hastings 2001

Sanning, Walter N. — Die Auflösung des osteuropäischen Judentums, Grabert, Tübingen 1983

Scholl, Heinz — Von der Wallstreet gekauft. Die Finanzierung Hitlers durch ausländische Finanzmächte, Verlag für zeitgenössische Dokumentation, Vaduz 1981

Schön, Heinz — Die Cap Arkona-Katastrophe, Motorbuch Verlag, Stuttgart 1989

Schwarzwäller, Wulf — Hitlers Geld, Ueberreuter, Wien 1998

Smith, Arthur L.	Die Hexe von Buchenwald. Der Fall Ilse Koch, Böhlau Verlag, Weimar/Köln/Wien 1995
Solschenizyn, Alexander	Die Juden in der Sowjetunion, Herbig, München 2003
Stein, Harry	Konzentrationslager Buchenwald 1937–1945, herausgegeben von der Gedenkstätte Buchenwald, Wallstein Verlag, Göttingen 2000
Stein, Sabine und Harry	Buchenwald. Ein Rundgang durch die Gedenkstätte, Gedenkstätte Buchenwald 1993
Stern, Hartmut	Jüdische Kriegserklärungen an Deutschland, FZ-Verlag, München 2000
Tuchel, Johannes	Die Inspektion der Konzentrationslager 1938–1945, Edition Hentrich, Berlin 1994
Utley, Freda	Kostspielige Rache, Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, Viöl 1993
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart
Weckert, Ingrid	Feuerzeichen, Grabert, Tübingen 1981
Weckert, Ingrid	Die Gaswagen – Kritische Würdigung der Beweislage, in: Gaus

Wegner, Werner — Keine Massenvergasungen in Auschwitz?, in: Die Schatten der Vergangenheit, Propyläen, Frankfurt/Berlin 1990

Wellers, Georges — Die Zahl der Opfer der »Endlösung« und der Korherr-Bericht, beilage zur wochenzeitung das parlament, Juli 1978

Werner, Steffen — Die 2. babylonische Gefangenschaft. Das Schicksal der Juden im europäischen Osten seit 1941, Selbstverlag, Pfullingen 1990

Woltersdorf, Hans-W. — Die Ideologie der neuen Weltordnung, Selbstverlag, Remagen 1992

Wrobel, Hans — Verurteilt zur Demokratie, Decker & Müller, Heidelberg 1989

Wyman, David S. — Das unerwünschte Volk, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1989

Zarusky, Jürgen — Die Erschießungen gefangener SS-Leute bei der Befreiung des KZ Dachau, in: Dachauer Hefte, Dezember 1997, S. 27

Faktenspiegel III

Hitlers Leistungen für das Volk

Warum das Volk ihn liebte

2002. 200 Seiten. Paperback € 14,80

ISBN 3-8301-0404-9

Als Hitler am 30. Januar 1933 – inmitten der Weltwirtschaftskrise – zum Reichskanzler ernannt wurde, übernahm er die Regierung eines völlig darniederliegenden Reiches mit zerütteten Staatsfinanzen. Sechs Millionen Arbeitslose, von denen 90% wegen der leeren Kassen keine Unterstützung mehr erhielten, bedrückten das Land. Not, Hunger und Verzweiflung herrschten überall.
Vier Jahre später war Deutschland zu einer Wohlstandsinsel in einem Meer fortdauernder Weltdepression geworden. Ein Wirtschaftswunder!
Hitlers soziales Programm (seine soziale Revolution) verbesserte die Lebens- und Arbeitsbedingungen. Es eröffnete Hunderttausenden tüchtiger Menschen aus »unteren« Schichten bisher nie gekannte Aufstiegsmöglichkeiten. Das zuvor an seiner Not fast verzweifelte Volk schaute glücklich und dankbar zu ihm auf. Er hatte Deutschland wieder zu einem gesunden und blühenden Land erweckt. Genau das aber war sein »Fehler«.

R.G. Fischer Verlag

Orber Str. 30 • 60386 Frankfurt/Main

Faktenspiegel II

Ursachen und Gründe für Hitlers Judenfeindschaft

Versuch einer Erklärung

2001. 144 Seiten. Paperback € 11,25.

ISBN 3-8301-0251-8

eBook-Version:

€ 9,20. ISBN 3-8301-0266-6

Zu beziehen über:

www.dibi.de – www.ebook.bol.de

www.bol.de – www.powells.com

Adolf Hitler war in seiner Jugend ein Judenfreund, der den behandelnden Arzt seiner Mutter, den »Edeljuden« Dr. Bloch, sehr verehrte, in seinen Wiener Jahren jüdische Freunde bevorzugte, seine Bilder hauptsächlich an jüdische Abnehmer verkaufte, jüdisches Kulturleben kennenlernte und sogar einer Liga gegen den Antisemitismus beitrat.
Derselbe Mann begann einige Jahre später in München seine politische Laufbahn als erklärter Judenfeind. Niemand wird ohne Grund der Feind eines anderen oder gleich eines ganzen Volkes.
Welche Ereignisse und welche jüdischen Aktivitäten haben ihn so erschüttert, daß er eine Kehrtwendung um 180° vollzog und zum erbitterten Judenfeind wurde?

R.G. Fischer Verlag

Orber Str. 30 • 60386 Frankfurt/Main





In der Holocaust-Literatur gibt es etwa zwei Dutzend unterschiedlicher Angaben zu den in Auschwitz ermordeten Juden. Doch welche Zahlen entsprechen den Tatsachen? Was ist Propaganda? Anhand der wenigen veröffentlichten Dokumente und der Literatur über Auschwitz versucht der Autor Licht in das Dunkel zu bringen.

ISBN 3-8301-0674-2

SG: 63